

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 Belegt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (gültig für Zeitungsbelegte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ungarischer Wahlrechtskampf. Das unerfüllte Königsversprechen.

Aus Wien wird uns vom 22. Mai geschrieben:
 Morgen wird es auf den Tag ein Jahr sein, daß die Gesetzentwürfe über die neue Verfassung Oesterreich-Ungarns im ungarischen Abgeordnetenhaus eingebracht worden sind! Und obwohl das Haus seither ununterbrochen verammelt war, voriges Jahr sogar von der Sommerberagung abgesehen wurde, steht die Verhandlung noch immer in der Generaldebatte. Diese Verschleppung durch ein volles Jahr ist ohne Zweifel eine Kraftleistung der Opposition, aber ob die Opposition ihren eigentlichen Zweck erreichen wird, ist gerade in den letzten Tagen recht fraglich geworden. Der Zweck der Opposition ist — und das macht sie jedem, der die politische Entwicklung des ungarischen Feudalstaates anstrebt, lieb und wert — kein anderer, als an der Verfassung den Hebel zu gewinnen, der das privilegiertenparlament aus den Angeln hebt, als durch sie die Wahlreform, die so oft verheißene und immer vertratene Reform, endlich zuwege zu bringen. Aber der Wahlrechtskampf ist im Reichstage der Oligarchie gar viele und der rechtlichschaffenen Wahlrechtsreformfreunde recht wenige, und so ist es nicht unmöglich, daß der einjährige Heldenkampf nun mit dem Siege der Feudalen endet. Denn gelingt es ihnen, wozu sie sich anstrengen, die Opposition mit List und Gewalt niederzurufen und die Bahn für die Verfassung freizubringen, so wird es um die Wahlreform übel stehen. Denn die Reform, die die siegreichen Oligarchen machen werden, wird alles andere denn das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht sein.

Die Hoffnung der kämpfenden Justipartei war allezeit der Herr v. Lukacs, der bisher wiederholt Finanzminister war — auch im Kabinett des Grafen Khuen —, dessen Ehrgeiz aber schon seit Jahren nach der Premierschaft ging, und von dem sie vermeint hat, daß ihn moderne und demokratische Gedanken befehlen, daß er der Vorkämpfer der Wahlreform sein wolle und werden wird. Aber diese Hoffnung, die im Grunde nur an persönliche Beziehungen anknüpfte, hat sich rasch als trügerisch erwiesen. Um nämlich das gegen ihn vorhandene Mißtrauen in der Partei der Nationalen Arbeit — so nennt sich nämlich die Regierungspartei — zu bannen, hat sich Lukacs den Oligarchen ganz ausgeliefert und steht heute im Banne ihres Hauptlings, des Grafen Stefan Tisza, noch weit mehr, als es schon bei dem Grafen Khuen der Fall war, ist geradezu sein Gefangener. Tatsächlich war der Verlauf der Dinge, nachdem es der Opposition der Justipartei gelungen war, den Grafen Khuen zur Strecke zu bringen, genau umgekehrt, als sie gehofft hatte: Während sie erwartete, Lukacs werde die Oligarchenclique innerhalb der Regierungspartei isolieren, sie womöglich ausschiffen und eine ausgesprochene Wahlreformmehrheit bilden, in der die Justikleute den maßgebenden Einfluß gewinnen werden, hat sich Lukacs dem Tisza ergeben und schlägt die Wahlreform vor, die ihm dieser fanatische Wahlrechtsfeind, in seiner moralischen und intellektuellen Verschaffenheit ein echtes Abbild der preußischen Junkerregierung, vorgeschrieben hat. So ging sein erster Wahlreformplan dahin, neben den bisherigen Wahlbezirken, die unangetastet bleiben sollen, eine Kurie des allgemeinen Wahlrechtes zu schaffen, der eine Handvoll Mandate zugewiesen werden sollte. Und nachdem dieser „Plan“ den verdienten Scheiternserfolg geerntet hatte, rückte Herr v. Lukacs mit einem zweiten hervor, der mit seinem Unsinne schon an die Dreiklassenwahlreform gemahnt. Nach den Mitteilungen, die darüber Justiz gemacht hat, soll die ungarische Wahlreform folgende Gestalt erhalten: Der Plan nimmt fünf Hauptkategorien von Wählern auf. Die erste Kategorie umfaßt alle Wähler auf Grundlage des heutigen Wahlrechtes, doch würden diese das Wahlrecht schon mit dem zwanzigsten Lebensjahre ausüben. Die zweite Kategorie macht das Wahlrecht von der Abscholvierung einer Mittelschule abhängig. Die Wahlberechtigung beginnt hier mit dem vierundzwanzigsten Lebensjahre. Die dritte Kategorie stellt das Erfordernis der Abscholvierung einer Elementarschule auf. In dieser Kategorie beginnt die Wahlberechtigung erst mit dem dreißigsten Lebensjahre. Diese dritte Hauptkategorie enthält zehn Subkategorien mit verschiedenen Qualifikationen für die Erlangung des Wahlrechtes. Die vierte Hauptkategorie umfaßt die des Lesens und Schreibens Kundigen; jedoch erlangen diese das Wahlrecht nur dann, wenn sie fünf bis zehn Joeh Grundbesitz haben, zehn bis zwanzig Kronen Staatssteuer zahlen oder als Pächter und Kaufleute zwanzig bis dreißig Kronen Staatssteuer zahlen. In die fünfte Kategorie werden die Analphabeten einbezogen. Jedoch erlangen nur solche Analphabeten das Wahlrecht, die zehn bis zwanzig Joeh Grundbesitz haben oder dreißig Kronen Staatssteuer zahlen. . . . Und das wollen die Oligarchen als die Erfüllung des Königsversprechens ausgeben, das den Wählern in Ungarn vor sieben Jahren die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zusicherte! Nichts selbstverständlicher, als daß die Justipartei das Anfinnen, auf diesen „Reformplan“ hin abzurufen, abgelehnt hat, ihn abgelehnt hat, obwohl natürlich auch ihr Wahlreformenthusiasmus seine sichtbaren Grenzen

hat. Und nachdem sich die Unterhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition zerfallen haben, ist im Parlament wieder die Obstruktion auf der Tagesordnung. Aber die Situation hat sich für die „kämpfende Opposition“ seit einigen Tagen ziemlich verschlechtert. Immer deutlicher wird es nämlich, daß Herr v. Justiz bei seinem Wahlrechtskampf nicht einmal auf die rückhaltlose Unterstützung der eigenen Partei rechnen kann, daß es unter seinen Leuten nicht wenige gibt, die des langen Saders müde sind, statt zu obstruieren, sich nun lieber zu den Schüsseln setzen möchten und überhaupt an der demokratischen Wahlreform, die Justiz im Sinne hat, wenig Freude empfinden. Dieser Justiz ist jedenfalls eine ehrliche Haut, und die Wahlreform der Versumpfung entrisen zu haben, wird sein unbestrittenes politisches Verdienst bleiben. Und daß die Sozialdemokratie seine parlamentarische Aktion, die nicht zum wenigsten ihrer Sache gilt, mit aller Wärme unterstützt hat, war nur selbstverständlich. Deshalb sind die nörgelnden Angriffe, die gegen die ungarische Partei von der bekannten Fronde in manchen deutschen Parteiblättern verbreitet werden können, wie einmal offen gesagt werden muß, ebenso ungerecht wie sinnlos. Daß die ungarische Arbeiterklasse die Wahlreform nicht aus eigener Kraft durchsetzen kann, ist klar; also ist auch klar, daß sie jede auf die Wahlreform gerichtete parlamentarische Aktion unterstützen muß, sie unterstützen mußte, wenngleich sie sich nicht darüber unklar war, daß es den parlamentarischen Wahlrechtskämpfern, die ja eine bürgerliche Partei sind, an der konsequenten Ueberzeugungstreue am Schluß fehlen könnte. . . . Nun tobt seit zwei Tagen im ungarischen Abgeordnetenhaus der Kampf der Regierungspartei gegen die Obstruktion, und daß die Regierungstruppen im Vormarsch sind, bezeugt die Tatsache, daß zum Präsidenten des Hauses der Graf Stefan Tisza gewählt wurde, derselbe Tisza, der an der Spitze der Gegner jeder ersten und weitgehenden Wahlreform steht. Er soll der Henker der Obstruktion werden und sie mit allen Mitteln brechen. Gelingt dieser Plan und fehlt der Opposition die Kraft, der Gewalt von oben die Gewalt von unten entgegenzustellen, so wird der Wahlreform eine schwere Wunde verfehlt. Nun treten aber auch die Arbeiter auf den Plan, und von morgen an soll ein dreitägiger Generalstreik im ganzen Lande ihre Entschlossenheit verkünden, für ihr Recht ihr Bestes hinzugeben.

Massenstreik und Straßenkämpfe in Budapest.

Budapest, 23. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
 Gestern wurde der Junkerhauptling Graf Tisza von einer Majorität, der altenmäßig bewiesen ist, daß sie um 4 1/2 Millionen Regierungsgelder ihre Stimmen zusammengekauft hat, unter schnellem Bruch der Geschäftsordnung zum Präsidenten gewählt. Die Obstruktion sollte gewaltsam niedergedrungen und der Kampf für das Wahlrecht so aussichtslos gemacht werden. Die Arbeiterschaft beantwortete den parlamentarischen Gewaltstreik mit der Proklamierung des Massenstreiks. Nach kaum 24stündiger Vorbereitung gingen heute hundertdreißigtausend Arbeiter auf die Straße. Die Regierung hat die angekündigte Volksversammlung unter freiem Himmel widerrechtlich verboten.
 Die Arbeiter strömten vormittags zum Parlament. Polizei und Militär wollten mit Gewalt die Demonstranten auseinanderjagen. An verschiedenen Punkten der Stadt, hauptsächlich in der Leopoldstadt, dem Parlamentsbezirk, wurden blutige Straßenkämpfe geschlagen. Die ganze Garnison befindet sich auf der Straße. Polizei und Militär gaben mehrere Toden ab. Die Zahl der offiziell bekanntgewordenen Verwundeten beträgt über zweihundert; darunter mehrere Lebensgefährlich. Bisher zählt man vier Tote, darunter ein Polizist.
 Der elektrische Wagenverkehr ist auf den ganzen Linien zum Stillstand gebracht, die elektrische Leitung zerschnitten, viele Straßenbahnwagen umgeworfen. Darauf hat die Tramwaygesellschaft gegen mittag unter militärischer Bedeckung sämtliche Wagen in die Remisen zurückzuführen lassen.
 Das Aufgebot der gesamten Garnison zur Herstellung der Ordnung in den Straßen hatte schließlich zur Folge, daß nicht nur gegen 2 Uhr nachmittags die Teilnehmer an dem vormittägigen Kampfe die innere Stadt verlassen mußten, sondern auch die für 4 Uhr nachmittags anberaumte öffentliche Versammlung vor dem Petöfi-Denkmal verhindert wurde. Von Mittag an war der Platz in weitem Umkreis hermetisch abgesperrt, und es wurde niemand zum Denkmal gelassen. Es gab wohl im Laufe des Nachmittags noch eine ganze Anzahl Zusammenstöße mit den Demonstranten sowie den Vertretern der Polizei und Gendarmen, die jedoch in allen Fällen in kurzer Zeit mit der Vertreibung der Demonstranten endigten. Da infolge der Beschlüsse eines mittags im Abgeordnetenhaus abgehaltenen Ministerrates alle Straßen der Stadt durch Militär besetzt werden sollen, erwartet man, daß es bald gelingen wird, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.
 Seit 11 Uhr vormittags sind in den Hauptstraßen Kaffees, Restaurants und Theater gesperrt resp. die Kolladen heruntergelassen. Der Verkehr stockt überall. Nur einige Omnibusse und Droschken sieht man im Verkehr. Automotoren wurden mit Steinen

beworfen und deshalb ebenfalls aus dem Verkehr gezogen. In den Hauptstraßen sind die Gaslaternen demoliert und umgeworfen. Die Beleuchtung während der Nacht wird eine sehr mangelhafte sein, da übrigens die Gasanstalten mit Polizei besetzt werden sollen und die Gasarbeiter beschloffen haben, in diesem Falle zu streiken. Die Stadthauptwache sowie alle übrigen Polizeilokale sind mit Verhafteten überfüllt. Mehrere hundert Personen sollen noch heute wegen Aufzucht der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Die Verhöre werden die ganze Nacht hindurch mit den Verhafteten fortgesetzt. Mittags fand im Abgeordnetenhaus ein außerordentlicher Ministerrat statt. Nach dem Ministerrat äußerte der Ministerpräsident zu einem Berichterstatter auf dessen Frage, ob zwischen den Sozialisten und der Regierung verhandelt werde: „Ich wollte den Sozialdemokraten erlauben, in geschlossenen Räumen Versammlungen abzuhalten, doch sie forderten die Erlaubnis für eine Versammlung unter freiem Himmel vor dem Petöfi-Denkmal, um die Arbeiterschaft beruhigen zu können. Diese Erlaubnis konnte nicht erteilt werden, weil keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Ordnung in solcher Massenversammlung möglich war.“

Die Opfer.

Wien, 23. Mai abends. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
 Nach verlässlichen Angaben beträgt die Zahl der Todesopfer tatsächlich fünf, wovon die Mehrzahl gar nicht an dem Kampf beteiligt gewesen ist. Der eine ist ein Bauarbeiter, der auf einem Gerüst arbeitete, als er von einer Polizeikugel getroffen wurde; ein Schüler wurde auf dem Wege von der Schule totgeschossen; ein dritter Unbeteiligter wurde mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. In den Krankenhäusern befinden sich 81 Schwerverletzte, darunter einige, die kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Die Zahl der in häuslicher Pflege befindlichen und vor allem der Verhafteten läßt sich nicht übersehen.

Die öffentlichen Institute und Banken, der Klub der Regierungspartei und des Nationalkasinos werden von starken Polizeieinheiten bewacht. In der großen Feldgasse wurde von Demonstranten ein umgestürzter Straßenbahnwagen mit Petroleum begossen und angezündet. Die Polizisten mußten den Brand mit Sand ersticken. Die Polizei geht überall mit blanker Waffe gegen die Menge vor. Nachmittags hieß es, daß die sämtlichen Vergnügunglokale und Theater abends gesperrt seien. An dem königlichen Theater haben die Musiker bei einer Probe am Nachmittag gestreikt. Die Polizei will die Theater zwingen, Vorstellungen zu geben.

Verhandlungen.

Budapest, 23. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
 Die Regierung droht mit der Verhängung des Verhängungszustandes. Unter der Wucht der Demonstration sind Verhandlungen begonnen worden, um den Frieden im Parlament auf Grund der Vorlage einer gerechten Wahlreform herzustellen. Graf Apponyi und Ludwig Kossuth erklärten in der Sitzung, die Schaffung der Wahlreform erscheine nunmehr unerlässlich. Tisza mußte heute der Geschäftsordnung freien Lauf lassen. Die Wahlreform kam auch heute nicht zur Verhandlung.

Verhaftungen?

Budapest, 23. Mai. Das Militär hat sämtliche Hauptstraßen und öffentlichen Plätze besetzt. Jede Ansammlung wird im Keime erstickt. In den Straßen herrscht verhältnismäßig Ruhe. Der Verkehr der elektrischen Tramway ist überall eingestellt. Die Polizei hat mehrere leitende Persönlichkeiten der Sozialdemokratie verhaftet. Man beachtet, dieselben für die heutigen Unruhen verantwortlich zu machen. Das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt, da die Seher noch keine Weisung erhalten haben, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen dürfen. Die heutigen Abendblätter sind infolgedessen nicht erschienen, und auch die Morgenblätter dürften nicht in Druck gehen. Ministerpräsident Lukacs wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach nach Wien begeben, um dem Kaiser über die Budapester Vorfälle Bericht zu erstatten. Die Regierung in der Stadt ist immer noch eine sehr große. Man befürchtet für heute abend neuerliche Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der bewaffneten Macht. Von den umliegenden Städten wurden Militärabteilungen nach Budapest beordert. Viele Schaulustler sind mit einem Plakat bedeckt, das die Inschrift enthält: „Es lebe das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht!“ wodurch die Besitzer sich vor Zertrümmerung ihrer Scheiben schützen wollen.

Eine Kundgebung im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 23. Mai. Im Abgeordnetenhaus beantragte heute der tschechische Sozialdemokrat Remec, angesichts der Vorgänge in Ungarn zum Zeichen der Solidarität mit dem Kampfe für das allgemeine Wahlrecht und als Protest gegen den Mißbrauch der Armee eine halbstründige Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt. (Protestrufe, Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht in Ungarn, Abzugsrufe gegen den Grafen Tisza seitens der Sozialdemokraten.)
 Gegen Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Abgeordnete Dr. Adler (Soz.) unter Hinweis auf die Vorgänge in Budapest: Unter der Wucht des Kampfes für die

Beherrschung besetzte sich der Wunsch der in Ungarn herrschenden Magnatenclique, das Recht der Völker Ungarns auf das von der Krone versprochene allgemeine Wahlrecht zu erdroffen. Der Redner protestierte sodann gegen die Verwendung der gemeinsamen Armee gegen friedliche Demonstrationen und ersuchte das Präsidium, deswegen bei der Regierung zu intervenieren. Ferner verlangte er die Einstellung der Beratungen des Wehrausschusses, da in Budapest die Gefahr von Menschenmorden bestehe.

Der Vizepräsident Bogdanoff erklärte, daß er die Vorfälle vom menschlichen Standpunkte aus bedauere, es stehe aber dem Präsidium kein Einfluß auf die Verwendung des gemeinsamen Heeres zu. Der Wehrausschuß sei auf den 30. Mai einberufen und werde selbst darüber entscheiden, ob er unter den obwaltenden Umständen die Beratungen fortsetzen werde.

Das gebrochene Kaiserwort.

Wien, 22. Mai. (Eig. Ber.) Eine interessante Sache spielte sich heute im österreichischen Wehrausschuß ab. Genosse Winarski sprach über die Vorgänge in Ungarn und stellte dabei die Mitschuld der Krone an diesen Vorgängen fest. Der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn habe feierlich die Wahlreform versprochen. Er habe aber sein Wort gebrochen.

Bei diesen Worten verließ der anwesende Landesverteidigungsminister Georgi den Sitzungssaal. Der Präsident erteilte Winarski einen Ordnungsruf. Nach der Rede Winarskis fand sich der Landesverteidigungsminister wieder ein.

Der brave Reichstag.

Der Reichstag hat sich bis zum 26. November vertagt. Während in allen anderen Staaten die Parlamente tagen werden, wird in Deutschland die Regierung ein halbes Jahr lang, befreit von der lästigen Kontrolle der Volksvertretung, nach Belieben schalten und walten. Und diese lange Vertagung tritt ein nach einer Session, die kaum mehr als ein Vierteljahr gedauert hat. Das ist einfach ein Skandal, an dem die Regierung und die bürgerlichen Parteien in gleicher Weise schuld tragen. Systematisch arbeitet die Regierung darauf hin, den Einfluß des Parlaments dadurch auf das geringste Maß zu reduzieren, daß sie ihm einfach keine Zeit zu selbständiger Arbeit läßt. Sie begründet den Reichstag zu einer reinen Bewilligungsmaschine für Regierungsvorlagen. Das Initiativrecht wird dadurch vollständig vernichtet. Und während überall sonst die Tagungen sich ausdehnen, weil der Kreis der Aufgaben, die ein Parlament zu erledigen hat, ungeheuer gewachsen ist, sucht Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Bureaufkratzenhaftigkeit gegen die Volksvertretung dem Deutschen Reichstag noch mehr die Zeit zu verlämmern.

Und die bürgerlichen Parteien lassen sich das ruhig gefallen. Ja, sie sind stolz darauf. Wird doch in ihrer Presse die Arbeitsfähigkeit und der Fleiß des Reichstages über den Schwellendaus gelobt. Kaum daß man hier und da ein Wort des Tadels darüber findet, daß schließlich die wichtigsten Dinge im Eiltempo erledigt wurden. Schlimmer aber noch als die Art, wie der Reichstag oft beraten hat, ist, daß er so vieles nicht beraten hat. Eine ganze Anzahl von Initiativanträgen liegen vor. Der Reichstag hätte sich die nötige Zeit zu ihrer Beratung leicht sichern können, wenn er in die Staatsverhandlungen eine Reihe von Schwerinstagen eingelegt hätte. Wenn dadurch die Fertigstellung des Etats etwas hinausgezögert worden wäre, so wäre das Unglück, für das die Regierung allein die Verantwortung hätte tragen müssen, wirklich nicht so groß gewesen. Statt dessen haben die bürgerlichen Parteien nur die eine Sorge gefannt, die Regierungsanträge zu erfüllen, um dann möglichst rasch Schluß machen zu können. An dieser Haltung trägt vor allem der Widerwille gegen jede Reformtätigkeit schuld. Im Grunde genommen sind die bürgerlichen Parteien die Vertreter der Satten, deren Kompottschüssel bis an den Rand gefüllt ist. Nur ungen und widersprechend, aus Rücksicht auf die Massen, auf die unter dem gleichen Wahlrecht alle Parteien einige Rücksicht nehmen müssen, leisten sie, wenn es nicht anders geht, Reformarbeit, je weniger, desto lieber. Diese Abneigung der bürgerlichen Parteien wird noch gefördert durch das Diätengesetz, das nach Art eines Prämienlohnsystems zur Verfürgung der Parlamentszeit beiträgt. Das Gesetz ist nicht nur entwürdigend für den einzelnen Abgeordneten, den es einer lästigen und oft ungerechten Kontrolle unterwirft, es ist direkt volkschädigend, indem es ein unmittelbares materielles Interesse der Abgeordneten an der Verkürzung der Parlamentsdauer erzeugt hat. Da die Lust zu Reformen bei den bürgerlichen Parteien nun ohnehin schon gering ist und das Diätengesetz gleichsam eine Geldstrafe für die Verlängerung der Tagung bedeutet, so ist es kein Wunder, daß der Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen die unwürdige Behandlung des Parlaments völlig erlahmt ist und die Sozialdemokratie allein gegen die Vermehrung der Macht des Regierungsdiktatorismus Protest erhebt. Es wird eine wichtige Aufgabe sein, in der künftigen Session mit aller Energie für die Wahrung des Initiativrechts des Reichstages und für eine vermehrte Gründlichkeit der Beratungen einzutreten.

Gerade die liberalen Parteien wären verpflichtet, für das Recht des Reichstages, nach seinem eigenen Willen und nicht nur nach dem der Regierung zu leben, energisch einzutreten. Denn das Wahlergebnis hat ihnen ja eine entscheidende Rolle im Parlament zugewiesen. Wenn sie nur wollen, können sie die oft versprochenen Reformen nun endlich durchsetzen, da ihnen dabei die Hilfe der Sozialdemokratie gewiß wäre. Aber die politische Entwicklung, die sich im Reichstag bisher vollzogen hat, gibt für solche Hoffnungen wenig Raum. Wie ein Märchen aus verklungenen Zeiten lesen sich heute die Schilderungen von der Wahl Scheidemanns zum Vizepräsidenten mit Hilfe der Nationalliberalen. Der Schluß der Session stand viel mehr unter dem Zeichen der Bethmannschen Sammlungspolitik, als unter dem des Gegenjahres zwischen Schwarzblauen und Liberalen. Das Schwergewicht der 4 1/2 Millionen Stimmen drückt eben bei den Nationalliberalen jede selbständige Regung nieder. Mit den Konservativen zusammen haben sie vor allem dem persönlichen Regiment die Mauer gemacht und wider mitgeholfen bei der lächerlichen Entstellungskomödie, die die treffende Kennzeichnung des preussischen Systems und der infamen Dreiklassenmacherei freilich in ihrer Wirkung auf die Massen des arbeitenden Volkes nicht im geringsten beeinträchtigen konnte.

Und auf dem Wege zur Sammlung finden wir die Nationalliberalen auch bei der Steuerfrage. Nicht nur, daß sie sich den Schwindel ruhig gefallen ließen, der mit der

Streckung des Budgets getrieben worden ist, nicht nur daß sie dem anderen Schwindel mit der angeblichen Aufhebung der Liebesgabe ihre Zustimmung erteilten, so haben sie sich auch mit dem Zentrum über die künftige Steuerpolitik geeinigt. Der Sinn des Antrages Wassermann-Graberger ist ja gar kein anderer, als die Beseitigung des Erbschafts, den der Antrag auf Einführung der Erbschaftsteuer unter die bürgerlichen Parteien geworfen hat.

Die Nationalliberalen geben die Erbschaftsteuer preis zugunsten einer Besitzbesteuerung, unter der alles Mögliche verstanden werden kann, nur kaum eine wirkliche und gleichmäßig gerechte Heranziehung des Besitzes. Denn wenn auch die Nationalliberalen versichern, sie hätten den Schwarzgen ja nur den kleinen Finger gegeben, so ist das Zentrum Teufel genug, um sich zur gegebenen Zeit der ganzen Hand zu bemächtigen. Für das Versprechen der Besitzsteuer haben die Nationalliberalen aber außerdem noch ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, der Verschiebung der Zuckersteuerermäßigung auf weitere zwei Jahre zuzustimmen. Damit würden etwa hundert Millionen aus der Tasche der Armen gezogen und zur Deckung der Heeresvorlagen verwendet werden, entgegen den feierlichen Versprechungen, die die Nationalliberalen und die anderen bürgerlichen Parteien im Wahlkampf gegeben haben. Es will auch nichts dagegen besagen, daß die Nationalliberalen schließlich auch der Forderung auf Einführung der Erbschaftsteuer zugestimmt haben. Denn das ist ein rein platonischer Beschluß, und wer Nationalliberaler kennt, kann keinen Augenblick daran zweifeln, daß sie zuletzt die Forderung der Erbschaftsteuer verraten werden. Sie wollen eben zurück, zurück um jeden Preis an die Seite der Konservativen und des Zentrums, so wie es die Geldgewaltigen Rheinland-Westfalens kommandiert haben. Herr Wassermann hat sich eine Zeitlang gestraubt, aber zuletzt muß er doch so tanzen wie jene pfeifen. Als gezähmter Lanzbar der Schwerindustrie endet, was eine kurze Zeit den Schwänzen des Fortschritts gemittelt hat.

Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die von dieser Entwicklung überrascht oder enttäuscht werden. Gerade deshalb aber war es wichtig, daß der Liberalismus in diesem Reichstag den Ausschlag geben kann; denn nur dadurch kann ungewißheit auch vor seinen eigenen Wählern seine Verantwortung klargestellt werden. Daß die Nationalliberalen Verrat begehen werden an den Versprechungen, die sie im Wahlkampf gegeben haben, war freilich voraussehbar. Denn die Nationalliberalen, über die das Großkapital unbedingt die Herrschaft führt, sind ja die Partei par excellence des Imperialismus. Und nur ein träumender Ideologe kann meinen, daß Imperialismus mit sozialem, kulturellem oder demokratischem Fortschritt vereinbar ist. Umgekehrt sehen wir den Imperialismus, wie er es seiner Natur nach gar nicht anders kann, überall die Reaktion stärken, den Geist der Gewalttätigkeit und der Unterdrückung in der inneren wie in der auswärtigen Politik fördern und so das schlimmste Gemmis jeder fortschreitenden Entwicklung darstellen. Und im Zeichen des Imperialismus haben sie sich im Reichstage gefunden, die Konservativen, die Liberalen, die Nationalliberalen und auch die Fortschrittler. Im Kampf gegen Militarismus und Marinismus unterscheiden sich die Fortschrittler heute in nichts mehr von den anderen bürgerlichen Parteien. Ja, man kann sagen, daß in keinem anderen Lande die Liberalen so völlig jede oppositionelle Regung gegen den Rüstungswahnsinn aufgegeben haben wie in Deutschland. Die deutsche auswärtige Politik ist voller Gefahren, und das Betrüben stellt immer mehr den Frieden in Frage. Aber eine bürgerliche Opposition existiert nicht mehr. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die den Frieden nicht bloß im Munde führt, sondern auch durch die Tat für ihn eintritt, während die bürgerlichen Parteien insgesamt dieser gefährlichen Politik zustimmen und für die Folgen die Verantwortung werden tragen müssen. Die imperialistische Politik beherzt aber in immer höherem Maße das gesamte politische Denken unserer Bourgeoisie, und da sie darin einig sind, ist es kein Wunder, daß die Nationalliberalen so rasch zu den Schwarzblauen zurückgefunden haben. Sie wollen sich sammeln, und deshalb soll der Steuerstreit aus der Welt geschafft werden. Sie wollen sich sammeln, und deshalb beantragten sie die Uebergriffe des persönlichen Regiments, um die Sozialdemokratie anzufallen, statt gegen die verfassungswidrigen Drohungen ihre Pflicht zu tun. Freilich, diesmal handelte es sich ja auch nur um einen Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes und nicht wie 1908 oder auch wie bei der Marokkopolitik der alldeutschen Blätter gegen Wilhelm II. um die auswärtige Politik. Der Schatz der deutschen Verfassung ist eben den bürgerlichen Parteien weniger wichtig als die imperialistischen Interessen.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß der Reichstag wenig geleistet hat für die Interessen des Volkes. Durch die Geschäftsordnungsreform hat er sein Kontrollrecht etwas wirksamer gestaltet, und die kleine Straffeschnelle hat mit einigen unerträglich gemordeten Härten aufgeräumt und einige nützliche neue Sühnbestimmungen geschaffen. Das übrige war Erledigung der Regierungsvorlagen.

Uns Sozialdemokraten aber hat dieser Reichstag gute Gelegenheiten gegeben zur Aufklärung der Massen. Die Sozialdemokratie, die die liberale Presse nach den Wahlen nur als einen Bestandteil der „Einheitsmajorität“ ansprechen wollte, stand zuletzt in ihrem Kampfe gegen den Militarismus und Marinismus, in ihrem Kampfe gegen das persönliche Regiment allein. Aber diese Isolierung im Parlament ist wahrhaftig nicht ihre Isolierung im deutschen Volke. Im Gegenteil! Je unfähiger sich der Liberalismus erweist, in diesem Reichstag, in dem er den entscheidenden Ausschlag gibt, den stürmischen Wunsch des deutschen Volkes nach Erweiterung seiner politischen Rechte, nach Fortführung der Sozialreform, nach einer stetigen auswärtigen Friedenspolitik zu erfüllen, desto mehr schwellen unsere Reihen an, desto rascher wachsen unsere Kämpferkreise. Manchen Plan der Reaktion haben schon die Januarwahlen zerstückt. Was im alten Reichstag eine Gefahr schien, was Herr von Bethmann schon als Gesetz angekündigt hatte, davon ist in diesem Reichstag kaum mehr die Rede gewesen, und als die Konservativen den Schatz der Arbeitswilligen forderten, fand dieser Antrag nur 63 gegen 275 Stimmen, wobei unter den 63 auch die der Nationalliberalen Parting und Bötinger waren. Je weniger der Reichstag aber positive Arbeit für den sozialen und politischen Fortschritt leistet, desto rascher wird in dem deutschen Volke die Einsicht wachsen, daß die Lehre des 12. Januar noch nicht eindeutig genug war, daß 110 Sozialdemokraten noch zu wenig sind.

Der Reichstag ist vertagt, aber nicht unsere politische

Arbeit. Wir werden die Zeit nutzen zur Agitation und Organisation. Und unsere Arbeit wird nicht vergeblich sein.

Die Judasrolle des Zentrums.

Wir haben gestern bereits festgestellt, daß keine andere Partei als das Zentrum die Verantwortung dafür trägt, daß der fortschrittliche Antrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts im Dreiklassenparlament abgelehnt wurde, trotzdem dafür nach den programmatischen Erklärungen der Parteien eine Majorität gegeben erschien. Denn die Mehrheit der Nationalliberalen, des Zentrums, der Freisinnigen, Sozialdemokraten, Polen und Dänen beträgt 230 Mitglieder gegenüber 213 Mitgliedern der Konservativen und Freikonservativen. Daß trotzdem der fortschrittliche Antrag mit 80 Stimmen Majorität auf Seiten der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt werden konnte, ist in erster Linie dem Zentrum zu verdanken! Denn, wie schon festgestellt, fehlten von dem Zentrum 48 Mitglieder und davon 33 Mitglieder unentschuldig! Wären also nur die unentschuldig ferngebliebenen Mitglieder des Zentrums zur Stelle gewesen, so wäre die glatte Annahme des Antrags auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen erfolgt!

Gegenüber der ungeheuerlichen Pflichtvergessenheit des Zentrums tritt das Pflichtgefühl der Konservativen und Freikonservativen um so drastischer hervor. Denn von den Konservativen und Freikonservativen hat bei der Abstimmung auch nicht ein einziges Mitglied ohne Entschuldigung gefehlt! Auch das ist ein Beweis dafür, daß es sich bei der ständischen Sitzungsschwänzerei des Zentrums bei so einer eminent wichtigen Frage nicht um einen Zufall gehandelt haben kann, sondern nur um eine bewußte Durchkreuzung des fortschrittlichen Antrages. Denn so gut, wie die Konservativen und Freikonservativen mindestens zehn Tage vorher über den Termin der namentlichen Abstimmung über die Wahlrechtsfrage unterrichtet waren und danach ihre Vorkehrungen trafen, waren natürlich auch die Herren vom Zentrum davon unterrichtet! Aber sie wollten eben ihre Mitglieder nicht zusammenkommen, um ja nicht für ihre programmatische Forderung einzutreten und damit dem Junkertum einen Tortanzen zu müssen!

Neben dem Zentrum waren auch die Nationalliberalen recht ungenügend vertreten. Fehlen doch von den Nationalliberalen ohne Entschuldigung 19 Abgeordnete und ein Hospitant. Nämlich die Abgg. Dr. Reumer, Dr. Göck, Haarmann, Geye, Klummann, Knupe, Dr. Leeb, Dr. Martens-Osterholz, Meyer zu Jerzendorf, Sieg, Westermann, Wolff-Biebrich und der Hospitant v. Schubert.

Von der fortschrittlichen Volkspartei fehlten drei Mitglieder, darunter der inzwischen verstorbene Abgeordnete Peltsohn. Von den Polen war der Abgeordnete Kapka der Abstimmung ohne Entschuldigung ferngeblieben. Von den sechs Sozialdemokraten fehlte bei der Abstimmung natürlich nicht ein einziger.

Wir haben schon ausgeführt, daß auch die Nationalliberalen an dem kläglichen Ausgang der letzten Wahlrechtsverhandlung keineswegs ohne Schuld seien. Aber wir fügten gleich hinzu, daß ja auch den Vertretern der rheinisch-westfälischen Schlotbarone und Scharfmacher selbst nur für das geheime und direkte Wahlrecht nur eine platonische Freundschaft zuzutragen gewesen sei. Daß hingegen bei der Abstimmung über die wichtigste Frage, die in dieser Session überhaupt stattgefunden hat, vom Zentrum ein weit größerer Prozentsatz unentschuldig durch Abwesenheit glänzte als bei den Nationalliberalen, trotzdem das Zentrum doch seinem Programm nach nicht nur für das direkte und geheime, sondern auch für das vollständig gleiche Wahlrecht einzutreten behauptet, das verdient immer von neuem wieder an den Schandpfeil geschlagen zu werden!

Der Krieg.

Ein russisch-türkischer Zwischenfall.

Konstantinopel, 23. Mai. Ein früherer Angestellter des italienischen Konsulats, der wegen Spionagedenks von der Polizei verhaftet worden war, wurde gestern abend nach Stambul übergeführt. Vor der russischen Botschaft angekommen, gelang es ihm, sich in das Gebäude zu flüchten. Der ihn eskortierende Polizeigentante wollte ebenfalls in das Polizeigebäude eintreten, um den Italiener festzunehmen, der Türhüter verwehrte ihm jedoch den Zutritt.

Eine amtliche Rundgebung über den Albaner-Aufstand.

Konstantinopel, 23. Mai. Ein Komunique betreffend die Ereignisse in Albanien besagt: Im Augenblicke, als die Exzesse eine Kommission unter dem Minister des Innern entsandte, um in den Vilajets Skutari und Kofsovo Reformen einzuführen, haben albanische Chets, die stets das Volk irrezuführen und ihre eigenen Interessen zu sichern trachten, sowie ehemalige Pflanzereien wie Hassan Bey und Zeinullah, Ansammlungen in Kazas, Ipek und Dajowa angezettelt, indem sie zum Schein den Bau von Straßen, Schulen, Telegraphenmasten und Gendarmen-Wachhäusern zu verhindern trachten. Ihr wirkliches Ziel war, ungesühnte Forderungen vorzubringen. Da jede Forderung, die sich nicht im Rahmen der von der Verfassung gewährleisteten Rechte bewegt, zumal wenn die Forderung von einer bewaffneten Ansammlung erhoben wird, unzulässig und straflich ist, wurde beschlossen, die fünf oder sechs Kuzbuzler strenge zu verfolgen und die Bewegung zu unterdrücken. Das Komunique gibt einen Überblick über die Ereignisse und fügt hinzu, es sei erwiesen, daß Hassan Bey und Zeinullah sich den Aufständischen angeschlossen haben und es seien die nötigen Weisungen ergangen, um die Aufständischen zu gerichten und die Ordnung wieder herzustellen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai 1912.

Rehrand im Junkerparlament.

Ende schlecht, alles schlecht! Mit diesen Worten unseres Genossen Liebnecht ist die Arbeit, die das Junkerparlament am Donnerstag verrichtet hat, vielleicht etwas scharf, aber zutreffend gekennzeichnet. Zwei Gesetzentwürfen hat es noch schnell seine Sanktion erteilt, Gesetzentwürfen, die echt junkerlichen Geist atmen.

Zunächst stand der Gesetzentwurf über Stärkung des Deutschturns in einigen Landesteilen, das sogen. Besitzbestätigungsgesetz, in dritter Lesung zur Beratung. Weniger interessant als die sachliche Debatte, in der von den Gegnern der Vorlage, ganz besonders von dem Zentrum, abgeordneten Marx nochmals auf den Vorstoß gegen das Freizügigkeitsgesetz und gegen die Verfassung hingewiesen

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung, Donnerstag, den 23. Mai 1912, vormittags 10 Uhr.

Am Ministerlich: Frhr. v. Schorlemer, Weseler.

Zu Ehren der verstorbenen Abgeordneten Veltasohn (Sp.) und Firzlaß (L) erhebt sich das Haus von den Sitzen. Eine Anzahl Petitionen werden debattelos entsprechend den Kommissionsanträgen erledigt.

Das Besitzfestigungsgesetz

Dritte Lesung.

Auf Verlangen des Zentrums und der Polen wird eine allgemeine Besprechung vorgenommen, die der Präsident zuerst nicht eintreten lassen wollte, da das Gesetz schon durchberaten sei.

Abg. Marz (P.) hält unter häufiger Zustimmung eine scharfe Rede gegen das Gesetz. Es soll eine Staatennotwendigkeit sein, aber mit dieser Phrase hat man auch die Schreckenstage der französischen Revolution begründet und alles mögliche andere. Von Recht und Gerechtigkeit ist keine Rede bei der preussischen Polenpolitik. (Stürmisches Sehr wahr! im Zentrum und links.)

Zustimmungsminister Dr. Weseler hält an seinen Rechtsauffassungen fest und sagt unter lautem Gelächter des Zentrums, der Polen, Fortschrittler und Sozialdemokraten: Es wird doch nirgends verboten, daß Polen Grund erwerben können!

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Wenn ich von Staatennotwendigkeit gesprochen habe, so habe ich darunter nur die Erhaltung und Schöpfung des Deutschlands verstanden und das ist eine Staatennotwendigkeit, solange Preußen und sein Königtum existieren. (Bravo! rechts und bei den Rationalliberalen.)

Kleines feuilleton.

Die Tabelle. Wenn der Leser eine Tabelle sieht, fühlt er sich beruhigt: die Tabelle hat so etwas sicheres, unbestreitbares. Daher bevorzugt die exakte Statistik die Tabelle. Aber eine fehlt. Eine ist weder im statistischen Jahrbuch des Reichs zu finden, noch sonstwo, aber sie wäre interessant, sie würde Aufsehen machen. Es müßte nämlich tabellarisch geordnet werden: was kann sich der Deutsche für 100 M. Weidstrahe erlauben, für 200 M., für 1 Woche Gefängnis, für 3 Monate und so fort.

Man darf Laternen zerbrechen, alte Landarbeiter ins Genid stoßen, Krankentassenbeträge unterschlagen und sogar Schulheute beleidigen. (Das aber nur, wenn man das Admittententragamen gemacht hat.) 50-200 M. kosten manchen Leuten (nicht allen!) schwere Beleidigungen.

3 Monate Gefängnis: Viehische Mißhandlung kleiner, wehrloser Kinder, Auspredigen des Wortes Streifbrot, Achtungsverletzung gegenüber dem Landrat, Diebstahl von Weid für die hungernden Kinder.

1 Jahr Gefängnis: Gehorsamsverweigerung von fieberkranken Soldaten, Erregung des öffentlichen Vergnügens wegen Pervertitäten, Unterschlagung von 250 000 M. Denois.

Arrest: prägelnde Unteroffiziere (Soldaten siehe unter Zucht-haus), der Zivilist, der zu spät zur Kontrollversammlung kommt, Freisprechung: selten; nur bei Amtshandlungen angewandt, bei denen das Gefühl der Widerrechtlichkeit fehlt. Es wäre eine fesselnde Arbeit.

Büchereiautomaten und Bahnhofsbuchhandel. Die Kultur, die alle Welt beledet, beledet nun auch den Buchhandel. Man will' sünstigheit familiären Piratenfirmen, die vom Begauern der Schriftsteller leben, den Garaus machen. Man will' für alle verlegten Bücher einen billigen Einheitspreis schaffen. Man will' die Sortimentäre aus der Kontrolle auf die Straße hinausdrängen, damit sie wirklich Handel treiben, dem Buchhandel neue Absatzquellen erschließen und dergleichen mehr. In solchen Bestrebungen liegt zweifellos ein guter Kern. Dennoch denken die wenigsten von allen Berufenen oder unberufenen Quacksalbern, so oft sie in Neben und Broschüren die Frage aufwerfen: wie das „Volk“ für gute Literatur gewonnen werden könne, an die bestehende Klasse. Man glaubt das nicht nötig zu haben, denn wer in Wohlstand lebt und leben kann, ist, nach der in Bourgeoisentzirkeln verbreiteten Auffassung, einfach „gebildet“. Und weil er „gebildet“ sei, interessiere er sich auch für Kunst und Literatur, kaufe Bücher, Bilder usw. Was aber nicht wahr ist. Lediglich durch ungewöhnliche Verbilligung der Bücher kann ihm gedient und dem Buchhandel geholfen werden. Das haben manche Verleger längst eingesehen, und man wird heute schmerzlich nach dem Mangel an billiger Literatur beklagen dürfen. Der Hinweis auf Reclams Universal-Bibliothek genügt.

größerer Masse angezogen werden können, tun wir das, weil sie da nicht mit den Polen in Berührung kommen müssen. Absonderung nach Konfessionen wollen wir nicht, ich will Frieden. Aber es muß verübt werden, daß im deutsch-polnischen Verkehr der Deutsche unterliegt und schließlich gar noch Pole wird. Abg. Marz und die „Germania“ haben meinen Vater gegen mich zitiert. In 30 Jahren ändern sich die Verhältnisse, was hätte Dismard und mein Vater heute gesagt. (Stürmischer Beifall rechts und lebhafter Hört! Hört!-Rufe der Sozialdemokraten.) Denken Sie an 1893, wo mein Vater von der ganzen Zentrumspreffe als schlechter Katholik angegriffen wurde, weil er für die Militärvorlage gestimmt hat, und daß der Pfarrer in unserer Heimauskirche aufgefördert hat, für seine Belehrung zu beten! (Auf diese in großer Erregung gesprochenen Worte folgt brausender Beifall und Handkollisions bei den Konservativen, Freikonservativen und Rationalliberalen und lebhaftes Zischen bei den Gegnern der Polenpolitik.)

Abg. v. Kardorff (H.): Die Heranziehung des konfessionellen Notions dient nicht dem religiösen Frieden. Der polnische Alerus dient nicht dem nationalen Frieden, im Gegenteil. (Stürmische Unterbrechungen im Zentrum.) Wie kann ein Mann, der dem preussischen Staate dient, so sprechen wie Abgeordneter Marz gegen die Regierung! (Lobende Pfuirufe, minutenlanger Sturm im Zentrum. Rufe: Denunziational! - Abg. Hoffmann: Aber wenn heute der Leuznant kommt!) Die Entgegnung ist konservativ, denn sie dient dem Staatswohl. Den Polen in Preußen geht es materiell doch viel besser als in Galizien und Russisch-Polen. (Gurche der Polen: Sie kennen ja die Verhältnisse nicht.) Warum kommen denn dann die Polen nach Westfalen? Wir stimmen für das Gesetz. (Beifall rechts.)

Abg. v. Sap-Zaworski (Pole) spricht unter großer Unruhe des Hauses in sehr ruhiger Weise namens der polnischen Bevölkerung gegen das Gesetz. Er begründet den Antrag Dr. Rizerosi (Pole), über den Gesetzentwurf gemäß Art. 107 der Verfassungsurkunde nach mindestens 21 Tagen eine nochmalige Abstimmung vorzunehmen. (Der gleiche Antrag ist von den Zentrumsabgeordneten Marz u. Gen. gestellt.) Der Redner führt aus, daß das Recht auf polnischer Seite sei und schlägt in steigender Erregung auf das Volk, als er ausführt, es scheine preussische Eigenart zu sein, wenn man die Herzen nicht gewinnen könne, das Land zu nehmen. Aber alles hat ein Ende, auch diese Politik wird es haben! (Beifall bei den Polen.)

Der Präsident rügt den Hinweis des Abg. v. Kardorff auf die Beamteneigenschaft des Abg. Marz als unparlamentarisch. (Bravo! im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Schifferer (nat.) dankt dem Landwirtschaftsminister für seine mannhaften Worte und verzichtet aufs Wort. (Beifall rechts und bei den Rationalliberalen.)

Abg. Hoff (Sp.): Wir protestieren gegen dieses Gesetz, das den Grundriss der Gleichheit aller Preußen durchbricht. Im übrigen berufe ich mich auf die Ausführungen Dr. Pashkides in der zweiten Lesung. In Rordschleswig werden nicht große Güter geschlagen, dort richtet sich diese innere Kolonisation gegen Bauern. Die Verwaltung selbst treibt neutrale Männer ins Dänenlager! (Hört! hört! links.) Beim Tode eines Rentengutsbesizers wird der Sohn wieder auf seine „gute“ Bestimmung durchleuchtet. Vertreiben Sie einen Rentengutsbesizersohn und Sie schaden dem Deutschstum mehr, als Ihre fünf Jahre An siedelungs politik nützen. (Sehr wahr! bei der Volkspartei und den Dänen.) Das Gesetz wird dem Deutschstum einen schlechten Dienst erweisen.

Abg. Vorhardt (Soz.):

In welcher Form ist die heutige Verhandlung vor sich gegangen? Soviel Erregung, Lärm und Rabau auf allen Seiten des Hauses war noch nicht da. Schimpfworte, Pfuirufe usw. Ich habe ja nichts gegen solche Verhandlungsmethode und wünsche keine Einschränkung der parlamentarischen Redefreiheit. Sie sehen aber, wie Verhandlungen, die einem wirklich aus Herz greifen, das äußere Benehmen ändern. Denken Sie doch in Zukunft daran, daß unsere heiligsten Gefühle hier jeden Tag auf tiefste gekränkt werden. Wir werden dann besser auskommen. (Ein Ruf rechts: Niemals!) Also fehlt es Ihnen an gutem Willen! (Einige allzuheimliche Ausschreitungen sind aber heute gerade am Regierungstisch vorgefallen. Der Minister hat polnische

Reichstagsmitglieder mit unwürdigen Verdächtigungen belegt.

Vizepräsident Dr. Forst: Ich bitte, in angemessener Weise zu sprechen.

Abg. Vorhardt:

Einen angemesseneren Ausdruck für das Benehmen des Ministers habe ich nicht.

Vizepräsident: Dann rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. Vorhardt (Soz.):

Da das Präsidium nicht Vertretung eingelegt hat, muß ich es tun. (Bravo! bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Der Minister hat in der Tat erklärt, daß er die katholischen Anstiedler für national minder zuverlässig hält. Da müßt es gar nichts, wenn er sagt, daß er nicht sagen wollen. Warum nehmen Sie dann nicht jüdische oder evangelische Anstiedler? Kann man, Herr v. Kardorff, den religiösen Frieden schwerer gefährden, als durch die Worte und Taten des Ministers? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da spricht man uns von religiöser Aufbebung? Der Minister erklärt, daß das Nationalgefühl der Deutschen gestärkt werden muß. Vor einem Patriotismus, der auf Millionen spekuliert

und sich bezahlen läßt, haben wir wenig Respekt. Hier wird ein Ausnahmefall gegen Polen und Katholiken gemacht. Es ist ein Millionengeschäft aus Staatsmitteln an die Agrarier (Dän rechts), ein Korruptionsakt! (Beifall bei den Sozialdemokraten, Schlußruf rechts.)

Um den Geißsaal einiger privilegierten Kreise handelt sich's, daher die Aufregung. Sie reden von den Konfessionen, ich will da lieber vom Christentum reden. Ist diese Vorlage mit dem Christentum vereinbar?

Der Jesuit Bahmann hat behauptet, Darwinismus und Christentum seien vereinbar. Dagegen polemisiert ein Mann in der „Deutschen Tageszeitung“, weil die Abstammungslehre nicht vereinbar sei mit der Abstammung aller Menschen von einem Vater, einem Elternpaar, die erst die menschliche Rassenliebe begründet. Gilt das für die Polen und Dänen auch? Wenn Sie nicht heucheln und verdröhnen, sondern die Polen und Dänen als ihre leiblichen Brüder nach christlicher Lehre lieben wollen, dann müssen Sie dieses Gesetz ablehnen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Polen und Dänen.)

Ein Schlußantrag wird von der Rechten und den Rationalliberalen angenommen, auch der Abg. v. Kardorff stimmt dafür.

Abg. Engel (Pole) will in persönlicher Bemerkung die Beschuldigung des Abg. v. Kardorff gegen die polnische Geistlichkeit zurückweisen, wird jedoch vom Vizepräsidenten Forst daran gehindert. Er erklärt schließlich, daß er eine solche Behauptung außerhalb des Hauses als eine gewissenlose Verleumdung bezeichnen würde. (Bravo! bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Marz (P.) und Abg. Klappenborg (Däne) bebauern den Schluß der Debatte, letzterer deshalb, weil dadurch den Dänen die Möglichkeit genommen wird, schärfsten Protest gegen das Gesetz einzulegen. (Lachen rechts und bei den Rationalliberalen.)

§ 1 des Gesetzes wird gegen das auch heute lange nicht vollständige Zentrum, die Polen, Dänen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten angenommen.

Bei § 3 erklärt

Abg. v. Trampehnski (Pole), daß eine „Mojale“ Bestimmung der Polen nur von der nichtwürdigen Behandlung komme; das Volk könne doch nicht immer zwischen Regierung und Staat unterscheiden. Er wird wegen Zurückkommen auf die Generaldebatte zweimal zur Sache gerufen. Der Rest des Gesetzes wird mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Die Gesamtbestimmung über das Gesetz ist namentlich. Sie ergibt die Annahme des Gesetzes mit 202 gegen 99 Stimmen.

Die Abstimmung über den Zentrums- und Polenantrag auf Wiederholung der Abstimmung über das die Verfassung ändernde Besitzfestigungsgesetz ist ebenfalls namentlich und ergibt die Ablehnung mit 21 gegen 98 Stimmen.

Das Arbeitsvertragsgesetz

Dritte Lesung.

Abg. Fleisch (Sp.) beantragt wegen verschiedener Unklarheiten Rückverweisung an die Kommission.

so oder so abgepielt haben können. Ueber die Farbe der Waise, seine Beinleider, die Form des Hutes, die Handschuhe, aber die Form der Waise wurden die verschiedenartigsten Angaben gemacht, die nicht der Wirklichkeit, sondern einer vorausgesetzten Wahrscheinlichkeit entsprachen. „Es scheint“, meint Claparède, „daß der Geist sich gegen das Ungewöhnliche widertrotzend verhält und daß er das Wahrscheinliche bevorzugt, dessen Assimilierung ihm weniger Mühe verursacht und für dessen Klassifizierung er sich bereits Hilfen hat. Deshalb wird in der Zeugenaussage das Wahrscheinliche, das der Zeuge unbewußt voraussetzt, die Wahrheit so häufig verdunkeln und verbergen.“

Humor und Satire.

Reichstags-Marterl

Steh still, Wandrer, vor diesem satirisch schönen Kuppelhaufe und läß deinen Hut,

Denn allhier ist, wo der deutsche Michel sein Allerheiligstes haben tut.

In diesem steinern Riesenstade man die Gesehessuppen braut, Die das Volk da draus meist sehr schwer verdaut.

Iyo schickte man die Herrn Volksvertreter auf sechs Monde nach Haus,

Und in den Riesenstädern da drinnen spielt die Kat mit der Maus. Unser großmächtiger Kaiser mit sein' n Regierungsbuam will wieder allein regier'n.

Drei Paternoster bet', Wandrer, daß uns in diesem Sommer dabei nichts Böses mög passier'n!

Sechs Monde hat „Er“ wieder allein was zu sagen, Und die andre Zeit tut er nach den p. t. Volksvertretern auch mit viel fragen.

Am meisten freut sich unser langer Oberregierungs-Bua, Denn vor den roten Ladeln hat er iyo sei Hua.

Bel', Wandrer, für die arme Seelen!

Ernst.

Notizen.

Der regenreichste Ort des europäischen Festlandes ist nach der „Meteorologischen Zeitschrift“ Crvice in Dalmatien, das in einer Seehöhe von 1017 Meter gelegen ist. Nach 22-jährigen Beobachtungen beträgt hier die jährliche Niederschlagsmenge durchschnittlich 4642 Millimeter. Als Maximum wurden bisher 6135 Millimeter im Jahre 1901, als Minimum 2777 Millimeter im Jahre 1894 beobachtet.

Eine Statistik der Panzerkolosse. Während des russisch-japanischen Krieges wurden in England Pläne für ein Linienschiff und drei Panzerkreuzer von noch nicht dagewesenen Abmessungen ausgearbeitet, und als dann „Dreadnought“ mit Turbinen und zehn 30,5 Zentimeter-Geschützen sowie die drei Schiffe der „Indomitable“-Klasse, ebenfalls mit Turbinen und acht 30,5 Zentimeter-Geschützen, abließen, hatte England alle Seeflaoten überholt. Aber bald baute alle Welt ähnliche Ungeheuer. Jetzt gibt es bereits 117 Dreadnoughts (fertig in Ausrüstung oder im Bau). Sie kosten rund 4500 Millionen Mark!

Abg. v. Pappenheim (L.) ist dagegen.
Unterstaatssekretär Holtz: Uns scheint die Vorlage klar genug zu sein.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir müssen uns doch die Konsequenzen des Gesetzes völlig klar machen. Wie kommt denn überhaupt die Regierung dazu, sich hier einzumischen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Boidich (natl.): Die wichtigsten rechtlichen Bedenken Dr. Fleisch's sprechen für seinen Antrag.

Der Räteberufungsantrag wird abgelehnt, auch von den Nationalliberalen, gegen die Fortschrittler, Sozialdemokraten, Polen und Dänen.

Abg. Boidich (natl.) berichtet daraufhin aus Wort zur Sache.

Abg. Dr. Fleisch (Rp.) bekämpft das Gesetz nochmals nachdrücklich, wenn das auch zwecklos zu sein scheint.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir verwerfen dieses Ausnahmegesetz gegen die Kernisten der Armen um eine sozialpolitische Quasialberei allergrößter Art. Es entflammt dem engherzigsten Fiskalismus und verstößt gegen das Reichsgesetz über die Aufhebung der Schuldhast und gegen das Reichsstrafgesetz. Der Standpunkt, daß Strafe Sühne sein soll, ist längst aufgegeben, auch von der Strafvollstreckung des Ministeriums des Innern. Verringerung soll der Zweck der Strafe sein, erzieherische Arbeit für die Zukunft. Das will ja auch dieses Gesetz und beweist damit seinen strafrechtlichen Charakter, ebenso wenn das Gesetz an eine strafbare Vergangenheit anknüpft, an schuldhaftes Vernachlässigen der Unterhaltungsspflicht. Aber das Gesetz sieht keine Garantien für den Nachweis der Schuldhaftigkeit vor und verzichtet auf positive Vorschriften und Bedingungen. Es ist und bleibt ein Strafgesetz und greift in das Gesetzgebungsrecht des Reiches tief ein. Jetzt auf einmal erklärten die Motive des Gesetzes, die Bedenken gegen reichsgesetzliche Regelung wären geschwunden. Es hat sich aber nichts geändert als allein die gesetzgeberische Gewissenhaftigkeit der Regierung. (Sehr wahr! links.) Dieses Gesetz kann Leute, die sich von ihm bedroht fühlen, strafbare Handlungen begehen lassen, um sich der Strafrechtsjustiz auszuliefern, die an Garantien gebunden ist, während hier die

Verwaltungswillkür

allein entscheidet. Bei jedem kleinsten vermögensrechtlichen Eingriff gestalten Sie die Anrufung des Oberverwaltungsgerichts, hier aber bei einem so tiefen Eingriff in die persönliche Freiheit nicht. Sie mißachten Humanität und Gerechtigkeit und die erlauchten, edlen und geehrten Herren werden dieses Ausnahmengesetz auch noch annehmen. Sie werden es dahin bringen, daß unter diesem Gesetz das Verbrechen noch ein Palladium gegenüber der Verwaltungswillkür erscheinen wird. (Der Präsident ersucht den Redner sich weniger mißverständlich auszudrücken.) Aber wie sich auch heute gezeigt hat, ist der Weg Ihrer Gesetzgebung mit Verfassungswidrigkeiten gespickt. (Präsident: Ich bitte, solche Provokation des Hauses zu unterlassen.)

Abg. Kreth (L.) — zum Abg. Liebknecht —: Sie ganz unverschämter Herr.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Sie tun sich hier als Richter auf, Sie schimpfen hier? Präsident Dr. Fehr. v. Erffa ruft den Abg. Kreth zur Ordnung.

Abg. Liebknecht:

Was Kreth hier schimpft, ist uns egal. Er ist nie da und weiß gar nicht, worum es sich handelt. Die Mehrheit sabotiert in ihrem

gesetzgeberischen Vandalismus

die Reichsgesetzgebung. Uns kann es nur angenehm sein, wenn Sie durch eine solche Geschmäherei das Ansehen dieses Hauses in Grund und Boden ruinieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wigeralk (Pole) lehnt das Gesetz ab.
Abg. Dr. Friedberg (natl.) ebenfalls, weil es Reichssache wäre und der Reichsgarantie ermangelte.

Abg. Martin (H.): Es ist doch unglücklich, daß Abg. Liebknecht hier von einem Ausnahmengesetz gegen die Kernisten der Armen spricht, wo es sich darum handelt, solche Leute, die gewissenslos ihre Unterhaltungsspflicht erfüllen, zu treffen. Uebrigens hat die Staatsregierung immer auf dem Standpunkt gestanden, daß das eine Verwaltungssache sei.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ist denn jemals ein Angehöriger der besitzenden Klassen wegen Vernachlässigung der Unterhaltungsspflicht angeklagt worden? Ich habe in meiner Antwoortsprache die erschütterndsten Fälle erlebt, wo die Allerärmsten deshalb verfolgt wurden, denen die Erfüllung dieser Pflicht in der Tat unmöglich war. Der Reiche kann ins Ausland gehen oder er kann schließlich zahlen, wenn der Gerichtsvollzieher kommt. Aber hier handelt es sich um die bedauerndsten Opfer unserer Wirtschaftsordnung, aus der Sie (nach rechts) Ihren Profit ziehen und die Ihnen ermöglicht, hier zu sitzen und zum Schaden des Volkes Gesetze zu machen. (Lärm rechts.)

Präsident Fehr. v. Erffa: Ich bitte Sie, nicht so scharfe Ausdrücke zu gebrauchen.

Abg. Dr. Liebknecht:

Bei dieser Sachlage erdreistet sich der Abg. Martin (ankaltender Lärm rechts und links: Ist das zulässig?), solche Behauptungen aufzustellen. Das Volk aber wird Ihnen nach dieser Geschmäherei zusehen: Ende schlecht, alles schlecht! (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.)

Abg. Dr. Fleisch (Rp.) bemerkt gegenüber dem Abg. Martin, daß die preussische Regierung, wie der Redner als genauer Sachkenner feststellt, immer der Ansicht war, daß diese Materie in's Strafrecht gehört. (Lebhafte Heul! hört! links.)

Ein Antrag des Abg. Dr. Liebknecht auf namentliche Abstimmung über das Gesetz wird nicht ausreichen und unterläßt. Auf Antrag des Abg. Kehr (Rp.) werden einige Worte aus dem § 1 des Gesetzes gestrichen. Entsprechend der Geschäftsordnung verlangen darauf die Abg. Hoffmann, Kirsch und Dr. Liebknecht Aussetzung der Abstimmung, bis das Bureau eine Zusammenstellung des abgeänderten Gesetzes mit der Kommissionsfassung vorgelegt habe, wie sie z. B. auch gestern beim landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetz vorgelegt wurde, obgleich auch da nur ein Satz gestrichen worden war.

Der Präsident behauptet zuerst, eine solche Aussetzung sei nicht möglich, worauf die Sozialdemokraten aus dem § 18 der Geschäftsordnung die betreffende Vorschrift vorlesen.

Abg. v. Krüger (L.) erklärt, daß das Haus seit 21 Jahren die bloße Streichung einzelner Bestimmungen nicht als Verbesserungsbeschlüsse betrachtet hat, wie sie im § 18 der Geschäftsordnung gemeint seien.

Abg. Hoffmann erwidert, daß das jedenfalls nur geschehen sei, weil niemand Widerspruch erhoben habe. Die Geschäftsordnungsdebatte wird auf Antrag v. Pappenheim (L.) geschlossen und das vom Präsidenten gefragte Haus entscheidet gegen das Verlangen der Sozialdemokraten. Das Gesetz wird darauf gegen die Linke angenommen.

Der Vertagungsantrag der Staatsregierung

ersucht das Haus um die Zustimmung zur Vertagung bis zum 22. Oktober und zur Tagung der Sparlosgesetz- und Wasserregulierungskommission in der Pause.

Abg. Fehr. v. Hedlich (H.) fragt, wie es mit den Diäten und Reisekosten der Mitglieder dieser Kommissionen werden soll.

Unterstaatssekretär Holtz: Sie werden wie bei der Plenartagung pro Tag 15 Mark, Erstattung der Reisekosten hierher und zurück und Preisfahrtscheine während der Tagung erhalten.

Abg. v. Brandenstein (L.): Man hätte das doch lieber gesetzlich regeln sollen.

Das Haus erteilt die Zustimmung zur Vertagung und erledigt eine Reihe Petitionen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) beantragt, am 7. Juni auch den Sinnen schifferantrag zu beraten.

Der Antrag wird angenommen.

Freitag, 7. Juni, 12 Uhr: Kleine Vorlagen und Anträge.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Wahlrechtskundgebungen.

In Halle (Saale) protestierte die Arbeiterschaft in zwei von Tausenden besuchten Versammlungen gegen die Gewaltakte des preussischen Abgeordnetenhauses. Die Referenten, Reichstagsabg. Fritz Kunert und Redakteur Karl Voß, die als letzte Mittel gegen das Treiben der Reaktion den Massenstreik bezeichneten, fanden stürmischen Beifall.

In Erfurt nahmen 12—1300 Personen an der Protestversammlung teil. Genosse Piel aus Berlin hielt eine scharfe, gründliche Abrechnung sowohl mit den wahlrechtsfeindlichen Junkern und Untergenossen, wie mit ihren liberalen Helfershelfern, und mit dem wieder kühner denn je auftretenden Absolutismus. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend.

Sehr gut besuchte Protestversammlungen gegen die Dreiklassenstandale und gegen die kaiserlichen Drohreden wurden auch abgehalten in Eilenburg, Delitzsch, Wittenberg, Zörgau, Eisleben und Artern, sowie in Remscheid.

Die in Köln und den Vororten Ehrenfeld und Ralf stattgehabten Versammlungen waren überfüllt. Die Resolution, die einstimmige Annahme fand, wendet sich mit besonderer Schärfe gegen das Genetium, das durch Abkommandierung nahezu der Hälfte seiner Abgeordneten einen Beschluß zugunsten des geheimen und direkten Wahlrechts hintertrieben und dadurch selbst die allerbedeutsamste Reform des elendesten aller Wahlsysteme verhindert hat. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen; die Polizei hatte umfassende Vorbereitungen getroffen, bekam aber keine Arbeit. Man hatte die Zahl der berittenen Schützen dadurch vermindert, daß man Deutzer Krawattiere in Schutzmannsleidung steckte.

In Danzig wurde in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Im Hanauer Reichstagswahlkreis fanden drei stark besuchte Versammlungen statt, die gegen die Dreiklassenwahlrecht in Preußen protestierten, und zwar in Hanau, Godesheim und Tetzheim.

Die Arbeiterschaft der Unterweserorte (Bremerhaven-Gesestände-See) unternahm am Mittwoch in drei imposanten Versammlungen eine wuchtige Demonstration gegen die Wehrvorlagen, gegen die Reaktion und gegen die politische Ausschärfung.

Partei oder Mandat?

Man schreibt uns aus Würtemberg:

Am Sonntag, den 19. Mai, hat die Bezirkskonferenz in Göppingen an Stelle des Inhabers des Landtagsmandats Genossen Dr. Lindemann den Genossen Kinkel-Göppingen, der zurzeit den Bezirk Weßheim im Landtag vertritt, zum Kandidaten nominiert. Der Wechsel der Kandidatur wurde nach mehrstündiger gründlicher Aussprache mit 63 gegen 31 Stimmen beschloffen. Die Gründe, die zu diesem Beschluß führten, wurden vom Kreisvorsitzenden Genossen Schaeperle dahin zusammengefaßt, daß der bisherige Reichstagskandidat und Abgeordnete für den Bezirk Göppingen, Genosse Dr. Lindemann, in bezug auf die tatsächlichen und prinzipiellen Anschauungen mit der Mehrheit des 10. Reichstagswahlkreises wie auch des Bezirks Göppingen nicht übereinstimme. Aus diesem und dem weiteren Grunde, daß derselbe bei seinem geschwächten Gesundheitszustande dem Strapazen eines Wahlkampfes nicht im gewünschten Maße nachzukommen vermöge, ihm dagegen auf dem Proporzettel (der 17 vom ganzen Land zu wählenden Abgeordneten) aller Wahrscheinlichkeit nach ein Platz zugeteilt werde, der seine Wiederwahl in den Landtag ohne größere Anstrengung ermögliche, schloß der Kreisvorstand einen anderen Kandidaten in der Person des Genossen Kinkel vor, der durch jahrelange, aufopfernde Tätigkeit in der Partei, wie auch durch seine seit heriger Landtagsfähigkeit das Vertrauen der Parteigenossen in Stadt und Land erworben habe.

Der Beschluß der Bezirkskonferenz zeitigte in der bürgerlichen Presse das übliche Nachspiel. Genosse Dr. Lindemann wurde in allen Tonarten gepöbeln, die bösen Rabulaten und insbesondere Genosse Kinkel mit Schmutz überhäuft. Die Kampagne in der bürgerlichen Presse scheint aber nur das Vorspiel bilden zu sollen für einen ähnlichen Coup, wie er in Stuttgart bei der letzten Gemeinderatswahl mit Erfolg durchgeführt wurde. Dienstag, am 21. Mai wurde nämlich an den Plataffäulen in Göppingen folgender Aufruf veröffentlicht:

Parteigenossen in Stadt und Land! Ich beabsichtige, dem Kreisaustritt folgenden Antrag zu unterbreiten: Die Unterzeichneten legen die Befürchtung, daß die Aufstellung des Genossen Kinkel zur Landtagskandidatur gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandats sei. Wir beantragen: Der Kreisaustritt hat eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen über die Frage: Ob Lindemann, ob Kinkel als Kandidat aufzustellen ist. Da ich als einzelner einen solchen Antrag nicht stellen kann, bitte ich die Genossen von Stadt und Land, welche für eine Urabstimmung sind, mir mit Postkarte Antwort zukommen zu lassen. Als Zustimmung gilt die Angabe des Namens und des Ortes der Mitgliedschaft.

Mit Parteigrüß: Julius Brünner.

Der unterzeichnete Genosse Brünner, Gemeinderat in Göppingen, ist ein Anhänger des Genossen Dr. Lindemann. Damit ist der Kampf gegen die von der Bezirksversammlung ordnungs- und statutenmäßig aufgestellte Kandidatur Kinkel offiziell eröffnet. Man mag nun zu dem Kandidatenwechsel stehen wie man will, nachdem die zuständige Parteiorganisation durch ihre gewählten Vertreter gemäß den statutarischen Bestimmungen die Kandidatenfrage erledigt hatte, war es für jeden Parteigenossen selbstverständliche Pflicht, seine ganze Kraft für diese Kandidatur einzusetzen. Statt dessen dieser Vorstoß, dessen Wirkung nur sein kann, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei zu schwächen und das Mandat aufs äußerste zu gefährden.

Zu den Solinger Streitigkeiten.

Die „Kölnische Zeitung“ hatte unlängst von Differenzen in der Solinger sozialdemokratischen Partei zu berichten gewußt. Es sollten infolge der Haltung der Partei in den Solinger Gewerkschaftsstreitigkeiten zahlreiche Austrittserklärungen angemeldet worden sein, die bei verschiedenen Bezirksvereinen des sozialdemokratischen Wahlvereins angeblid bis zu 1/2 der Mitglieder umfassen. Das Blatt veröffentlicht nun eine Zuschrift des sozialdemokratischen Parteisekretärs in Solingen, in der es zum Schluß heißt: „Wir stellen demgegenüber fest, daß im ganzen Wahlkreis drei Mitglieder wegen der Gewerkschaftsstreitigkeiten ihren Austritt aus dem Wahlverein vollzogen haben. Unsere Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1912: 3700, sie beträgt heute 3927. Wie man demnach davon reden kann, daß die Austritte bei verschiedenen Bezirksvereinen bis zu 1/2 der Mitglieder umfassen, ist ebenso unklar wie unverständlich.“

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Was so, mal so.

Das Landgericht Weiningen verurteilte kürzlich den Redakteur Genossen Horn vom Saalfelder „Volkblatt“ zu einer dreiwöchentlichen Gefängnisstrafe, weil er in einer Notiz einen Wahlfabrikanten, der in einer Wählerversammlung die sozialdemokratische Partei angegriffen hatte, beleidigt haben soll. Das Oberlandesgericht Jena verwarf die Revision mit der Begründung, daß Genosse Horn keine berechtigten Interessen ver-

treten habe, der Angriff des Beleidigten sei gegen die Partei und nicht gegen ihn als Anhänger gerichtet gewesen. Dann hätte er aber kein eigenes Interesse, und die Interessen der Sozialdemokratischen Partei zu schützen, war er (der sozialdemokratische Redakteur und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei) nicht berufen.

So das Oberlandesgericht in Jena. Anders das Schöffengericht in Landeshut i. Schl. Dort war der verantwortliche Redakteur der konservativen „Landeshuter Zeitung“ wegen Beleidigung des fortschrittlichen Bürgermeisters Schilles aus Sagan angeklagt. Der Bürgermeister hatte eine Verfügung erlassen, in der gesagt war, daß alle Lehrer, die es abgelehnt hätten, sich ehrenamtlich bei der Volks- und Viehzählung zu beteiligen, auch an der gewerblichen Volksschule nicht zur Verwendung kommen sollen. Da die Verfügung vor den Reichstagswahlen erschien und nach Ansicht der „Landeshuter Zeitung“ die konservativen Lehrer am meisten davon betroffen werden sollten, wurde die Verfügung außerordentlich scharf kritisiert. Der fortschrittliche Bürgermeister fühlte sich dadurch beleidigt und verklagte den konservativen Redakteur. Das Gericht erkannte aber auf Freisprechung und zwar mit folgender Begründung:

Die Interessen, für die der Angeklagte eintrat, lagen darin, nicht nur als Redakteur eines konservativen Blattes, sondern auch als Vertreter seiner eigenen konservativen Gesinnung der Wahlagitation der freisinnigen Volkspartei entgegenzutreten und die Wahl von möglichst viel konservativen Kandidaten herbeizuführen. Dazu komme, daß von dem Bestehen der konservativen Partei das Bestehen der konservativen Presse und schließlich die Existenz des Angeklagten abhängig. Wenn auch die gewählten Ausdrücke sehr scharf seien, so müsse man doch in Betracht ziehen, daß sie in der Vorbereitungszeit zu den Wahlen gefallen sind.

Man vergleiche beide Urteilsbegründungen und die Schlussfolgerungen über den Rechtsgrundsatz „Vor dem Gesetz sind alle gleich“ sind wirklich nicht schwer zu ziehen.

Rachkänge vom Wahlkampf. Genosse Erno Reichard in Weistwasser, der vom dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung eines Generaldirektors erst im Januar zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist am 22. Mai wiederum zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Reichsverbändler namens Wölscher in einer Protestversammlung, die aus Anlaß seiner ersten Verurteilung abgehalten wurde, in seiner Ehre gekränkt haben soll.

Der freisinnige Redakteur Richter wurde zu der hohen Strafe von 60 M. verurteilt, weil er die Tatsache öffentlich kritisiert hatte, daß der Reichsverbändler Gewährräuber des freisinnigen Redakteurs als Schweinehund bezeichnet hatte. Dem Reichsverbändler, der die auch sonst befähigte Verurteilung „Schweinehund“ zugab, wurde kein Haar gekrümmt, die Widerklage des Redakteurs, die deswegen erhoben wurde, ist glatt abgewiesen worden.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 11 heben wir hervor: Arbeitsschule. Von B. Zimmermann. — Die Ueberproduktion. Von Gustav Gschien. — Wie ich in der Prüfung „Sehr gut“ bekam und doch nichts konnte. Von Alwin Rudolph. — Die Verdauung. Von A. Bipschitz (mit Illustration). — Die österreichische Jugendorganisation. Von Anton Jenschil-Wien. — Kriegsspiel. — Vom Kriegsspielplatz. — Die Gegner an der Arbeit. Usm. — Zeilage: Mutter sei froh! Erzählung von Gustav Fintel-Wilfer. — Pfingstmorgen. Gedicht von Ernst Freygang. — Der Brief und seine Geschichte. (Schluß.) Von Richard Wagner. (Illustriert.) — Schule. Von Paul Schurel. — Der Geburtstag. Von Emma Döly. — Überhand Kurzweil.

Aus Industrie und Handel.

Vorstöß des amerikanischen Tabaktruffs in Deutschland?

Die „Tabakwelt“ (Zeitschrift für den Detailhandel und Industrie der Tabakbranche) ist in der Lage, über Pläne des amerikanischen Tabaktruffs, die er in Deutschland durchzuführen gedenkt, zu berichten. Vor kurzer Zeit hat sich das Haupt des Truffs Mr. J. B. Dufe, nach Europa begeben und in London persönlich die Leitung der British-American Tobacco Co. übernommen. Es wird bekannt, daß auch Mr. Whelan, der Präsident der United Cigar Stores Co., mit kurzer Unterbrechung schon seit Anfang des Jahres sich in Europa befindet, um die Chancen eines großzügigen Vorgehens des Truffs mit unter seiner Kontrolle stehenden Großfilial-Unternehmungen zu studieren. Gerade die günstigen, von Mr. Whelan eingehenden Berichte sollen es sein, die Mr. Dufe darin bestärken haben, seinen Plan der Begründung großer Detailladen-Netze unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Dem Bericht nach steht bereits fest, daß die erste Reihe von Läden in erreichbarer kürzester Frist in England eröffnet werden wird und daß sich unmittelbar hieran die Begründung von Detailladen-Unternehmungen in Deutschland und der Schweiz anschließen soll. Bereits jetzt sind ausgewählte Agenten in London, Manchester, Liverpool und anderen großen Städten Englands, ebenso in Glasgow und Edinburgh an der Arbeit, um über geeignete Läden zu verhandeln und solche dem Truff zu günstigen Bedingungen zu sichern. Andere Agenten sind bereits nach den Hauptstädten Deutschlands und der Schweiz in der gleichen Mission entsandt.

Wenn die Unternehmungen, wie Mr. Dufe nicht bezweifelt, sich in diesen in erster Linie aufzunehmenden Ländern als erfolgreich erweisen, soll späterhin auch in anderen mopolfreien Ländern Europas, vor allem in Belgien und Holland, in fernerer Zukunft auch in Dänemark, Schweden und Norwegen in der gleichen Weise vorgegangen werden. Die Finanzierung aller Detailladen-Netze wird selbstverständlich die British-American Tobacco Co. übernehmen. Soweit England in Frage kommt, scheint man nach den jetzigen Mitteilungen auch kein Bedenken zu tragen, die Läden offen unter dem Namen dieser Gesellschaft zu eröffnen. Anders in Deutschland und der Schweiz, wo an dem englisch-amerikanischen Namen Anstoß genommen werden könnte. Hier dürfte der Plan in der Form von Gruppenunternehmungen durchgeführt werden, die unter verschiedenen Namen operieren.

Auch der Vizepräsident der United Cigar Stores Co., Mr. Collin, hat gelegentlich der Eröffnung der ersten Truffläden in New-York (Amerika) erklärt: „In kurzer Zeit werden wir nunmehr auch Einzelunternehmungen in England, Deutschland und der Schweiz ins Leben rufen, wo der Präsident unserer Gesellschaft, Mr. Whelan, bereits seit Monaten mit den Vorarrangements beschäftigt ist.“

Zwar hat die British-American Tobacco Co. jede detaillierte Ansicht in der nächsten Nummer der „Tabakwelt“ geäußert. Aber die „Offizielle Zeitung der Deutschen Zigarrenladen-Inhaber“ teilt auch bereits mit, in welcher Form von Gruppenunternehmungen, die unter verschiedenem Namen operieren werden, der Truff arbeiten wird. ... Als stilles Geheimnis geht durch die Branchen, daß der Truff außer den Firmen George A. Jasmahy A.-G. und Jofetti G. m. b. H. noch andere Fabriken erworben habe.“

Für die Firma Jasmahy ist zwar auf der letzten Generalversammlung von dem Vorstehen des Aufsichtsrats erklärt worden, daß sie mit dem Truff in keiner Weise liiert sei, daß sie insbesondere keine Aktion der Gesellschaft bestehe, noch je beabsichtigen habe. Sehr glaubwürdig kann uns diese ganze Mitteilung nicht erscheinen, da die Generaldirektion der Jasmahy-Gesellschaft in einer „Berichtigung“ im „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1905 selbst erklärt hat, daß sie an der American Tobacco Co. beteiligt gewesen ist. Im Gegenteil, in einem Kalender, den die George A. Jasmahy

A. G. zur Verteilung gebracht hat. Wurde die Beteiligung der American Tobacco Co. an der Georg A. Yasmaki A. G. ausdrücklich erwidert. Sollte sich der Herr Vorsitzende vielleicht nicht noch in anderen Punkten geirrt haben?

Die Steigerung der Fleischpreise!

Wie die Fleischpreise in die Höhe schnellen, zeigt folgende Aufstellung nach den Angaben der „Statistischen Korrespondenz“ über die ermittelten Durchschnittspreise nach den Notierungen an 50 Markorten. Es kostete im April 1 Kilogramm Pfennige:

	1909	1910	1911	1912
Schweinefleisch . . .	151,6	161,1	147,5	159,7
Rindfleisch . . .	153,7	154,3	164,8	175,1
Kalbsteck . . .	170,8	176,7	187,4	193,—
Lammfleisch . . .	163,3	169,3	175,8	182,8

Als vor einigen Monaten der ultramontane Landwirtschaftsminister die Möglichkeit einer weiteren Fleischsteuerung bestritt, da umstöße ihn das Weisheitsgeheul der Junker und Klerikalen, die ultramontane Presse behüte über „sozialdemokratisches Zeremoniell“ gelehrt. Jetzt hüllen sich die Herrschaften jedoch in bereites Schweigen.

Preiserhöhung durch den Stahlwerksverband.

Der Stahlwerksverband beschloß, für das dritte Quartal 1912 die Preise für Halbzeug um 5 M. zu erhöhen und außerdem die Ausführungsvergütung um 5 M. (auf 10 M.) zu ermäßigen, sowie die Preise für Formeisen um 2 1/2 M. pro Tonne heranzusetzen unter gleichzeitiger Fortfall des bisher bewilligten Rabatts von 1 1/2 Prozent, sodaß die Preiserhöhung tatsächlich circa 4 M. pro Tonne ausmacht.

Die Berichte über die Geschäftslage lauten in allen Zweigen für Inlands- und Auslandsabzug recht günstig. Auch im Ausland lauten Preiserhöhungen vorgenommen werden. Auch für den Sommer und Rest des Jahres bestehen günstige Aussichten.

Die Bank der Frauen.

Die Genossenschaftsbank selbständiger Frauen (E. G. m. b. H.), die sich zur Aufgabe gestellt hat, an Frauen Vorschuße zu gewähren, berichtet über das vergangene Geschäftsjahr, daß sich ihre Mitgliederzahl von 503 auf 838 erhöht hat und die Geschäftsanteile von 503 auf 888 gewachsen sind. Die Quasiprüfung der kleinen Bank ist eine recht rege gewesen: Der Zubrang kreditfähiger Frauen zu der Genossenschaft war so groß, daß die Bank heute bereits mehrere tausend Mitglieder haben könnte. Obwohl wir . . . mit dem bisher Erreichten zufrieden sein können, war es uns leider immer noch nicht möglich, den an uns heranretenden Kreditansprüchen zu genügen. Wir mußten uns nach unseren verfügbaren Mitteln richten, einen Teil der Anträge auf spätere Zeit verschieben und diejenigen Personen, welche sofortige Erledigung verlangten, zurückweisen. . . . Mit Mühen wir reelle, gute Genossinnen zurückweisen, weil diese das Geld schnell haben wollten und wir vorläufig die Kredite auf Pfandschaft nur der Reife nach gewähren können, damit gerecht verfahren und niemand bevorzugt wird. Wir haben uns bisher bei Pfandschaftsbedingungen der größten Vorsicht befolgt und gegen Pfandschaft ohne sonstige Effekten- und Hypothekensunterlagen Kredite nur von einigen hundert Mark pro Mitglied gewährt. Alle größeren Geschäfte sind gegen ausreichende Effekten- und Hypothekensunterlagen gemacht worden. Die Rückzahlungen erfolgten bisher befriedigend.

Soziales.

Volkervermehrung.

Eine interessante Untersuchung über die Verschiebung in der Bevölkerungsbewegung in Deutschland veröffentlicht R. Nombert in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ — Nr. 10 —. Die Bevölkerungszunahme seit 1816 ist sehr ungleich verlaufen. Den Ursachenkomplex stellen drei Faktoren dar: Wanderbewegung, Geburten und Sterblichkeit. Bis zum Jahre 1896 hat Deutschland durch die Wanderbewegung mehr Menschen verloren als wie gewonnen. Von 1851 bis 1895 ergibt sich nach ein Mehr der Abwanderung von 4 400 000 Personen. Seitdem vollzog sich eine grundlegende Aenderung. Deutschland ist ein Menschen importierendes Land geworden. In dem Zeitraum von 1896 bis 1905 betrug der Wanderertrag allein 1 460 000 Köpfe. Diese Tatsache spricht gerade nicht für die von den Nationalisten behauptete Notwendigkeit der Erwerbung von Siedelungen für Deutschlands Bevölkerungszunahme. Die Verschiebung in der Wanderbewegung war aber nur im geringen Ausmaß Ursache der gewaltigen absoluten und relativen Bevölkerungszunahme in den letzten Jahrzehnten. Das Schwerkgewicht liegt in der Abnahme der Sterblichkeit, die bisher wenigstens noch den seit 30 Jahren bemerkbaren Geburtenrückgang mehr als ausgleicht. Doch sehen wir uns nach den vergleichenden Ziffern um! Von 1816 bis 1910 ist die Bevölkerung von 24,8 auf 64,9 oder um 40,1 Millionen Köpfe —

gleich 161 Prozent — gewachsen. Der größere Teil des Wachstums, nämlich 25,1 Million Köpfe, fällt auf die Zeit von 1865 bis 1910, während die vorausgegangene etwas längere Periode mit einem Plus von nur 48,6 Millionen abschließt. Daß die größte Zunahme auf die letzte Zeit entfällt, beweist folgendes Resultat: das Wachstum ergab von 1865 bis 1886 — 5,58 Millionen Köpfe, von 1880 bis 1895: 7,04 Millionen Köpfe und von 1895 bis 1910: 12,5 Millionen Köpfe. Zum Teil ist die Zunahme rein rechnungsmäßig, das Resultat der stetigen Verbreiterung der fruchttragenden Basis. Aber auch die Zuwachsrate ist gestiegen. Sie betrug 0,81 vom Hundert im Durchschnitt der Jahre 1820 bis 1870, stieg dann auf 1,16 v. H. in dem Zeitraum von 1870 bis 1910, betrug aber im letzten Jahrzehnt allein 1,41 v. H. Mit dieser Steigerung läuft parallel eine Abnahme der Geburten. Auf 1000 Einwohner berechnet, gibt Nombert diese Zahlen:

	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
1872—1880	41,10	29,54	12,65
1881—1890	38,20	26,50	11,89
1891—1900	37,34	23,49	13,85
1901—1909	34,37	20,92	14,35

Der Rückgang der Sterbefälle ist sozial betrachtet zweifellos ein Fortschritt. Noch viel günstiger liegen in dieser Beziehung die Verhältnisse in Dänemark. Im Jahre 1909 kamen in Deutschland auf 1000 Einwohner 31,0 Geburten und 17,1 Sterbefälle, in Dänemark 26,3 Geburten und 13,3 Sterbefälle. Der Verfasser bespricht weiter die bekannten Ursachen des Geburtenrückganges. Er sieht darin erst zu nehmende Gefahren. Vorwiegend mache sich der Rückgang in geistig höher stehenden Schichten bemerkbar. Zum Teil zwar als Ausfluß eines von wirtschaftlichen Erwägungen dirigierten Willensaktes, teils aber auch infolge zunehmender Herabminderung der Jungungsfähigkeit in diesen Kreisen. Daraus folgert Nombert auf ein Aussterben der Tüchtigen und Fähigen und eine Degeneration des Volkes. Dieses Urteil schließt aber doch wohl weit daneben! R. geht dabei von der falschen Voraussetzung aus, daß die Ergänzung der Intelligenz gewissermaßen nur aus der einmal gegebenen Schicht der geistig höher stehenden erfolge. Das ist jedoch nicht zutreffend! Genau so gut, wie sich Rückbildungen bemerkbar machen, die Nachkommen hoch intelligenter, zur Auslese gehörender Eltern in die Schicht der minder begabten zurückfallen, ist auch ein steter Aufstieg aus dieser in die der geistig Tätigen zu konstatieren. Eine andere Frage ist die, in welchem Verhältnis sich der Geburtenrückgang und die Sterblichkeit weiter entwickeln. Allem Anscheine nach wird die zunehmende Geburtenverminderung in absehbarer Zeit auch eine Verminderung des Geburtenüberschusses herbeiführen. Ob diese Entwidlung zu einem Beharrungsstand führt, oder gar darüber hinaus geht, muß die Zukunft lehren.

Gerichts-Zeitung.

Unlautere Annoncen.

Dem Humburg, der oft in den Annoncen über Möbelverkäufe zutage tritt, wird jetzt durch Strafanträge seitens interessierter Korporationen entgegengetreten. So hatte sich gestern die Möbelhändlerin Frau Veria Hobau unter der Anklage des unlauteren Wettbewerbes vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Angeklagte, die die Inhaberin des mit ihrem Manne betriebenen Geschäfts für Ein- und Verkauf von Möbeln ist, hat ihre Geschäftsräume im ersten und zweiten Stockwerk eines Hauses in der Weinmeisterstraße, dessen Vizewirtschaft ihr hiesigen Manne übertragen ist. Sie suchte Kunden durch Zeitungsinserte anzulocken, die nach Ansicht der Anklagebehörde gegen § 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb verstößen, da sie den trügerischen Schein eines besonders günstigen Angebots erwecken. Darin wird angeführt, daß „Verwalter“ umgehend Kuchbaumplano und andere speziell aufgeführte Möbel verkauften und daß Zwischenhändler verboten seien. Die Leser der Annoncen, die da glaubten, daß es sich um einen durch besondere Umstände notwendig gewordenen privaten Verkauf handelte und sich zum Zwecke des Kaufes nach der Weinmeisterstr. 1b begaben, fanden dort auch gar kein Schild vor, welches sie darüber aufklärte, daß die Annoncen von einem Möbelgeschäft ausgingen, vielmehr war an der Eingangstür zum Geschäft nur ein kleines Schild mit dem Vermerk „Verwalter Hobau“ angebracht.

Auf Grund dieses Tatbestandes hatte seinerzeit die Zentralstelle der Möbelhändler einen Strafantrag gestellt, der aber später zurückgenommen wurde. Damp hat sich der Vorstand des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden der Sache bemächtigt und seinerseits einen Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt hielt unlauteren Wettbewerb für vorliegend, da durch die Form dieser Annoncen das Publikum in den Glauben verriet wurde, daß es sich um ein besonders günstiges Angebot eines privaten Verkäufers handelte, das sie ermöglichte, einen vorteilhaften Gelegenheitskauf zu machen, während in Wirklichkeit nur eine gewerbsmäßige Hand-

lerin in dieser Weise einen Köder aufgeworfen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 20 M. Geldstrafe. — Rechtsanwalt Meyer hielt den Tatbestand des § 4 des Gesetzes nicht für vorliegend, da die Angeklagte tatsächlich Hausverwalterin sei und tatsächlich die angegebenen Möbel zu verkaufen hatte und wesentlich unwarere Angaben über den Inhalt des Verkaufs nicht gemacht worden seien. — Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß es unlauteren Wettbewerbs darstelle, wenn jemand, der ein offenes Möbelgeschäft betreibt, ohne jede Andeutung dieser Tatsache unter der Bezeichnung „der Verwalter“ Möbel zum „umgehenden“ Verkauf anbiete und damit beim Publikum den Glauben erwecke, daß eine Gelegenheit zu besonders günstigem Kauf geboten werde. Die Angeklagte wurde daher zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine wohlhabende Ladendiebin

müßte sich gestern in der Person der Frau Helene Bödel aus Schöneberg vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II verantworten. — Der in Schöneberg wohnhafte Gemüsehändler Rabahn machte seit November vorigen Jahres wiederholt die Beobachtung, daß aus seiner Geschäftskasse fortgesetzt kleinere Geldbeträge bis zu 3 M. verschwanden. Er kam, wie er vor Gericht bezeugte, zuerst auf den naheliegenden Gedanken, daß sich seine Ehefrau auf diese Weise hin und wieder einen sogenannten „Schmähroschen“ mache. Als diese aber ganz entschieden dies in Abrede stellte, kam er zu der Ansicht, daß sich unter seinen Kunden eine Ladendiebin befinden müsse. Einen bestimmten Verdacht konnte er natürlich nicht aussprechen, zumal seine Kundinnen alle den besseren Kreisen angehörten. Erst durch einen Zufall wurde er auf die richtige Spur gebracht. Als eines Tages eine Frau H. den Laden betrat, bemerkte sie schon von der Straße aus, wie sich die jegliche Angeklagte, welche die Ehefrau eines in derselben Straße wohnhaften wohlhabenden Architekten ist, weit über den Laden hinaus und sich an der Straße zu schaffen machte. Nachdem sie dem R. hiervon Mitteilung gemacht hatte, zählte er einige Tage hintereinander genau die in der Kasse befindlichen Geldstücke. Kurz darauf erschien auch die Angeklagte und kaufte irgendeine Kleinigkeit, welche die Frau R. erst aus dem Keller heraufholen mußte. Eine sofort nach dem Weggange der R. vorgenommene Revision der Kasse ergab, daß eine Mark fehlte. Rabahn benachrichtigte nun den Polizeiwachmeister Nibel von dem Vorkommnis. Dieser postierte sich eines Tages Ende Januar hinter einer Tür, in die er ein Loch gehohlet hatte, auf und beobachtete den Laden. Die Angeklagte kaufte wiederum etwas, was erst aus dem Keller geholt werden mußte. In dem Moment, als sich die Angeklagte über den Laden hinaus begab und die Kasse aufzog, trat der Polizeibeamte aus seinem Versteck hervor. Die überfahrene Diebin weinte und lamentierte und bot, sie nicht unglücklich zu machen, zumal ihr Ehemann alles zurückzahlen werde.

Im Gegensatz zu diesem indirekten Geständnis bestritt die Angeklagte vor Gericht jede Schuld. Das Schöffengericht verurteilte sie zu 5 Tagen Gefängnis. Wegen dieses Urteils legte Frau R. unter Weisung des Justizrats Dr. Sells Berufung ein. Die Strafkammer kam jedoch nach erneuter Prüfung der Sachlage wiederum zu der Überzeugung, daß sich die Angeklagte des Diebstahls schuldig gemacht habe. Die Berufung wurde deshalb unter Bestätigung des ersten Urteils verworfen.

Mainzer Veleidigungsprozeß.

In dem vor der Mainzer Strafkammer verhandelten Veleidigungsprozeß des Beigeordneten Bernat, welcher bekanntlich zum Berliner Stadtrat gewählt worden ist, gegen den Chefredakteur Heinrich Hirsch beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten auf Grund des § 186 wegen Veleidigung zu zwei Monaten Gefängnis und erkannte auf Publikation des Urteils und Einziehung bezw. Vernichtung der betreffenden Zeitungnummern und Platten. Der Schatz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten verweigert.

Witterungsübericht vom 23. Mai 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.
Stettin	753,8	3	bedeckt	10	10	Hagenau	761,5	2	bedeckt	12	12
Hamburg	755,0	0	bedeckt	14	14	Petersburg	759,3	1	bedeckt	8	8
Berlin	753,0	0	bedeckt	12	12	Scilly	754,0	0	bedeckt	11	11
Frankfurt a. M.	755,3	1	bedeckt	13	13	Aberdeen	759,2	0	bedeckt	9	9
München	756,5	4	bedeckt	13	13	Paris	757,5	0	bedeckt	11	11
Wien	755,3	3	bedeckt	15	15						

Wetterprognose für Freitag, den 24. Mai 1912.

Günstig zeitweise heiter, etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und Regen. Berliner Wetterbureau.

Wo fahren wir Pfingsten hin?

Nach **Muhus Waldschlößchen, Rahnsdorf.**
10 Minuten vom Bahnhof Rahnsdorf, 10 Min. von Freibad Müggelsee.
Größtes Etablissement am Orte, großer Parkettaal.
Am 1. Pfingstfeiertag: **Früh-Konzert** bei freiem Entree.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Niederswerder**,
an der neuen **Heerstraße** beim **Alten Freund**.

M. Schultze meister

Berlin SO. 26
Dresdener Straße 4

Koffbuser Tor

Elegante Anzüge

in neuen Formen, neuen Schnitten, neuen Farben
stets fertig am Lager in 24 Größen.

Herren-Anzüge

25.— 27.— 29.50 32.— 36.— 38.— 42.— 46.—
48.— 54.— 58.— 60.— 75.—

Herren-Ulster

24.50 27.50 29.— 32.50 36.50 40.— 42.50 46.—
50.— 56.— 65.—

Herren-Paletots

25.— 27.— 29.50 32.50 36.50 40.— 45.— 48.—
54.— 58.— 62.— 65.— 68.— 72.—

Moderne Beinkleider

5.— 7.50 8.50 10.50 12.50 14.50 16.50 18.50 20.50

2. Feiertag nur von 8-10 Uhr geöffnet.



Achtung
Kaufen Sie
nur beim Fachmann
Elegante fertige
Herren-Garderobe
Teilzahlung von
1 Mark
wöchentlich an
Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37^{II}
II. Geschäft:
Turmstrasse 18^I



A. Wertheim



G.M.B.H.

Leipzigerstr. 132-37

Königstrasse 31-32

Rosenthalerstr. 28-31

Oranienstrasse 52-55

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden:

Frisch. Fleisch

Schmorfleisch Pfund 1.00

Brust- und Fehlrippe . . Pfund 80 Pf.

Kamm- und Querrippe . . Pfund 70 Pf.

Fr. Schinken im ganz., ca. 10 Pfd. schwer . . . Pfund 80 Pf.

Kamm und Schuft . . . Pfund 90 Pf.

Rückenfett und Liesen . Pfund 65 Pf.

Kalbskeule u. Nierenbraten im ganzen Pfund 95 Pf.

Kalbskamm u. Bug 70, ge-teilt 75 Pf.

Kalbsbrust Pfund 75, -spitze 90 Pf.

Hammel dicke Rippe . . Pfund 75 Pf.

Hammel-Dünnung . . . Pfund 65 Pf.

Gulasch Pfund 70, Gehacktes 60 Pf.

Pökeltzunge Pfund 1.30

Kasseler Rippespeer 85 Pf. bis 1.00

Rehfleisch

*Keulen Stück 5.50 bis 9.00

*Rücken Stück 8.00 bis 12.00

*Blätter Stück 1.50 bis 2.50

*Kochfleisch Hals und Brust zusammen 80 Pf.

Fleischwaren

Braunsch. Zervelatwurst in Feittdarm Pfund 1.50

Zervelatwurst in Bladdarm . . Pfund 1.25

Salamiwurst Pfund 1.25

Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfund 1.00

Berliner Mettwurst Pfund 70 Pf.

Mausschinken ca. 2 1/2 bis 3 Pfund schwer Pfund 1.25

Frühstückszungen 2 Stück Inhalt Dose 85 Pf.

Delikatess-Sülze Dose ca. 1 Pf. 85 Pf.

Prager Schinken tafelfertig zum Warmmachen, ca. 8-10 Pfund schwer, in Dosen . . . Pfund 1.45

Echte Frankfurter Würstchen in Dosen 2 1/2 Paar 85 Pf., 3 Paar 1.40, 10 Paar 2.60, 20 Paar 5.00

Königsb. Fleck in Dosen ca. 1 Pf. 50, ca. 2 Pf. 95 Pf.

* Räucherwaren

Ahlbecker Fludern . . . Pfund 40 Pf.

Nordsee-Fludern . . . Pfund 65, 80 Pf.

Stralsunder Bücklinge, 2 Stück 10 Pf.

Kieler Bücklinge 3 Stück 20 Pf.

Sprottbücklinge Pfund 38 Pf.

Aale Pfund 1.20, Bund 40 Pf.

Lachsstör Pfund 68 Pf.

Sardellen Pfund 75 und 90 Pf.

Aal in Gelee Pfund 98 Pf.

Bratheringe 4 Liter-Dose 1.05

* Gemüse

Frischer Spargel Pfd. 45, 55, 70 Pf.

Radieschen 6 Bund 10 Pf.

Tomaten Pfd. 32 Pf.

Rhabarber 3 Bund 10 Pf.

Grüne Bohnen Pfd. 36 Pf.

Gurken Stück 15 bis 30 Pf.

Italienische Kartoffeln . . Pfd. 10 Pf.

Waldmeister 3 Bund 10 Pf.

* Obst

Erdbeeren Pfd. 75 Pf.

Kirschen Pfund 38 Pf.

Zitronen Dtz. 28, 40, 60 Pf.

Austral. Äpfel . . . Pfd. 38, 45, 60 Pf.

Käse

Camembert-Käse Stück 23 Pf.

Emmentaler Käse Pfd. 1.15

Schweizer Käse Pfd. 88 Pf.

Tilsiter Käse Pfd. 72 Pf.

Limburger Käse Pfd. 55 Pf.

Allgäuer Rahmkäse . . . Pfd. 65 Pf.

Vollfetter Holländer Käse Pfd. 95 Pf.

Bierkäse Pfd. 65 Pf.

Briekäse in der Butterdose . . Stück 53 Pf.

Briekäse Pfund 68 Pf.

Speise-Quark Stück 10 Pf.

* Fische

Lebende Aale mittelstark, Pfund 1.25

Lebende Aale stark . . . Pfund 1.35

Lebende Hechte Pfund 1.08

Tafellachs in ganz. Fischen, Pfd. 48 Pf.

Tafelzander Pfund 85 Pf.

Geflügel

Junge Gänse Pfd. 95 Pf., 1.15, 1.30

Junge Enten . . . Stück 2.40 bis 3.75

Suppenhühner . . . Stück 1.50 bis 3.00

Brathühner Stück 1.40 bis 2.75

Möweneier 2 Stück 15 Pf.

Butter

Koch- und Backbutter Pfund 1.20

Tischbutter Pfund 1.26

Tafelbutter Pfund 1.30, 1/2 Pfd.-Stück 65 Pf.

Bratenschmalz Pfund 65 Pf.



Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum 25., 26., 27. und 28. Mai.
Gau-Ausfahrt
nach Eberswalde.

Start zu derselben: 1. bis 8. Ubr. am 25. abends 8 Ubr. am 26. u. 27. früh 4 Ubr. 9. Ubr. am 28. früh 8 1/2 Ubr. Rangardter Str. 14; jugendliche Bundesgenossen am 26. früh 5 1/2 Ubr. Stralauer Brücke 3. Sammelstart: Bernau (Schumann).
1. Ubr.: Am 26. 1 Ubr.: Wannsee (Rüchtershof). Am 27. 1 Ubr.: Stolpe (Vergemann). Start: Bismarckstr. 58.
2. Ubr.: Am 26. 12 1/2 Ubr.: Waldsdorf (Schmidt). Am 27. 12 1/2 Ubr.: Havelheimer Wäldchen. Am 28. 1 Ubr.: Tour wird am Start bekanntgegeben. Start: Langhagen Platz 12.
3. Ubr.: Am 26. 1 1/2 Ubr.: Rahlstedt (Hauhaus). Am 27. 1 Ubr.: Hirschgärten (Völsch). Am 28. 1 Ubr.: Alter Freund. Start: Rühlener Platz.
4. Ubr.: Am 26. 1 Ubr.: Nidekerwerder. Am 27. 1 Ubr.: Nidekerwerder. Am 28. 2 Ubr.: Sedoma. Start: Götter.
5. Ubr.: Am 26. 1 Ubr.: Goringsee. Am 27. 12 1/2 Ubr.: Bienenwerder. Am 28. 1 1/2 Ubr.: Baumhölzchen. Start: Oberberger Straße 28.
6. Ubr.: Am 27. u. 28. 1 Ubr.: Tour wird am Start bekanntgegeben. Start: Schulstr. 29.
7. Ubr.: Am 26. 12 Ubr.: Bernau. Am 27. 1 Ubr.: Nidekerwerder (Alter Freund). Am 28. 2 Ubr.: Saatkübel. Start: Rebeckowstr. 21.
8. Ubr.: Am 31. 12 Ubr.: Familien-tour nach Pferdebusch. Am 4. Juni 9 Ubr.: Saatkübel.
Jugendliche Bundesgenossen. Am 26. 1 Ubr.: Tour wird am Start bekanntgegeben. Start: Stralauer Brücke 3. 11/12

Achtung!
Die nächste Verammlung der jugendlichen Bundesgenossen findet nicht am 28. Mai, sondern am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Ubr. statt.
Genet:
Zentral-Fahrwartshung.
Reinickendorf.
1. Ubr.: Am 27. 1 Ubr.: Finken-Eng. Start: Schannoverstr. 37.
2. Ubr.: 5 Ubr.: Schmidtstr. Start: Zum Senfelder.

Knorr Suppen-Würfel

Wer nicht probiert, verliert.



3 Teller Suppe
10 Pfg.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
General-Depot von F. J. Burrus St. Kreuz i. L.
Größte Firma in Feinschnitt-Tabaken des Kontinents
Spezialität: **Shag Tabake u. Zigaretten.**
Am Moritzplatz 3014.

Ohne Anzahlung

Garderoben auf Kredit
für Herren, Damen und Kinder

Gehrock-Anzüge, Jackett-Anzüge, Paletots, Ulster, Damen-Kostüme, Shirts, Röcke, Paletots, Enjal, Jacketts, Sträußchen, Seidene Kleider u. Mantel in allen Farben u. neuesten Fassons. Größte Auswahl. Bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung.
Nöbel kompl. Wohnungs-Einrichtung, sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen, Porzellan, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Matten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung.

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Strasse
Sonntags von 9-10 Uhr geöffnet.

Haarscharf

bis auf den Pfennig sind wir gemäss unserer beim Gericht niedergelegten Statuten verpflichtet, unsere Preise nach dem Verkaufssystem

Selbstkostenpreis + 10%

zu berechnen. — Durch diese Verkaufsart erspart der Käufer ca. 25% und ist daher jede willkürliche Preisforderung ausgeschlossen.
Gegen eine Umsatzgebühr von 10 Prozent hat jeder das Recht, Ware von der Deutschen Bekleidungs-gesellschaft zu ihrem Selbstkostenpreise zu beziehen.

Wir verkaufen zum Beispiel:

Knaben-Anzüge u. Herren-Hosen

Selbstkostenpreis	2.50	4.25	7.50	9.50
Verkaufspreis	2.75	4.67	8.25	10.45

Herren-Anzüge, Ulster, Paletots

Selbstkostenpreis	14.25	21.00	26.50	33.00
Verkaufspreis	15.67	23.10	29.15	36.30

Sämtliche Berufskleidung. — Anfertigung nach Mass.

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Grosse Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstrasse)
Turmstrasse 80 (neben Kleinem Tiergarten)

Wer hat den Arbeiter Herrmann getötet?

Am 29. April hat, wie unseren Lesern erinnerlich ist, die 88. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I den Klageanspruch der Witwe Anna Herrmann gegen den durch den Polizeipräsidenten vertretenen Fiskus dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Das Urteil ist jetzt zugestellt. Die Entscheidungsgründe geben wir nachstehend im Wortlaut wieder.

Dem beklagten Fiskus gegenüber gründet sich der Anspruch der Klägerin auf § 1 des Gesetzes vom 1. August 1909 über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Daß die Klägerin und auch ihr verstorbenen Ehemann preussische Staatsangehörige sind bezw. waren (§ 7 a. a. D.), ist unbestritten geblieben.

Ueber den Tod des Arbeiters Herrmann ist im vorliegenden Rechtsstreit folgendes festgestellt worden. Herrmann wurde am Abend des 27. September 1910 wegen einer Schädelverletzung in das städtische Krankenhaus Moabit aufgenommen und ist hier am 3. Oktober 1910 gestorben. Die Leiche wurde am 6. Oktober 1910 von den Gerichtsärzten Dr. Strauch und Dr. Strahmann obduziert. Die Sachverständigen gaben ihr Schlussgutachten dahin ab, daß Herrmann an Hirnhautentzündung und beginnender Lungenentzündung gestorben sei, und daß sich die Hirnhautentzündung offenbar an eine Kopfverletzung angeschlossen habe. Ueber die Art dieser Kopfverletzung haben sie sich darauf in den bei den Untersuchungsakten befindlichen, zum Gegenstande der Verhandlung gemachten schriftlichen Gutachten vom 22. Dezember 1911 und 3. Januar 1912 ausführlich verbreitet. Während Dr. Strauch annimmt, daß es sich nicht mit Sicherheit entscheiden lasse, ob Herrmann überhaupt einen Dieb erhalten habe, und mit welchem Werkzeug dieser geführt sei, oder ob er sich die Verletzung durch einen Sturz zugezogen habe, gelangt Dr. Strahmann zu der Ansicht, daß die Entstehung der Verletzung durch ein scharfes schneidendes Werkzeug überaus wahrscheinlich sei.

Hiernach ist jedenfalls soviel festgestellt, daß der Tod des Herrmann durch die ihm zugefügte Schädelverletzung verursacht worden ist. Wenn im Obduktionsprotokoll neben der Hirnhautentzündung auch „beginnende Lungenentzündung“ genannt ist, so hat dies — wie schon der Umstand ergibt, daß diese Krankheit erst in ihrem Beginne stand — nicht die Bedeutung, daß sie als selbständige Todesursache angesehen werden könnte.

Ueber die Entstehung der tödlichen Verletzung hat die Vernehmung durch eidliche Vernehmung der Eheleute Jordan als Zeugen folgendes Ergebnis gehabt. Nach der übereinstimmenden Belundung dieser Zeugen haben sie an einem Abend während der Moabitern Unruhen vom Wallon ihrer im vierten Stock des Vorderhauses Wicelstr. 31 belegenen Wohnung aus gesehen, wie von der Weuffelstraße her die Wicelstraße entlang ein Mann ruhig seines Weges kam. Jener Teil der Straße war sonst vollständig menschenleer. Plötzlich kam, so bekunden sie weiter, ein Schutzmann von der Weuffelstraße her hinter dem Manne hergelaufen, schlug ihn mit dem Säbel von hinten über den Kopf und entfernte sich sodann rasch wieder nach der Weuffelstraße zu. Fast in demselben Augenblicke kam noch ein zweiter Schutzmann ebenfalls von der Weuffelstraße her dem Manne nachgelaufen und schlug ihn mit seinem Säbel zweimal über den Kopf, und zwar ebenfalls von hinten. Beim zweiten Schläge beugte sich der Mann nach vorn über; dabei sahen die Zeugen im Schine der schon brennenden Laterne, daß ihm Blut vom Kopfe herabfloß. Seine Kopfbedeckung war heruntergefallen. Jemand eine Widerseyligkeit hat sich der Verletzte bei dem Eindringen der Schutzmänner auf ihn nach der Belundung der Zeugen nicht schuldig gemacht. Kurz vorher (10—20 Minuten) hatte eine Schutzmanschette von der Weuffelstraße aus nach der Waldstraße zu einen Vorstoß gemacht und die Straße geräumt. Die Schutzmänner waren bereits wieder zur Weuffelstraße zurückgekehrt, ehe der Vorfall passierte. Es war dies gegen 8 Uhr.

Der beklagte Fiskus hat die Richtigkeit dieser Darstellung bestritten. Die Aussagen der von ihm benannten Gegenzeugen sind jedoch nicht geeignet, sie zu widerlegen. Aus allen Aussagen geht hervor, daß am 27. September 1910 in der Wicelstraße von den späteren Nachmittagsstunden an stundenlang Tumulte stattfanden, die bis nach Einbruch der Dunkelheit fortdauerten. Es fanden eine ganze Anzahl Vorstöße der Schutzmanschetten von der Weuffelstraße nach der Waldstraße zu statt, durch die die Straße zeitweilig von den Tumultuanten geräumt wurde. Doch sammelte sich die Menge stets bald wieder an und nötigte zu erneutem Einschreiten. Bei dieser Sachlage ist es von vornherein klar, daß nicht jeder Beobachter alle einzelnen Vorgänge des damaligen Tages bemerkt haben kann selbst wenn er ihnen seine Aufmerksamkeit ununterbrochen gewidmet haben sollte. Es ist daher keine Widerlegung der Jordanischen Aussage darin zu finden, wenn die Zeugen Will, Dietrich und Frau Dandel den von jenen geschilderten Vorfall nicht gesehen haben. Die Zeugen haben auch nicht behaupten können, daß sie die Strahe ununterbrochen beobachtet hätten; und die Wahrscheinlichkeit spricht gerade dafür, daß sie sich zu einer Zeit, zu der die Ruhe gerade einmal hergestellt war, vom Fenster oder Wallon entfernt haben werden, zumal nach Einbruch der Dunkelheit. Bei den Zeugen Will und Dietrich kommt hinzu, daß sie sich gegen 8 Uhr zu einer Sitzung des Gemeindefiskusrates begeben haben, und daß es nach der Jordanischen Belundung immerhin nicht ausgeschlossen ist, daß der von ihnen geschilderte Vorfall auch kurz nach 8 Uhr sich zugetragen hat, so daß sie ihn aus diesem Grunde nicht bemerken konnten.

Es fragt sich daher lediglih, ob die von den Zeugen mit angeführten Vorfälle etwa mit dem von den Eheleuten Jordan geschilderten Vorgange identisch sind und ob sich hieraus eine abweichende Feststellung des Sachverhalts ergibt. Ueber auch hierfür bietet sich kein genügender Anhalt. Die Beobachtungen der Gegenzeugen stimmen auch untereinander so wenig überein, daß man, wie es auch selbstverständlich ist, annehmen muß, daß an jenem Tage eine ganze Reihe von Verwundungen von Verlonen aus dem Publikum vorgekommen sind. Am meisten Berührungspunkte mit der Jordanischen Darstellung hat die Schilderung, die der Zeuge Dietrich von seiner Beobachtung eines am Kopfe blutenden Mannes gibt, der die Wicelstraße nach der Waldstraße zu entlangging. Er hat aber weder gesehen, wie der Mann die Wunde erhalten hat, noch wo er schließlich geblieben ist. Diese Angaben reichen keineswegs zu, um darzutun, daß es sich dabei um Herrmann handelte. Einen Vorfall

schildert Zeuge Will; ein Mann in der Menschenmenge habe von einem Schutzmann aus der Reihe über den Kopf einen Säbelhieb erhalten, so daß er sofort zu Boden gestürzt und liegen geblieben sei. Wahrscheinlich denselben Vorgang hat auch der Zeuge Dietrich beobachtet; nur glaubt er, der Mann sei durch einen Stoß umgeworfen worden, als er sich habe durch die Schutzmanschette drängen wollen. Daß dies Herrmann gewesen wäre, dafür liegt ebenfalls keinerlei Anhalt vor. Dagegen spricht, daß der Mann den Säbelhieb von vorn erhalten hat — beim Durchdrängen —, während Herrmanns Wunde auf einen Schlag von hinten her hindeutet. Mit der Schilderung der Eheleute Jordan ist dieser Vorfall in allen Einzelheiten unvereinbar. Die Zeugin Dandel hat ebenfalls mehrere Fälle von Verwundungen mit angesehen, die nicht sicher mit den von den Mitzeugen geschilderten identifiziert werden können; aber auch hier liegt kein sicherer Anhaltspunkt dafür vor, daß sie den Unfall des Herrmann mit angesehen hätte. Jedenfalls kann sie den von den Eheleuten Jordan bezeugten Vorgang nicht beobachtet haben.

Hiernach ist die Möglichkeit gegeben, daß diese Zeugen in der Tat den Vorgang, bei dem Herrmann verwundet wurde, nicht gesehen haben, sondern über andere Fälle berichten. Eine Widerlegung der Aussage der Eheleute Jordan ist somit nicht gegeben.

Da nun gegen ihre persönliche Glaubwürdigkeit von dem Beklagten nicht das Geringste eingewendet worden ist, sie auch kein irgendwie ersichtliches Interesse am Ausgange dieses Rechtsstreites haben, so hält das Gericht ihre eidlich bekräftigte Darstellung des Vorfalls für erwiesen.

Daß der Mann, dessen Verwundung sie beobachtet haben, in der Tat der Ehemann der Klägerin gewesen ist, ist ebenfalls genügend dargetan. Frau Jordan — ihr Mann hatte den Wallon für kurze Zeit verlassen — hat bestimmt gesehen, daß der Verwundete in das Haus Wicelstr. 31 — in dessen Hinterhause er wohnte — hineingegangen ist; beide Eheleute haben gesehen, daß er bald darauf von zwei Männern wieder aus dem Hause heraus und über die Straße fortgeführt wurde. An anderen Morgen haben beide Zeugen Blutspuren gesehen, die von der Straße aus durch den Handsturz bis zur Tür des ersten Quergebäudes des Hauses Wicelstraße 31 führten. Hierdurch erscheint es auch ohne Verlässlichkeit des hierauf bezüglichen Inhalts der Untersuchungsakten als erwiesen, daß der betreffende Mann Herrmann gewesen ist, zumal Frau Jordan ausdrücklich erklärt, daß von 1/2 8 Uhr an nur dieser eine Verwundete in das Haus gekommen ist.

Die Richtigkeit der Darstellung der Eheleute Jordan wird auch durch objektive Momente unterstützt.

Darin gehört zunächst die Beschaffenheit der Schädelverletzung. Das Gericht hat aus dem Gutachten des Dr. Strahmann die Heberzeugung gewonnen, daß sie in der Tat durch einen Säbelhieb verursacht ist. Der Sachverständige erklärt weiter, der Stoß der Verletzung auf der hinteren Kopfhälfte lasse zunächst an einen Schlag von hinten herdenken; doch könne auch ein solcher von vorn, besonders wenn er von einem höheren Punkte ausgeführt werde, nicht unmöglich. An letzteren Fall ist aber hier nicht zu denken, da berittene Schutzmänner zur Zeit des Vorfalls nicht verwendet wurden. Der Schlag ist also von hinten geführt worden. Daß die Eheleute Jordan von drei Schlägen sprechen, während nur eine einzige Schädelverletzung vorliegt, ist kein Widerspruch, da die ersten Hiebe mit flacher Klinge gegeben sein können und so, zumal der Getötete anfangs den Kopf bedeckt hatte, keine Verletzungen herbeizuführen brauchten. Für die Richtigkeit der Zeugenaussage spricht endlich, daß trotz des mit größter Energie und dem Aufgebote aller Mittel durchgeführten Ermittlungsverfahren es nicht gelungen ist, denjenigen Schutzmann zu finden, der dem Herrmann die Wunde zugefügt hat. Das deutet darauf hin, daß der betreffende Beamte sich bewußt ist, durch sein Vorgehen seine Amtspflicht schwer verletzt zu haben.

Eine solche Amtspflichtverletzung liegt zweifellos in der festgestellten Handlungsweise der beiden Schutzmänner. Sie hatten den Befehl, die Straße, wenn nötig, mit Waffengewalt von Ansammlungen zu säubern. Dies berechtigt sie aber nicht, einen ohne jede Widerseyligkeit einhergehenden Mann niederzuschlagen. Es ist nicht bekannt, ob Herrmann vorher etwa in der Weuffelstraße an den dortigen Ausschreitungen teilgenommen hatte; jedenfalls wären die ihm nachtellenden Schutzmänner aus diesem Grunde zwar zu seiner Festnahme berechtigt gewesen, nicht aber dazu, ihn, trotzdem er keinen Widerstand leistete, mit blanker Waffe anzugreifen, noch dazu von hinten. Ein solches Verhalten findet auch in der durchaus begreiflichen Erregung, in die die Beamten in solchen Situationen durch die stundenlang sich wiederholenden Angriffe und Beschimpfungen der Menge geraten mögen, keine Entschuldigung. Die Pflichtverletzung war vielmehr in jedem Falle eine schuldhaftige.

Sie begründete daher für den oder die schuldigen Beamten nach § 839 Bürgerlichen Gesetzbuchs die Verpflichtung zum Ersatze des dadurch entstandenen Schadens. Diese Ersatzpflicht trifft, da sie in Ausübung der den Beamten anvertrauten öffentlichen Gewalt entstanden ist, an ihrer Stelle den preussischen Staat, also den Beklagten zu 2. (§ 1 des Gesetzes vom 1. August 1909).

Der Ersatzanspruch als Rentenanspruch steht nach § 844 Abs. 2 Bürgerlichen Gesetzbuchs der Klägerin als unterhaltsberechtigter Witwe zu. Da der Betrag im einzelnen noch bestritten ist, so war auf Antrag des Beklagten zu 2 zunächst über den Grund des Anspruches nach § 304 der Zivilprozessordnung zu entscheiden. Gegen die Beklagte zu 1 (die Stadtgemeinde Berlin) konnte noch keine Entscheidung ergehen, da gegen sie noch nicht verhandelt ist.

Hiernach war die Ersatzpflicht des Beklagten zu 2 dem Grunde nach festzustellen.

Wid der Polizeipräsident und der Staatsanwalt nimmere in der Lage sein, nachdem die Strafkammer und die Zivilkammer festgestellt haben, daß Schutzmänner durch heimtückischen Ueberfall den Tod des harmlos seines Weges gehenden Arbeiters Herrmann herbeigeführt haben, ermitteln, wie die verbrecherischen Schutzmänner heißen?

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Mai 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der offiziellen Mitteilung, daß der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes A. D. Bernuth die Wahl zum Ersten Bürgermeister angenommen hat.

Einige Vorlagen von untergeordneter Bedeutung werden ohne Diskussion angenommen.

Darauf folgt die feierliche Einführung und Verpflichtung des neugewählten Kämmerers Böck durch den Oberbürger-

meister Kirchner. Auch der Vorsitzende richtet an den neuen Kämmerer warme Worte der Bewillkommung.

In gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat findet unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Wahl von zwei Berliner Mitgliedern und zwei Stellvertretern für die Beschlußbehörde Groß-Berlin (§ 39 des Zweiverbands-Gesetzes) statt. Gewählt werden durch Zuzug als Mitglieder Stadtrat Koffe und Stadtr. Rommson. Als erster Stellvertreter wird Stadtrat Dr. Franz ebenfalls durch Zuzug gewählt. Zum zweiten Stellvertreter schlägt Stadtr. Heimann (Soz.) statt des von der vorbereitenden Kommission empfohlenen Stadtr. Justizrat Golland den Rechtsanwält Dr. Hugo Heinemann vor. Die Wahl muß durch Stimmzettel erfolgen und ergibt die Wahl von Golland mit 82 gegen 40 Stimmen; 2 Stimmen zerplittern, 1 Zettel ist ungültig.

Zur Beratung steht die Magistratsvorlage betr. den Erlaß eines Ortsstatuts über die Anstellung und die Befugnisse von Direktoren in der Verwaltung der Stadt Berlin.

Oberbürgermeister Kirchner: Es ist die Ansicht verbreitet gewesen und auch in der Presse zum Ausdruck gekommen, daß diese Vorlage die Absicht hat, eine Entscheidung über den Stadtmedizinalrat

herbeizuführen. Das ist eine irrige Auffassung. Die Vorlage hängt ja damit insofern zusammen, als die Möglichkeit vorliegt, daß die Versammlung nach Annahme des Statuts vielleicht der Auffassung wird, daß das auch ein gangbarer Weg zur Befriedigung jenes Bedürfnisses wäre, aber eine endgültige Entscheidung soll durch das Statut darüber nicht gefällt werden. Erst nach der Annahme des Statuts wäre zu entscheiden, ob auf diesem Wege die Differenz zwischen den städtischen Behörden beseitigt werden kann. Bleibt die Versammlung bei ihrer Auffassung, so würde sie durch das Statut nicht präjudiziert sein. Das Ortsstatut ist aus allgemeinen Erwägungen hervorgegangen und soll allgemeine Bedürfnisse befriedigen. Mit dem Gedanken dieses Ortsstatuts habe ich mich schon lange, bevor an einen Stadtmedizinalrat zu denken war, getragen. Die Berliner Stadtverwaltung hat einen so großen Umfang gewonnen und so große Spezialgebiete in sich geschlossen, daß sich immer mehr das Bedürfnis nach Sachberatern herausgestellt hat. Solche Sachmänner müssen ganz hervorragend tüchtige Kräfte sein. Entweder kann man sie als Magistratsmitglieder oder als angestellte Gemeindebeamte in die städtische Verwaltung einreihen. Der Magistrat ist aber ohnehin schon ein sehr großes Kollegium. Er besteht seit 1864 unüberändert aus 34 Mitgliedern, 17 besoldeten und 17 unbesoldeten. 50 Jahre lang ist die Zahl derselbe geblieben, also haben durchschlagende Bedenken gegen die Vermehrung bestanden. Für die Erledigung laufender Geschäfte sind so große Gremien nicht gerade wünschenswert. Aus persönlicher Erfahrung kenne ich die außerordentlichen Schwierigkeiten der sachgemäßen Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte durch Kollegialbeschlüsse in so großen Körperchaften, es kommt da oft zu unerwünschten Zustandsabstimmungen. Im großen ganzen soll die Verwaltung doch auch nicht durch Spezialisten vertreten werden, sondern durch Solche, die auf das Ganze sehen. Vermehrt man die Zahl der besoldeten, dann muß mindestens ebenso die Zahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder vermehrt werden. Daß ein solcher hervorragender Sachmann nicht unter der Aufsicht des Magistrats stehen darf, sondern die Gleichberechtigung haben müsse, sonst kann er sich nicht zur Geltung bringen, muß ich bestreiten. Ein solcher Mann als

Gemeindebeamter

könnte auch durchaus stimmberichtig sein in der Deputation, und ausgeschlossen wäre er nur vom Stimmrecht im Magistrat. Andererseits ist auch ein Magistratsmitglied durchaus an die Beschlüsse des Magistrats gebunden und kann nicht selbständig Anordnungen und Entscheidungen treffen. Bei der Wahl der Herren als Gemeindebeamte soll der Stadtverordnetenversammlung eine hervorragende Mitwirkung bei der Wahl der Persönlichkeiten zukommen; die Stellen sollen ausgeschrieben werden; unter den Bewerbern macht die Versammlung Vor schläge, aus denen der Magistrat dann seine Wahl trifft. Damit ist der Versammlung die Sicherheit gegeben, daß nie jemand berufen werden kann, der ihre Zustimmung nicht hatte — vorausgesetzt, daß die Aufsichtsbehörde diesem Modus zustimmt. Ein geistig bedeutender Mann wird sich Bahn brechen, auch wenn er nicht im Magistrat sitzt, und wird auch ohne dies in seinem Amte volle Befriedigung finden. Die Städteordnung ist wirklich von einem weitaussehenden Gesetzgeber erlassen worden, sie ermöglicht die Organisierung des Kleinsten wie des größten Gemeinwesens; nur in diesem Punkte muß etwas nachgeholfen werden, und dazu soll der Magistratsvorsitz den Weg zeigen. Ich würde sehr dankbar sein, wenn die Sache nicht a limine abweisen könnten. (Beifall.)

Stadtr. Dr. Kronz (Soz.): Wir haben die Vorlage mit Freude begrüßt, weil wir sie als das Mittel auffassen, das dem Magistrat die Möglichkeit gibt, in der Frage des Medizinalrats dem so häufig und so energisch ausgesprochenen Wunsche der Versammlung entgegenzukommen. Ich persönlich halte es sogar für tunklich, wenn im Magistrat nur je ein Schul- und Baurat sitzen würde, vorausgesetzt, daß wir die nötige Anzahl sachmännlich gebildeter Direktoren hätten. Diesen einzigen sachmännlich Gebildeten würde ich aber

ständig im Magistrat

wünschen. Ist das schon bei dem Schul- und Baurat der Fall, so noch weit mehr bei dem Stadtmedizinalrat. Dürfen wir die Vorlage auffassen als den Weg, der es dem Magistrat ermöglicht, der Versammlung in der Frage des Stadtmedizinalrats entgegenzukommen, so werden wir alle die Vorlage mit Freude begrüßen. Ich hoffe auch, daß er bei seiner Rede auf die Städteordnung von 1808 nicht an eine Verschlechterung gedacht hat.

Stadtr. Golland (A. L.): Auch wir nehmen an, daß die Vorlage kein diplomatischer Schachzug ist und nicht die Anstellung eines Stadtmedizinalrats hintertreiben soll. Wir bestehen darauf, daß ein solcher in den Magistrat eintritt, und haben keine Ursache, uns mit einem Medizinaldirektor zu begnügen. Am übrigen wird durch die Anstellung von Direktoren sich wohl eine wesentliche Erleichterung und Verbesserung der Verwaltung ermöglichen lassen. Nach der Vorlage sollen die Direktoren im Magistrat beratende Stimme haben, ihre Ansicht vertreten dürfen. Beteiligen sich die Herren im Magistratskollegium in dieser Weise an den Arbeiten, so wird das „keine Parlament“ des Magistrats dadurch doch nicht kleiner. Bei der Wahl werden ja der Versammlung sehr weitgehende Rechte eingeräumt, so weitgehende, daß auch ich Bedenken habe, ob sie nicht mit der Städteordnung vereinbar sind, hier handelt es sich nicht mehr um eine „Bernehmung“ der Versammlung, sondern um eine direkte Anteilnahme an der Wahl. Wenn die Versammlung nur einen vorschlägt, müßte ja der Magistrat sich fügen oder aber der Versammlung aufgeben, noch einmal zu wählen. Darin sehen wir eine Quelle von unabsehbaren Differenzen zwischen beiden Behörden.

Stadtr. Herzberg (Fr.): Die Erklärungen des Oberbürgermeisters werden ja bei der ferneren Beratung sehr ins Gewicht fallen. Ich kann nur bitten, die Ausschussberatung zu beschließen, da wird wohl ein richtiges Ergebnis erzielt werden. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Mit 8 gegen 5 Stimmen hat der eingesezte Sonderausschuss die Vor schläge des Magistrats wegen

Unwürdige Betteln.

angenommen. Der Ausschuss hat zwei Sitzungen, eine davon an Ort und Stelle, abgehalten; die Mehrheit hat sich überzeugt, daß man mit diesen Umbauten den Wünschen der Krankenhäuser...

Stadtv. Dr. West (Soz.): Wenn die Auffassung zuträfe, daß alle im Ausschuss erhobenen Beanstandungen von den Sachverständigen zuerst wären, dann ist es doch verwunderlich, daß die Annahme nur mit 8 gegen 5 Stimmen empfohlen worden ist...

mindestens 300 Schwestern

gehören, reichen die Einrichtungen, die jetzt getroffen werden sollen, für diese Zahl und diese Zwecke nicht aus. Selbst wenn die Berichte in der allerbesten Form in die Töpfe getan und fortarioliert werden...

Stadtv. Ulrich (A. L.) bittet um Annahme der Vorlage. Die Ausschussmitglieder hätten sich durch einen Rundgang im Krankenhaus überzeugt, wie bequem die Erweiterung vorgenommen werden könne...

Die Vorlage wird nach dem Ausschussantrag angenommen. Der Maurer- und Zimmermeister Oskar Garbe will von den feineren von der Stadt zum Zwecke der Straßenverbreiterung angekauften Grundstücken die Grundstücke Landberger Str. 43/47 und Landwehrstr. 25/29 zum Zwecke der Bebauung erwerben...

Stadtv. Manasse (Soz.) findet diesen Preis zu niedrig und beantragt Ausschussberatung; ebenso Stadtv. Imberg (R. L.). Stadtv. Brunsow (A. L.) hält den Preis für angemessen; er sei nicht geringer als der früher von der Stadt bezahlte.

Stadtv. Manasse vertritt nochmals seine Forderung näherer Prüfung in einem Ausschuss.

Die Versammlung nimmt den Antrag Manasse an.

Von dem städtischen Gaswerksgrundstück in Schmargendorf soll eine Teilfläche von 30 000 Quadratmeter, am Hohenzollernhamm und an der Cunostraße gelegen, an den Kaufmann Fedor Freund zu Wilmsdorf, bezw. an eine in der Bildung begriffene Gesellschaft mietweise überlassen werden.

Sporthalle

nebst den erforderlichen Nebengebäuden, nur Baulichkeiten großartigeren Stils, zu errichten. Die Sporthalle soll allen Klassen der Bevölkerung Gelegenheit zur Ausübung Körper und Geist kräftigenden Sports bieten.

Stadtv. Döhrenfurth (Fr. Fr.): Wir möchten die Vorlage am liebsten ohne weiteres ablehnen, beantragen aber eventuell Ausschussberatung. Wir sollten uns nicht auf 25 Jahre binden und noch dazu an ein unbekanntes Konsortium.

Stadtv. Dr. Cohn (Soz.): Bei einer früheren Gelegenheit habe ich gegen einen ähnlichen Vertragsentwurf erhebliche Einwendungen machen müssen. Ich freue mich, daß ich heute diese Vorwürfe nicht zu wiederholen brauche, da der Vertrag die Interessen der Stadt wirklich wahrzunehmen sich bemüht.

Stadtv. Kamolau hält für ausgeschlossen, daß das Terrain in den nächsten 25 Jahren für städtische Zwecke beansprucht werden wird. Die Stadt gebe das Grundstück in Erbbaurecht fort und habe sich hier sehr angenehme Grundrechte gesichert.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Wir ziehen jetzt aus dem Terrain jährlich ganze 744 M. Nach dem Verträge werden wir jährlich 20 000 Mark, steigend bis zu 44 000 Mark, erhalten, und das Terrain bleibt uns ja.

Die Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen. Die Hausabwässer vom westlichen Teil des Tempelhofes Feldes sollen provisorisch in die Kanalisation von Berlin geleitet werden.

Stadtv. Imberg: Vor Monaten bereits waren in der Bürgerschaft des Hohenheimer Vorbezirks Gerüchte verbreitet, daß dort Bauten ausgeführt worden seien, ohne daß für die nötige Entwässerung Sorge getragen sei. Die Gerüchte wurden demontiert, beruhten aber doch auf Richtigkeit.

Stadtv. Jacobi hegt ebenfalls schwere Bedenken und schließt sich dem Antrage auf Ausschussberatung an.

Die Vorlage wird darauf an einen Ausschuss verwiesen. Der Ausschuss schließt gegen 10 Uhr.

Die große Mehrzahl der Bühnenkünstlerinnen wird bekanntlich so erbärmlich bezahlt, daß sie hungern und darben oder aber der Schande anheim fallen müssen. In der sehr eingehenden Untersuchung über die wirtschaftliche Lage der deutschen Bühnenangehörigen, die Dr. Charlotte Engel Reimers vor einiger Zeit (Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot) erscheinen ließ, wird das Elend besonders der weiblichen Bühnenmitglieder an der Hand unantastbarer statistischer Materials aufgezeigt.

Nachgerade ist das Stück Theaterelend, das in diesen Zuständen zum Ausdruck kommt, zu einer öffentlichen Schande geworden. Der riesige Jubrang zur Bühnenlaufbahn, die der unerfahrenen Jugend so verlockend scheint, hat zur Folge gehabt, daß allein im letzten Winter mehr als 2000 Bühnenkünstlerinnen in Engagamente abschließen konnten. So meldet der 13. Jahresbericht der Zentralstelle für die weiblichen Bühnenangehörigen, einer bekannten Wohlfahrtsvereinigung.

Die bürgerliche Presse, an die der genannte Verein seinen Bericht versendet, drückt diese beschämenden Mitteilungen ohne ein Wort der Kritik ab und hat offenbar auch nichts gegen die entwürdigende Betteln einzuwenden. Es kennzeichnet dies die Skrupellosigkeit der kapitalistischen Presse, die die junge Organisationsbewegung der Bühnenkünstler nicht nur nicht unterstützt, sondern ihr bei jeder Gelegenheit Steine in den Weg wirft.

Ein Streik der Dienstmädchen ist im Seebade Barnenmünde ausgebrochen. Die dortigen Dienstmädchen kamen überein, im Hinblick auf die Arbeitsüberhäufung während der Saison eine Zulage zu fordern, im Weigerungsfalle aber die Arbeit einzustellen.

Die französischen Frauen und das Wahlrecht. Bei den jüngsten Gemeinderatswahlen waren in Paris auch zwei Frauen aufgestellt worden, die eine ziemlich bedeutende Stimmenanzahl auf ihre Namen vereinigt haben: im Odeonviertel hat Fr. Elisabeth Renault bei 2821 Stimmenabgaben 482 Stimmen erhalten; im Viertel St. Thomas v. Aquin Fr. Dr. Madeleine Pelletier 308 von 8810.

Die Führer der Frauenstimmrechtsbewegung Mrs. Banksurst, Mrs. Petria Lawrence und dessen Frau, die wegen der jüngsten Suffragettenausweisungen angeklagt waren, sind zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die Frauen bei den amerikanischen Herbstwahlen.

Aus New York wird uns geschrieben: Nachdem die Frauenstimmrechtsbewegung der Vereinigten Staaten in den letzten beiden Jahren in einigen westlichen Staaten der Union zum Triumph gelangt ist, haben die stimmberechtigten männlichen Bürger bei den Herbstwahlen in verschiedenen wichtigen Staaten des Mittelwestens durch Urabstimmung über Verfassungszusätze zu entscheiden, die auf Einführung des Frauenwahlrechts abzielen.

Partei, die Sozialisten, auf ihrer Seite, deren Frauen-Nationalkomitee neuerdings am Werke ist, eine Massenpetition an den Kongress zugunsten des Frauenstimmrechts vorzubereiten. Genossen Berger wird die Aufgabe zufallen, diese Petition vor das Bundesparlament zu bringen.

Daß das Frauenstimmrecht auch in den Oststaaten auf dem Marsch ist, bewies die gewaltige Demonstration der New Yorker Frauen vom 4. Mai, unter deren 15 000 Teilnehmerinnen auch unsere Parteigenossinnen marschierten.

Neue Bücher.

Das Pfadfinderbuch für junge Mädchen. Ein anregender, praktischer Leitfaden für die heranwachsende, vorwärtstrebende weibliche Jugend. Herausgegeben von Elise v. Hopffgarten. München 1912. Preis 2,80 M., geb. 3,60 M.

Die Arbeiterjugendbewegung ist der bürgerlichen Gesellschaft so sehr feindlich geworden, daß man sich nicht nur um die „gefährdeten“ jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bemüht, sondern auch besondere Schutzmaßnahmen für den eigenen Nachwuchs ergreift. Eine der jüngsten Erfindungen auf diesem Gebiet ist das „Pfadfinder“ zum, das in recht geschickter Weise auf kindliche Instinkte spekuliert.

Gerichts-Zeitung.

Der Ausschluß der Kündigung für jede Vertragsverletzung verstoßend wider die guten Sitten.

Zu beachten ist eine Entscheidung des Reichsgerichts, die unlangst aus Streitigkeiten über Verlagsrechte erging. Aus ihr geht hervor, daß Verträge, die auf eine längere Dauer abgeschlossen sind und so gefaßt werden, daß das aus einem wichtigen Grunde zutreffende Kündigungsrecht durch Festsetzung von Vertragsstrafe beseitigt wird, den guten Sitten zuwiderlaufen und deshalb nichtig sind.

Am 9. Juli 1906 hat der Schriftsteller Adolf Paul mit der Anstalt für Aufführungsdramatischer Werke der Literatur und Musik drei Verträge abgeschlossen, die den Vertrieb der dramatischen Werke „Hille Hölle“, „Lohnbienen“ und „Die Teufelskirche“ behandeln. Nach § 1 des Druckformulars „Vertrag mit Autoren“ überträgt Paul der Anstalt für Aufführungsdramatischer Werke das ausschließliche Bühnenaufführungsrecht.

Das Landgericht I zu Berlin erkannte zugunsten der Klägerin und wies den Beklagten mit seiner Widerklage ab. Das Kammergericht zu Berlin hat die Berufung des Beklagten zurückgewiesen. Das Kammergericht folgert aus § 9 und 10, daß für die Dauer der Schutzfrist der erwähnten Bühnenwerke auch im Falle einer Vertragsverletzung die Kündigung oder der Rücktritt zulässigerweise ausgeschlossen sei.

Das Reichsgericht ist diesem Urteil nicht beigetreten. Es hat das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen. Aus den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts ist folgendes von Bedeutung:

Für die Beurteilung der in Frage stehenden Verträge mit Autoren ist entscheidendes Gewicht darauf zu legen, daß sie Dienstleistungen zum Gegenstande haben, die nur auf Grund eines persönlichen Vertrauensverhältnisses in Anspruch genommen und geleistet werden. Es ist weiter zu betonen, daß der begnadete notarielle Erfolg wesentlich von diesen Dienstleistungen abhängt, und zwar für beide Teile, da die Vergütung der Klägerin nach Prozenten des dem Beklagten gebührenden Reinertrages bestimmt ist.

Jeder Vertragsabschluss die Kündigung grundsätzlich ausgeschlossen und der vertragsfreie Teil in allen Fällen nur auf eine im voraus bestimmte geringe Entschädigung angewiesen wird. Diese Vertragsbestimmung würde im vorliegenden Falle dem Beklagten der Willkür der Klägerin vollkommen abhängig machen. Es würde auch bei völliger Untätigkeit der Klägerin, ja selbst gegenüber einem seine Interessen absichtlich schädigenden Verhalten der Klägerin auf die bezeichnete Konventionalstrafe beschränkt sein, und zwar für die ganze Dauer der Vereinbarung, also für Lebenszeit, sein Nachfolger außerdem noch 30 Jahre lang nach seinem Tode. Eine solche Vertragsbestimmung verstößt wider die guten Sitten.

Es kann nur in Frage kommen, ob ihre Richtigkeit für die Verträge eine so große Bedeutung hat, daß sie deren Richtigkeit im ganzen nach sich zieht. Da das Kammergericht diese Frage noch nicht berührt hat, weil es glaubte, daß das Kündigungsrecht des Beklagten grundsätzlich ausgeschlossen sei, ist die Sache zur weiteren Prüfung an das Kammergericht zurückzuverweisen worden.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Pfingstwanderfahrten. I. Vier-tägige Wanderfahrt nach der schweizerischen Schweiz. Abfahrt: Sonnabend, den

(25. Mai, vom Anhalter Bahnhof vormittags 10¹⁵ Uhr, nachmittags 2¹⁵ Uhr (Sonderzug), 7¹⁵ abends bis Dresden, Bettinerstraße. Teilnehmer, die mit dem letzten Zuge fahren, werden vom Bahnhof abgeholt.
II. Dreitägige Wanderfahrt nach Sudow, Freienwalde, Oberwalde. Abfahrt: Sonntag, den 26. Mai, 5¹⁵ früh vom Schiffsbahnhof bis Bahndorf-Büdingen. Rückzug am 27. Mai 5¹⁵ bis Sternbeck. Ab-holung vom Bahnhof durch den Führer.
Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“. Pfingstwanderfahrten: I. Rügen 3-5 Tage. II. Hatz 3-5 Tage. III. Schlaubetal 2-3 Tage. IV. Medienburg 2-3 Tage. V. Jantetal 3 Tage. VI. Dammwalde-Himmelfort-Bythen-Büdingen 3 Tage. VII. Grumfin-Wanderungen 1-4 Tage. Stützpunkt: Griebener Mühle. Gäste willkommen. Aus-fahrt erteilt: Hermann Heise, Doyenstr. 19.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 24. Mai 1912.
Anfang 7¹⁵ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Bef' dem, der lügt.
Komische Oper. Opernabend.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Kammerstücke. Frühlingserwachen.
König. Keine Mädelchen.
Westen. Die schöne Helena.
Kurfürstentheater. Der Schmied der Madonna.
Königgrätzer Straße. Die fünf Franzosen.
Neues Schauspielhaus. Parlett-spiel Nr. 10.
Neues. Der liebe Augustin.
Königs. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. So'n Windhund.
Berliner. Große Hoffen.
Schiller O. Die Haubenerle.
Schiller. Charlotteburg. Die Gefährtin. Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.
Luisen. Schwester Carmen.
Nofe. Preziosa.
Trianon. Der Ehemann am Fenster.
Ein angebrochener Abend.
Thalia. Antolleschen.
Kleines. Der Nachtwächter. Lotzhens Geburtstag.
Metropol. Schwindelmeier u. Co. Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Anfang 8¹⁵ Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Die feuchte Susanne.
Folies Caprice. Robi + Krach. Nr. 14.
Walhalla. Um eine Krone.
Anfang 8¹⁵ Uhr.
Neues Volkstheater. Der Raub der Sabinerinnen.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

200 LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonz.
Eintritt 1 M., v. abds. 6 U. ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. — Jahres-Abonnements an allen 3 Schalter-Kassen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Preziosa.
Sonnabend zum erstenmal: Die zwei Waisen.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von H. Freund. Musik von H. Kellon. U. a. Tänze v. H. Bilhop. In Szene geleitet vom Dir. R. Schulz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Das große komische Programm.
9 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg
Paul Beckers
als
Gliegendüthen-
Heinrich.

Passage-Theater.
Claire Waldoff
Littke Carlsen
Alt-Bonner
Studenten
und das große
Mal-Programm!
14 Varieté-Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Während der Pfingstferien
vom 23. bis inkl. 31. Mai:
Volkstage
Jeder Erwachsene
ein Kind frei!
Jedes Kind
erhält ein Geschenk!
**Das vereinte
Riesenpaar**
und alle anderen
Attraktionen!
Ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: Ein angebrochener Abend.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße.
Bücherei
von Weyfel.
Dienstag
8 Uhr.
Sonntag:
7 Uhr.

Folies Caprice.
Nur noch wenige Tage
Mandelblüths Polterabend.
Losgelassen.
Waffenübung.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis
FRÜH-KONZERTE
Sonntag, den 26. Mai 1912 (erster Pfingstfeiertag)
in folgenden Lokalen: Mentos Volksgarten, Röderstraße 28/29, Elysium, Landsberger Allee 40/41 (Spezialitäten), Ludwigs-Viktorigarten, Treptow, am Treptower Park
Montag, den 27. Mai 1912 (zweiter Pfingstfeiertag)
in folgenden Lokalen: Elysium, Landsberger Allee 40-41 (Spezialitäten), Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain
Vokal- u. Instrumental-Konzert in allen Lokalen
Eröffnung 4 Uhr × Billett 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. × Anfang 5 Uhr

VI. Wahlkreis.
Sonntag, den 26. Mai 1912 (1. Pfingstfeiertag)
Zwei große Frühkonzerte
1. Im Berliner Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Eröffnung früh 4 Uhr. Billett 30 Pf.
2. Im Insel-Restaurant, Plötzen-Seestraße, sec, unter Mitwirkung des „Berliner Ulk-Trio“.
Eröffnung früh 5 Uhr. Billett 20 Pf.
In beiden Lokalen ist die Kaffeeküche geöffnet.
Zahlreicher Beteiligung sehen entgegen
Die Komitees

Hagenbecks Indien-Berlin
Tempelhofer Feld
Ein zur Wirklichkeit gewordenen Märchen aus
1001 Nacht!
Stauenerregende Produktionen a. d. Wunderlande Indiens.
150 Indier! × Viele exotische Tiere.
Man beachte die billigen Eintrittspreise:
Entree 50 Pf.
Loge 2.—, I. Tribüne 1.50, II. Tribüne 1.—.
Keine Extra-Entrees!
Unbeschränkter Aufenthalt.
Eröffnung Pfingsten.

Residenz-Lichtspiele
Blumenstr. 10
Heute Anfang 5 Uhr
an der Spitze des
Neuen Programms
Der Liebe ewiges Licht.
Drama in 3 Akten.

Neues Eierhäuschen
TREPTOW. — Inh. R. Müller.
Heute sowie jeden Sonntag:
Grosses frei-Konzert.
Ersten u. zweiten Grosses Früh-Konzert. Entree frei.
Pfingstfeiertag:
Grosse Tanz-Réunion.
Kaffeeküche täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Casino-Theater
Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 29. Mai
das glänzende neue Programm
5 erstklassige Spezialitäten - Schlager.
Niesen-Lacherfolg der Pöffe
Die lustige Strohwitwe.
An den Feiertagen 8¹⁵ Uhr: Unsere lieben Frauen.

Königstadt-Kasino.
Gef. Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends 7¹⁵ Uhr, Sonntags 7¹⁵ Uhr: Theater und Varieté, 8 Spezialitäten und
Pente von heute.
Gesangsposse in 1 Akt.

P. Schmidts Sommer-Theater
Landsberger Allee 76/77.
Täglich: Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Im Saal: Gr. Ball.
Anfang 5 Uhr. 1. u. 2. Pfingstfeiertag: Gr. Frühkonzert u. Vorstell.
Anfang 5 Uhr früh. 32532

UNA PARK
Das
Rendezvous
der modernen Welt.
Konzert und Attraktionen.
Entree 50 Pf. Saisonkarten 5 M.
Kinder bis 6 Uhr frei!

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Bispalast Deutschlands
Allabendl. d. sensat. Eisballett
„Yvonne“, Weltmstr. Bror Meyer.
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10¹⁵ Uhr
abends halbe Kassenspreise.
Restaurant 1. Ranges
Wein- und Bier-Abteilung.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
Der Garten ist eröffnet.
17325 C. NIBLE.

Reederei Kahnt & Hertzner Tel.: Kst. 2062
Pfingst-Dampfer Waisenbrücke
Extrafahrten ab
An all. drei Feiertagen nach Teupitz (Tornows Idyll). Abf. 1. u. 2. Feiert. 7 Uhr, 31922 am 3. Feiertag 7¹⁵ Uhr vorm.; hin u. zurück 2 U.
Außerdem am **Promenadenfahrt** nach **Wald. 6 Uhr früh**,
1. Feiertag: Hügell- oder Langensee. hin u. zur. 50 Pf.
Nach Krampenburg-Ziegenhals. Abf. 8 u. 2¹⁵ Uhr.
Nach Krampenburg (Rotorboofahrt). Abf. 10 Uhr norm.
Am 2. Feiertag:
Nach Krampenburg-Neue Mühle. Abf. 7¹⁵ u. 2 Uhr.
Nach Krampenburg-Ziegenhals. Abf. 8 u. 2¹⁵ Uhr.
Nach Woltersdorfer Schleuse. Abf. 8 u. 2¹⁵ Uhr.
Fahrpl. i. Borsert. zu obig. Fahrt. i. Kontor, H. d. Stralauerstr. 4/5, z. hab.

SPREE-STAR-HAVEL
Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
An allen 3 Pfingstfeiertagen:
Abf. Weidendamer Brücke (Bahnh. Friedr. Str.) 9.00 Uhr vorm.
- Café Gärtner (Bahnh. Bellevue) 9.25 „ „ nach Potsdam
- Charlottenburg (Schloßbrücke) 9.50 „ „ und zurück
- Spandau (8.00, 9.25, 10.30, 11.00, 1.10, 2.20, von 3.10 bis 7.10 Uhr stündlich. (8.00) nur am 1. und 2. Feiertag
- Wannsee 8.15 Uhr früh bis 8.45 Uhr abends halbstündlich
- Potsdam 9.00 und 10.00 nach Caputh; 10.15, 11.00, 2.00, 4.00, 5.25 und 6.00 Uhr nach Ferch.
12.00, 3.00, 5.00 nach Werder; 11.10 und von 1.40 bis 7.40 stündlich nach Krampnitz und zurück.
Abf. Jannowitzbrücke 9.00 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse (einf. 70 Pf.) (Belvedere) 9.30 „ „ Rauchfangswerder („ 55 „)
(Schles. Tor 1/2, Std. 10.00 „ „ Krampnitz und Schmöckwitz („ 50 „)
Kerner ab 8.00 Uhr halbstündlich nach Loreley, ab 8.30 Uhr stündlich nach Grünau, nachmittags viertelstündlicher Verkehr.
Ab Grünau von vormittags 8.20 Uhr stündlich nach Rauchfangswerder, nachmittags 1.30 Uhr halbstündlich nach Schmöckwitz.
Auf der Löcknitz von 8.00 Uhr halbstündlicher Verkehr; nachmittags viertelstündlich.
Am Dienstag, den 28. Mai, fällt die Fahrt nach Teupitz aus.
Auf der Oberhavel und dem Tegeler See regelmäßiger Verkehr laut Fahrplan.

Herren- oder Knabenhüte 1.65
Panama-Imitation, mit farbigem Band.....

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Backartikel

Weizenmehl 00 5 Pfund **95 Pf.**
Kaiser-Auszug-Mehl .. 5 Pfund **1.10**
Victoria-Auszug-Mehl 5 Pfund **1.15**
Mandeln süss oder bitter Pfund **1.30**
Sultaninen Pfund **70, 80 Pf.**
Rosinen grosse Pfund **55 Pf.**
Korinthen Pfund **40 Pf.**
Zitronat Pfund **75 Pf.**
Selbsttätiges Backmehl, "Frigga" Pfund **50 Pf.**
Backpulver 3 Pack **20 Pf.**
Hefe Pfund **55 Pf.**
Vanillin-Zucker 3 Pack **20 Pf.**
Mandel-o-Zitronen-Essenz 3 Pf. **20 Pf.**
Koch- od. Backbutter Pfund **1.15**
Feinste Tafelbutter in Paketen Pfund **1.30**
Feinste Molkereibutter LPaketen Pfund **1.35**

Kaffee Pfund **1.30, 1.40**

Hühner ... Stück **2.00, 2.50**

Enten Stück **2.25, 2.50**

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen Soweit Vorrat

* Frisches Fleisch

Schinken im Ganzen Pfund **80 Pf.** **Dünnung** Pfund **60 Pf.**
Kamm o. Schuft Pfund **90 Pf.** **Kalbsbrust** Pfund **85 Pf.**
Schulterblatt .. Pfund **75 Pf.** **Kalbskamm** ... Pfund **85 Pf.**
Hammelkeule im Ganzen Pfund **85 Pf.** **Schmorfleisch** mit Knochen Pfund **95 Pf.**
Dicke Rippe ... Pfund **80 Pf.** **Brust oder Fehlrippe** Pfund **80 Pf.**

Wurstwaren

Nusschinken Pfund **1.25** **ff. Leberwurst** Pfund **1.05**
Schinkenspeck Pfund **1.15** **Jagdwurst** Pfund **98 Pf.**
Gervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.25** **Mettwurst** (nach Braunschweiger Art) Pfund **98 Pf.**
Schinkenwurst Pfund **1.25** **Landleberwurst** Pfund **85 Pf.**
Landbratwurst Pfund **1.30** **Rotwurst I** Pfund **85 Pf.**
Rouladenwurst Pfund **1.10** **Zwiebel- od. Rotwurst** Pfund **50 Pf.**

*** Spargel** Pfund **30, 40, 50 Pf.**

* Obst u. Gemüse

Austral.-Äpfel Pfund **38 Pf.**
Erdbeeren Pfund **70 Pf.**
Spinat 3 Pfund **10 Pf.**
Salat 3 Kopf **10 Pf.**
Radieschen 6 Bund **10 Pf.**
Gurken Stück **20, 25 Pf.**
Waldmeister 3 Bund **10 Pf.**
Ital. Kartoffeln 2 Pfund **25 Pf.**
Zitronen Dutzend **28, 35 Pf.**
Rhabarber 4 Bund **10 Pf.**

Käse

Emmentaler Käse Pfund **1.15**
Schweizer Käse Pfund **88 Pf.**
Tilsiter Käse Pfund **58, 80 Pf.**
Limburger Käse Pfund **55 Pf.**
Brie-Käse Pfund **55 Pf.**
Romatour-Käse Stück **29 Pf.**

*** Kassler** Pfund **88 Pf.**

pudding-Pulver in verschiedenen Geschmack 5 Pack **28 Pf.**

Himbeer- o. Kirschsafft ^{1/2 Pf.} ^{1/2 Pf.} **1.15, 63 Pf.**

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Oberhemden für Herren, farbig Perkal, mit festen Manschetten .. **2.45, 3.90**

Oberhemden für Herren, mit wascheidem Einsatz und festen Manschetten **3.75**

Waschwesten für Herren in vielen Dessins und Weiten **1.95**

Panama-Hüte für Herren (Original-Stumpfen) **3.90, 5.50, 7.50**

Damen-Halbschuhe schwarz oder farbig, moderne Pumps-, Schnür- oder Knopf-Formen **6.50, 8.50, 10.50**

Batist- od. Stickerei-Blusen für Damen, in verschied. Garnierungen **1.95, 2.45, 3.50**

Rucksäcke mit Lederriemen.... **95, 1.45, 1.95**

Reisekörbe **7.50, 9.00, 10.75**

Liegestühle **2.25, 3.25**

Coupé-Koffer ca. 55 60 65 70 cm lang braun **2.85 3.50 3.75 4.25**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35



Urbin
del seh ick jetzt ganz klar.
Putzt doch die Stiebel wunderbar.

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Vornehme Herren-Bekleidung fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen Maß - Schneiderei
J. Kurzberg auf Wunsch Wochenrate
von **1 Mark** an
Rosenthaler Strasse 40 Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstrasse.
Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.

Stundkopferlei von Frau Kolodtz
Schlichter, Rurstraße 8 III.

Die dunkelste Ecke wird taghell, wenn Sie auf Ihrer Lampe **Urania-Salonoel** brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte **Urania-Salonoel** (der Name ist gesetzlich geschützt) zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft. **Nur der volle Name** **Urania-Salonoel** bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische **Sicherheits-Petroleum** zu erhalten. 215/5*

Urania-Salonoel bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum. Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Folgende Lokalfesther stellen ihre Lokale der Partei und den Gewerkschaften zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: In Alt-Landsberg N.-B.: Ernst Junke, Klosterstr. 5 und Otto Deater, Berliner Chaussee 2. In Alt-Landsberg (Süd) N.-B.: Thomas Schmidt, Landsberger Chaussee (bei Friedersdorf). In Ober-Schöneweide: „Strandhof“, Oberspreewald, Inhaber Baatz. In Wiesdorf-Süd: Pflegs Restaurant, beim Bahnhof Sadoma. In Woltersdorfer Schleuse: „Café Auwald“, Inhaber W. Säger. In Wilhelmshagen-Rosenthal ist das Waldrestaurant, Inhaber Otto Voetsch, frei. Der Stern ist zu streichen, da keine Differenzen bestehen. Ferner teilen wir mit, daß sich ein Fehler in die Lokalliste eingeschlichen hat. In Strausberg-Stadt muß es heißen: Restaurant „Zum goldenen Stern“, Inhaber Kurze, Am Markt, frei. Das Lokal „Zur Sonne“ steht und nicht zur Verfügung. Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der neugewählte Berliner Stadtkämmerer Böß, der verhältnismäßig rasch die Bestätigung erhalten hat, wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten in sein Amt eingeführt. Nachdem Oberbürgermeister Kirchner ihn mit einer höflich-kühlen Ansprache begrüßt hatte, folgte Stadtverordneter Cassel in Vertretung des Vorstehers die nötige Portion Phrasen hinzu. Dabei vergaß er nicht, dem neuen Mann zu versetzen zu geben, daß der Berliner Stadtfreiwirtschaftler von einem Kämmerer in erster Linie Sparbarkeit erwartet.

Die Stadtverordnetenversammlung wurde dann unterbrochen, weil in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats für die im Zweckverbandsgesetz vorgesehene Beschlussebehörde Groß-Berlin zwei Mitglieder und deren Stellvertreter gewählt werden sollten. Gewählt wurden zu Mitgliedern Stadtrat Mofse und Stadtverordneter Rommsen und zu Mofses Stellvertreter Stadtrat Franz und zwar alle drei ohne Widerspruch. Als Stellvertreter für Rommsen war von den Freisinnigen der Stadtverordnete Galland auszuwählen, von unseren Genossen aber wurde ihm als Kandidat der Rechtsanwältin Hugo Heinemann entgegengestellt. Genosse Heinemann erhielt nur die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion und unterlag gegen Galland. Das war ein echt freisinniges Stück!

Die Stadtverordnetenversammlung nahm dann ihre unterbrochene Sitzung wieder auf. Der alte Streit um den Stadtmedizinalrat schien aufs neue entbrennen zu sollen aus Anlaß eines Magistratsantrages, durch Ortsstatut den Direktoren in der Verwaltung der Stadt so etwas wie „gehobene“ Stellung zu geben und bei ihrer Wahl den Stadtverordneten eine Art Mitwirkung zuzugestehen. Oberbürgermeister Kirchner, der hartnäckigste Gegner des Verlangens nach einem Stadtmedizinalrat, führte die Vorlage ein mit einer Verteidigung, die den Zusammenhang mit der Stadtmedizinalratsfrage bemängeln wollte. Die Stadtverordneten hörten seinem Eifer ruhig zu und hatten offenbar keine Lust, so kurz vor seinem Abschied den Frieden noch einmal zu stören. Genosse Krons erklärte unumwunden, daß man das Ortsstatut mit seinen Jugendsünden gern hinnehmen wolle, aber auf den Stadtmedizinalrat — nicht zu verzichten brauche. Wesentlich ähnelten sich die Redner des Freisinn und die Magistratsvorlage wurde dann einem Ausschuss überwiesen.

Dann gab es wieder einmal eine Schwesterndebatte. Diese Debatten über die Versorgung der Schwestern an den städtischen Krankenhäusern in Verbindung mit den Debatten über die Assistenzärzte haben sich in den letzten Jahren in der Stadtverordnetenversammlung in einem Maße gehäuft, daß mit unseren Krankenhausverhältnissen wenig vertraute Personen nachgerade zu der Meinung kommen müssen, als beständen die Insassen unserer Krankenhäuser im wesentlichen aus Schwestern und Ärzten, mindestens aber meinen müssen, als sei für diese Personen in der unerträglichsten Weise gesorgt. Das ist nun aber ein großer Irrtum. Was insbesondere die Verpflegung und auch das sonstige Arbeitsverhältnis der Schwestern betrifft, so ist es so, daß das übrige Krankenpflegepersonal den Wunsch hat, nur teilweise so behandelt und verpflegt zu werden wie die Schwestern.

Hier beim Krankenpflegepersonal und nicht zuletzt bei den Patienten ist der Hebel in erster Linie anzusetzen und Verbesserung zu schaffen. Wenn nur ein Teil der Bemühungen, die seit Jahren für die Besserstellung der Schwestern in unseren Krankenhäusern angewendet wurden, für das übrige Krankenpflegepersonal und die Patienten verwendet würde, so könnte man sich in unseren Krankenhäusern besser stehen. Gestern handelte es sich darum, ob für die Schwestern im Virchow-Krankenhaus ein besonderes Schwesternhaus oder Schwesternspeiseküche errichtet werden sollte, wie das die Krankenhausdeputation ursprünglich wünschte, oder ob es genüge, wenn bestimmte Räumlichkeiten zu einem Speisesaal für die zahlreichen Schwestern umgestaltet werden, wie der Magistrat das vorschlug. Der Magistratsvorlage wurde der Vorwurf gemacht, daß sie unzulänglich sei und durch Beschränkung anderer Zwecke das Bedürfnis der Schwestern auch nicht voll erfüllt. Schließlich wurde die Magistratsvorlage angenommen.

Enttäuschte Veteranen.

Die Veteranenpense der Stadt Berlin beläuft sich für das Jahr 1912 wieder, wie für das Vorjahr, auf 150 000 M. Aus dieser Summe soll an Veteranen, die an einem der Kriege von 1864, von 1866, von 1870/71 als Gemeine oder Unteroffiziere teilgenommen und damals in Feindesland gefangen haben, eine Unterpense als Ehrengabe gezahlt werden. Bedingung ist, daß die zu unterstützenden Personen „würdig und bedürftig“ sind und in Berlin ihren Wohnsitz haben, wobei Insassen der außerhalb Berlins gelegenen Anstalten der Stadt als Berliner gelten. Im vorigen Jahr, wo die Stadt Berlin zum erstenmal eine Veteranenpense verteilte, hatten sich rund 6400 Bewerber gemeldet.

Da die Empfänger der Spende möglichst nicht weniger als je 25 M. — Notabene: pro Jahr, nicht etwa pro Monat — erhalten sollten, so wurde die Zahl der Empfänger auf 6000 beschränkt. Ausgeschieden wurden in erster Linie solche Bewerber, die über 1800 M. Einkommen pro Jahr hatten oder eine verhältnismäßig hohe Wohnmiete zahlten. Man mußte, wie immer und überall bei solchen Gelegenheiten, das Rezept befolgen, nicht die Mittel nach der großen Zahl der Bedürftigen zu bemessen, sondern den Begriff der Bedürftigkeit in den spärlichen Mitteln anzupassen. Die Stiftungsdeputation, die vom Magistrat mit der Auswahl der Bewerber betraut ist, hat auch in diesem Jahre wieder so verfahren müssen. Wieder sind Bewerber leer ausgegangen, die von der Stiftungsdeputation, wenn sie mehr Mittel zur Verfügung gehabt hätte, gewiß noch berücksichtigt worden wären.

Unter den Abgewiesenen sind auch mehrere Insassen des Berliner Hospitals in Buch, die schon im vorigen Jahre sich vergeblich um die Spende beworben hatten. Diese sind über die erneute Abweisung um so mehr erstaunt, da sie für ihre Person sich sogar auf einen Stadtverordnetenbeschluss berufen können, der sie für 1912 eine Berücksichtigung hoffen ließ. Als sie im vorigen Jahre nicht berücksichtigt worden waren, wandten sie sich mit einer Petition um Gewährung der Spende an den Magistrat. Dieser gab ihnen den Bescheid, die verfügbar gewesene Summe sei bereits verteilt. Die Stadtverordnetenversammlung, an die sie sich darauf mit einer gleichen Petition wandten, konnte ihnen ebenso wenig helfen. Der Petitionsausschuss empfahl Uebergang zur Tagesordnung, beschloß aber zugleich, daß den Petenten mitgeteilt werden solle, sie möchten im folgenden Jahr ihr Gesuch um Bewilligung der Veteranenpense rechtzeitig einreichen. Mit diesem Beschlusse erklärte die Stadtverordnetenversammlung sich einverstanden, und die Petenten wurden vom Bureau der Stadtverordnetenversammlung durch schriftlichen Bescheid hierin in Kenntnis gesetzt. Warum sie nun in diesem Jahre aufs neue abgewiesen worden sind, ist ihnen unbegreiflich. Bei der Stiftungsdeputation soll zweien dieser Bewerber erklärt worden sein, daß sie alle, nach Lage der Sache, überhaupt nichts zu beanspruchen hätten. Wenn sie sich nicht verhört haben und ihnen das tatsächlich so gesagt worden ist, dann muß man annehmen, daß im Bureau der Stiftungsdeputation jener Stadtverordnetenbeschluss entweder nicht bekannt geworden oder inzwischen wieder in Vergessenheit geraten ist. Der Petitionsausschuss, der ja die Berechtigung des Anspruchs der Petenten geprüft haben wird, hätte doch sicherlich nicht eine Wiederholung des Beschlusses empfohlen, wenn die Petenten überhaupt nichts zu beanspruchen hätten. Den der Veteranenpense dringend bedürftigen Greisen, die jener Bescheid mit freudiger Hoffnung erfüllt hatte, ist jetzt aufs neue eine bittere Enttäuschung bereitet worden. Sie werden nun durch eine nochmalige Petition ihre Sache dem Magistrat und nötigenfalls nachher auch der Stadtverordnetenversammlung vorlegen müssen, um nochmals — sich auf das nächste Jahr vertrösten zu lassen.

Die Pfingstfeste des Maienschnitts findet in Berlin keinen rechten Anklang mehr, obwohl doch gerade der Berliner sich durch eine große Vorliebe für die Natur auszeichnet. Früher kamen am Pfingstsonnabend die mit Maie beladenen Wagen vom Lande zu Hunderten nach Berlin und wurden ihre grüne Ware im Umsehen los. Heute geht der Handel nicht mehr so flott. Die Ursache dieses Rückganges liegt zweifellos in der großen Zahl blumengeschmückter, weihnachtlicher Balkons, ohne die ein neues Haus überhaupt kaum denkbar ist, und im Laubentkolonienwesen. Man hat ja da Naturgrün genug vor Augen und darf deshalb auf die wenig dauerhaftesten Wirkenszweige, die gern Ungeziefere annehmen, verzichten. Selbst die meisten kleinen Ladeninhaber in den Vorstädten, die sonst ganze Birkenstämme vor der Tür aufpflanzen, machen die alte Mode nicht mehr so zahlreich mit. Und in den Hinterwohnungen braucht man das Geld zum Leben so nötig, daß oft den Kindern der Sechser zum „Kalmuspiepen“ verweigert werden muß.

Wegen den Unzug des Wäschetrockners auf den Balkon hat der Polizeipräsident strengere Maßnahmen verfügt. Einem Beschwerdeführer, der auf die Verschandelung des Straßensbildes durch diese Unsitte hinwies, ist unterm 15. Mai von Herrn v. Jagow mitgeteilt worden, daß die ihm unterstellten Straßenaufsichtsbeamten Anweisung erhalten haben, den geschuldeten Unzutraglichkeiten entsprechende Beachtung zu schenken. Das heißt also, daß fortan die Beamten die betreffende Wohnung aufsuchen und die Entfernung der Trockenwäsche, soweit sie über den Balkonrand hinausragt, verlangen und nötigenfalls Strafgeld erstaten. Das Wäschetrocknen auf den Balkons, ebenso das Ausklopfen von Decken, Teppichen, Matratzen usw. hier selbst, ist außer durch Polizeiverordnung auch durch die Vorschriften des Mietvertrages verboten. Die Hauswirte schritten aber bisher nur selten gegen die Unsitte ein, die durch die Vermehrung der Balkons stark zugenommen hat und wiederholt auch in der Presse gerügt worden ist.

Nachmals das „zum Klassenhaß aufreizende“ Glendbild.

Am Dienstag meldeten wir, daß gegen den Propaganda-Ausschuss für Groß-Berlin wegen seines zwei bezümmerte Kinder darstellenden Säulenplakats, das auf Anzeige des Hausbesitzervereins des Frankfurter Vorviertels bereits durch die Polizei unterdrückt worden war, auch noch die Staatsanwaltschaft mobil gemacht werden sollte. Wir gaben die Nachricht wieder — von der wir sagten, man fühle sich zunächst versucht, sie für einen saulen Witz zu halten —, daß die verantwortlichen Personen des Propaganda-Ausschusses, Staatssekretär a. D. Dornburg als Vorsitzender und Dr. Hegemann als Geschäftsführer, der Staatsanwaltschaft wegen Aufreizung zum Klassenhaß angezeigt worden seien. Bürgerliche Blätter wußten sogar zu melden, es sei schon Anklage erhoben worden, und das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte am Montag eine von der Geschäftsstelle des Propaganda-Ausschusses herrührende Gegenüberlegung, die fast wie eine Bestätigung ausfiel. Jetzt wird dem „Berliner Tageblatt“, das am Dienstag die Meldung aufrechterhalten und allerlei Betrachtungen daran geknüpft hatte, vom Oberstaatsanwalt Preuß geschrieben:

Unter Bezugnahme auf den Artikel „Deutschland“ Seite 2 der Abendausgabe des „Berliner Tageblatt“ vom 21. Mai 1912 teile ich Ihnen ergeben mit, daß ich zwar bereits im März d. J. auf Grund einer mir zugegangenen Anzeige die vom Propaganda-Ausschuss Groß-Berlin veranlaßten Säulenanschläge und die von ihm herausgegebenen Plakate einer Prüfung unterzogen, aber zu einem Einschreiten aus § 190 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung zum Klassenhaß) keine Veranlassung gefunden habe. Es ist demnach wegen Verletzung dieser Gesetzesbestimmung eine Anklage weder erhoben, noch für die Zukunft von mir beabsichtigt. Nun ist wenigstens offiziell vor der Welt festgelegt, daß tatsächlich aus Anlaß jenes Glendbildes eine Anzeige wegen vermeintlicher Aufreizung zum Klassenhaß ein-

gereicht worden ist. Schade, daß man nicht auch offiziell erfährt, von wem die Anzeige ausgegangen ist. Daß selbst Oberstaatsanwalt Preuß keinen Grund zum Einschreiten finden zu können gemeint hat, gibt zu denken. Mit dem Polizeipräsidenten v. Jagow haben die geängstigten Hausbesitzer mehr Glück gehabt. Ueber die von ihm verfügte Unterdrückung des Glendbildes muß allerdings erst noch im Wege der Beschwerde entschieden werden.

Frühzüge der Straßenbahn zu Pfingsten. Die Große Berliner Straßenbahn und ihre Nebenbahnen lassen an den beiden Pfingstfeiertagen bei schönem Wetter folgende außerplanmäßige Frühzüge von den befestigten Zeiten an alle 15 Minuten verkehren: Linie 7 ab Neukölln 5.38, ab Bremer Straße 6.20; 11 ab Görlitzer Bahnhof 4.00, ab Bielestraße 5.15; 51 ab Prager Platz 5.08, ab Panow 6.11; 57 ab Nordend 5.43, ab Emsler Platz 6.21; 68 ab Weihensee 5.38, ab Görlitzer Bahnhof 6.24; 88E ab Ringbahnhof 4.38, ab Sietziner Bahnhof 5.13; 78E ab Ringbahnhof 4.45, ab Leipziger Platz 5.20, am zweiten Feiertag ab Ringbahnhof 5.30, ab Leipziger Platz 6.05; 82 ab Treptow 4.57, ab Zoo 5.55; 82E ab Treptow 4.20, ab Halleisches Tor 4.52; 88E ab Treptow 4.25, ab Spittelmarkt 5.01. Frühwagen verkehren außerdem bei 49E ab Alexanderplatz 5.10, 5.30, 5.50, 6.1E ab Weihensee 5.00 und 5.30, ab Leipziger Platz 5.45 und 6.15, 62E ab Weihensee 5.15 und 5.35, ab Alexanderplatz 5.45 und 6.15. Auf den Linien 1, 24, 74 besteht ununterbrochener Zug- und Nachtbetrieb in Abständen von 15 Minuten. Bei der Westlichen Vorortbahn geht D ab Steglitz 5.27 und 5.47, ab Zoo 6.04 und 6.24, F ab Steglitz von 5.00 bis 5.50, ab Zoo von 5.35 bis 6.25 alle 10 Minuten, am zweiten Feiertag ab Steglitz 5.00, 5.15, 5.30, 5.45, ab Zoo 5.35, 5.50, 6.05, 6.20. Die Charlottenburger Straßenbahn läßt N verkehren ab Charlottenburg von 5.45, ab Kupfergraben von 6.24 an am ersten Feiertag alle 10 Minuten, PE ab Charlottenburg 5.02, ab Bülowplatz von 5.30 an alle 15 Minuten, ebenfalls nur am ersten Feiertag. Q geht an beiden Tagen vom Wilhelmshagen nach Anprodestraße 4.59, 5.14, vom Stadtbahnhof von 5.20 bis 6.08, von Anprodestraße ab 5.54 alle 15 Minuten. Bei der Nordöstlichen Vorortbahn gehen Wagen ab Dransestraße von 4.31, an Kurzestraße von 5.00 an alle 15 Minuten.

Die Siemensbahn läßt bei günstiger Witterung am 1. und 2. Pfingstfeiertag folgende Frühzüge laufen: 1. Linie Behrenstraße — Treptow. Ab Holmannstraße Ecke Lindenstraße von früh 4.30 Uhr an; ab Behrenstraße von früh 5.00 Uhr an, in Abständen von 10 Minuten. — 2. Linien Mittelstraße Panow — Nieder-Schönhausen — Franz-Vuchholz. Ab Panow (Wendelstraße) nach Mittelstraße von 4.10 Uhr an in Abständen von 10 Minuten, ab Franz-Vuchholz (Kirche) nach Mittelstraße von 5.54 Uhr an in Abständen von 20 Minuten, ab Mittelstraße nach Panow und Franz-Vuchholz von 4.55 bis 6.35 in Abständen von 20 Minuten, von 6.35 Uhr an in Abständen von 10 Minuten; ab Mittelstraße nach Nieder-Schönhausen von 5.05 bis 6.25 Uhr in Abständen von 20 Minuten, von 6.30 Uhr an in Abständen von 10 Minuten. Der dann beginnende Fahrplanmäßige Betrieb wird durch Einschlagen von Sonderzügen verstärkt.

Der Defraudant Haase, der, wie wir wiederholt berichteten, nach Unterschlagung von mehr als 100 000 M. bei der American Express Co. flüchtig geworden ist, konnte noch nicht ergriffen werden. Die Polizei nimmt an, daß Haase noch immer in Berlin weilt, um bei günstiger Gelegenheit ins Ausland zu reisen. Da er vielfach in Kreisen der Homosexuellen verkehrte, so beanstandete die Polizei in der letzten Nacht eine Streife, die sich hauptsächlich auf Orte beschränkte, an denen man Leute aus diesen Kreisen begegnet. Tatsächlich hatte diese Streife auch den Erfolg, daß man einen gewissen Alex. Thomas festnahm, der mit Haase lange freundschaftlich verkehrt hat. Man fand bei ihm eine größere Summe und vermutete nicht mit Unrecht, daß diese aus dem Besitz Haases kam. Der Festgenommene gestand schließlich auch ein, mit Haase nach dessen Verschwinden zusammengetroffen zu sein und von ihm 4000 M. erhalten zu haben. Wo sich er jetzt befindet, will er nicht wissen. Er behauptet, von seinem Freunde „berstet“ worden zu sein. Das ist jedoch sicher nur eine Ausrede. Denn es ist bereits erwiesen, daß die beiden an verschiedenen Stellen zusammengetroffen sind und einen Fluchtplan ausgearbeitet haben. Thomas, in seinen Kreisen unter dem Spitznamen „Matrosenalex“ bekannt, ist bereits mehrfach verhaftet.

Die Leiche eines ungefähr 30-35 Jahre alten Mannes wurde gestern vormittag aus dem Hofenboden, gegenüber dem Hause Hafensplatz 10, gelandet; die Persönlichkeit des Ertrunkenen ließ sich bisher nicht feststellen. Eine große Verletzung, die der Tote an der rechten Halsseite und am Kopfe hat, scheint von Schiffschrauben her zu kommen. Der Unbekannte ist ungefähr 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, einen kleinen, blonden Schnurrbart und trug ein dunkelblaues Jackett, eine grau- oder braungestrichelte Hose, ein blaugestricheltes Hemd und Schnürstiefel.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am gestrigen Nachmittage in Norden Berlins. Als gegen 2 Uhr ein Zug der städtischen Straßenbahn die Hufschienstraße durchfuhr, verunglückte mehrere auf der Straße spielende Kinder unmittelbar vor dem Bahnwagen über das Gleis zu laufen. Der Geistesgegenwart des Führers gelang es jedoch, den Wagen im letzten Augenblick zum Stehen zu bringen und dadurch ein unabsehbares Unheil zu verhüten. In demselben Augenblick, als die der Gefahr glücklich entronnenen Kinder auf den Bürgersteig hinüberlaufen wollten, kam neben dem Straßenbahnwagen ein Privatautomobil herangefahren, dessen Fahrer von dem Vorfall vor dem Straßenbahnwagen nichts bemerkt hatte. Obwohl nun der Chauffeur mit bewundernswürdiger Kaltblütigkeit seinen Wagen nach links, direkt gegen den Straßenbahnzug steuerte, wurde eines der Kinder, ein jähriger Knabe, von dem rechten Hinterrad des Kraftwagens erfasst und überfahren. Der Kleine, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen und war sofort tot. Die Leiche des Kindes wurde nach dem Schauhause übergeführt. Nach den übereinstimmenden Aussagen zahlreicher Augenszeugen trifft den Lenker des Autos an dem bedauerlichen Unglücksfall keinerlei Schuld.

Wer ist der Tote? Noch immer nicht erkannt ist ein Mann von etwa 55-60 Jahren, der vor einigen Tagen im Grunewald im Jagden 152 tot aufgefunden wurde. Der Mann ist mittelgroß, hat graues Haar mit Glatze, einen blonden Schnurrbart und eine Narbe an der linken Schläfe und trug einen dunkelgrauen Anzug mit meisterten Rängstreifen, einen schwarzen steifen Hut und einen Umlegekragen mit weiß und rot gestreifter Kravatte. Sein schwarzes Portemonnaie enthielt nur noch 10 Pf. Außerdem fand man bei der Leiche einen Kneifer in einer Hülle, eine Zigarrentasche und ein rotes Taschentuch mit weißen Sternchen. Etwas Angaben über diese Persönlichkeit nehmen der Amtsarzt Dr. Grunewald und die hiesige Kriminalpolizei entgegen.

Pfingstveranstaltung. Am Montag, den 27. Mai (2. Pfingstfeiertag) findet ein Konzertspektakel im prächtigen Park des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhauses, Chausseestr. 30, statt, arrangiert vom „Sängerkorps Wedding“ (Chormeister E. Thilo). Bei ungewöhnlicher Witterung findet das Konzert im großen Saale der „Germaniahalle“ statt. Da der Chor bei allen Arbeiterfestlichkeiten mitwirkt, ist eine rege Beteiligung der Parteigenossen zu erwarten.

Im Wissenschaftlichen Theater der Krania gelangt der Vortrag: „Im Lande der Mitternachtsstunde“, der an der Hand zahlreicher farbiger Bilder einen lebendigen Auschnitt aus diesem nordischen Alpenlande, der Heimat germanischer Urjagen und herrlichen Naturgenussereien gibt, am Sonnabend, Sonntag, Mittwoch und Donnerstag zur Darstellung. Am Montag wird der Vortrag „In den Dol-

miten" gehalten, am Dienstag der Vortrag „Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen“, während am Freitag noch einmal der Vortrag „Die Insel Nügen“ wiederholt werden wird.

Kinder als Studienmaterial! Aus der Poliklinik des Augenarztes Professors Abelstorff (Friedrichstraße 131a) melden wir, daß dort Kinder, die ein Knabe kurzerhand von der Straße geholt hatte, gegen Entgelt als Studienmaterial benutzt wurden. Den Kindern wurde in ein Auge eine Flüssigkeit hineingetauscht, die die Wirkung hatte, daß die Pupille dieses Auges sich beträchtlich erweiterte. Am Donnerstag sollten die Kinder wiederkommen, aber nachdem inzwischen durch den „Vorwärts“ auf diesen Mißbrauch hingewiesen worden war, dürften nur wenige die Aufforderung noch befolgt haben. Wir hören übrigens, daß auch in zwei der Poliklinik benachbarten Knabengemeinschaften (in der Albrechtstraße und in der Hannoverischen Straße) die Direktoren ihre Schüler schweigend gewarnt haben, sich in der Poliklinik zu Studienzwecken gebrauchen zu lassen. Wie anhaltend die Folgen dieses Mißbrauchs sein können, davon haben wir uns noch am Donnerstag überzeugt. Von den uns bekannt gewordenen Kindern, die am Montag in der Poliklinik gewesen waren und am Dienstag von uns befragt wurden, konnten wir am Donnerstag drei nochmals befragen. Die Erweiterung der Pupille war noch bei keinem ganz geschwunden und bei zweien war sie noch so beträchtlich, daß die Kinder noch recht emstlich ausliefen. Einer ist auf Veranlassung des Direktors seiner Schule noch zum Schularzt geschickt worden, damit dieser das Auge untersuchte. Der Arzt wird hoffentlich ebenso, wie wir das von den Direktoren annahmen, an die Schuldeputation berichten, damit sie allgemein die Kinder warnen und zu deren Schutz nötigenfalls die Behörden anrufen kann. Sollen die Eltern wehrlos dazugehen sein, daß ohne ihr Wissen ihre Kinder von fremden Personen in einer Weise behandelt werden, die, wenn nicht zu einer Schädigung der Gesundheit, so mindestens zu einer Tage dauernden Entstellung des Gesichtes führt?

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurden gestern früh um 11 Uhr die Jüge 8 und 11 nach der Schönleinsstr. 7 an der Diefenbachstraße alarmiert. Das Feuer war gleich an mehreren Stellen ausgebrochen, denn als der 11. Zug aus der Wilmstraße erschien, stand der große Dachstuhl des Vorderhauses schon vollständig in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden und bedrohten die angrenzenden Gebäude, so daß sofort mit drei Schlauchleitungen von Dampfstrahlern vorgegangen werden mußte. Um Mittag war die Gewalt des Brandes gebrochen. Die Aufräumungsarbeiten nahmen dann noch einige Zeit in Anspruch. Die Ursache des Feuers war nicht zu ermitteln.

In der Versammlung im „Elysum“ ist im Saal ein Schirm gefunden worden. Abzuholen im Bureau, Stralauer Platz 1/2.

Verloren wurde am 10. Mai vor dem Versammlungsort Urania in der Brangelstraße ein Hut. Derselbe kann im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 1/2, in Empfang genommen werden.

Verlorengegangen ist in der vorgeschlagenen Versammlung im Elysum ein Schirm. Der Finder wird gebeten, denselben bei Falk, Weidenweg 65, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine so bedeutende Sitzung.

Wie am letzten Mittwoch, haben die Charlottenburger Stadtverordneten seit Jahren nicht abgehalten. Wenn es dabei wiederholt zu stürmischen Austritten gekommen ist, so lag das einmal an der Art des zur Beratung stehenden Materials, zweitens aber an dem provokatorischen Auftreten einiger bürgerlichen Stadtverordneten.

Nach langwierigen Beratungen hatte der dazu eingesetzte Ausschuss die Magistratsvorlage betr. Maßregeln zur Bekämpfung der Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit endlich erledigt, er empfahl im wesentlichen die unveränderte Annahme der Vorlage, deren Inhalt hier kurz wiedergegeben sei. Die Vorlage zerfällt in zwei Teile, der eine betrifft die Verwendung städtischer Mittel zur Förderung der Arbeitslosenversicherung, der zweite Teil betrifft die Schaffung einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse für Charlottenburg. Für den erstgenannten Zweck wird alljährlich ein Arbeitslosenfonds von 10.000 M. in den Etat eingestellt. Aus dem Fonds sollen Zuschüsse an männliche oder weibliche Arbeiter oder Angestellte gewährt werden, die seit mindestens einem Jahr ununterbrochen in Charlottenburg wohnen. Der Zuschuß beträgt 50 v. H. der täglichen Arbeitslosenunterstützung, die der Arbeitslose auf Grund eigener Fürsorge bezieht, sei es aus der städtischen Arbeitslosenversicherungskasse oder von einer Berufsvereinerung (Gewerkschaft, Gewerbeverein oder dergleichen), zu der er Beiträge entrichtet, oder aus einem Sparaufwands bei der städtischen Sparkasse in Charlottenburg, dessen Verwendung für diesen Zweck sichergestellt ist. Die Person darf nie mehr als 1 M. Zuschuß für den Tag erhalten und der Zuschuß wird für die Zeit nach Ablauf einer Woche seit der Meldung der Arbeitslosigkeit auf dem städtischen Arbeitsnachweis gewährt. Der Zuschuß wird nicht gewährt in den Fällen der Arbeitslosigkeit, die verursacht werden durch Krankheit, Schwangerschaft, Entbindung, Unfall, Invalidität, Streiks und Aussperrungen; er hört unter anderem auf, wenn der Arbeitslose ihm passende Arbeit, die ihm nachgewiesen wird, ablehnt, und wenn der Zuschuß für dieselbe Person innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten für 60 Tage bezahlt worden ist. Der Zuschuß wird nur für die Tage gewährt, an denen der Arbeitslose sich auf dem städtischen Arbeitsnachweis persönlich in den hierfür vorgeschriebenen Zeiten gemeldet hat. Daneben ist die Errichtung einer Arbeitslosenversicherungskasse geplant, die Arbeitern und Angestellten Gelegenheit geben soll, entweder eine Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit einzugehen oder zu einer bereits anderweitig eingegangenen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eine Zusatzversicherung zu nehmen.

Die Mehrheit der Liberalen und die gesamte Fraktion der Unpolitischen beantragte nun, das Verbot aus der Vorlage zu streichen, nämlich die Zahlung von Zuschüssen an gemeinschaftlich organisierte Arbeiter, die von ihrem Verband Arbeitslosenunterstützung beziehen. Herr Kottwitz, der diesen antisozialen Antrag begründete, gab als das richtige Zeug zum besten, das seit Jahrzehnten gegen die Partei und Gewerkschaften zusammengetragen ist, ohne es auf seine Richtigkeit zu prüfen. Er versetzte sich u. a. zu der kühnen Behauptung, die Stadt dürfe nicht aus dem allgemeinen Steuerfiskus Mittel aufwenden für Vereine, die neben wirtschaftlichen auch politische Zwecke verfolgen, die städtischen Mittel würden schließlich in die Streiklisten fließen, und was dergleichen geistreiche Bemerkungen mehr sind. Der Beschluß des Magistrats, die Vorlage nur im ganzen anzunehmen zu wollen, beruhte nur auf der Angst vor der sozialdemokratischen Organisation, die das Zustandekommen einer solchen Versicherungskasse verhindern würde.

Nach toller Tribüne des Führer der Nationalliberalen, Stadtv. Dr. Stadthagen. Auch er wandte sich gegen die Unterfertigung der schon durch die Gewerkschaften unterstützten Arbeiter, er verlangte, daß die Stadt die notleidenden Arbeitslosen unterstützen solle, nicht aber die, die hohe Beiträge für die Gewerkschaften leisten könnten, zumal da die Gewerkschaften weit weniger für die Arbeitslosenunterstützung ausgaben als für Streiks.

Mit erschütternder Deutlichkeit legte Stadtv. Dr. Spiegel den Standpunkt des Magistrats dar; er erklärte, daß der Magistrat für den Fall der Streichung der Zuschüsse an die Gewerkschaften der Vorlage seine Zustimmung versagen würde. Dann werde die Arbeit vieler Jahre vergeblich gewesen sein, aber der Magistrat trage daran keine Schuld. Durchaus zutreffend betonte er den Wert einer Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems, und nicht mit Unrecht konnte er darauf hinweisen,

daß nach den an anderen Orten gemachten Erfahrungen Kassen ohne städtische Zuschüsse nicht existenzfähig sind.

Nun folgte eine gründliche Abrechnung der Sozialdemokraten mit der reaktionären Mehrheit. Zunächst kam Genosse Pirsch zu Wort, der das arbeitserfindliche, antisoziale Gebahren der Mehrheit geißelte, aber als milderbendes Umstand die grenzenlose Unkenntnis dieser Herren über das Wesen und die Geschichte der Gewerkschaften gelten lassen wollte. Wenn gelagt sei, man dürfe den freien Gewerkschaften nicht die Gelder der Steuerzahler überlassen, so frage er umgekehrt, wie denn die Gewerkschaften dazu kommen, dem Staat und den Gemeinden Lasten abzunehmen, denn es unterliege doch keinem Zweifel, daß die gewerkschaftlichen Unterstützungs-kassen zur Entlastung des Armenrats wesentlich beitragen. Die Gewerkschaften seien doch nicht als Unterstützungs-kassen gegründet, sondern um wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter zu erringen. Daß die städtische Arbeitslosenunterstützung in die Streiklisten fliehe, sei eine Behauptung, die er, wenn sie draußen stiele, als unsinnig bezeichnen müßte. Der Widerstand der Mehrheit erklärte sich aus ihrer Abneigung gegen die Gewerkschaften, aus ihrer Furcht vor der Verührung mit den organisierten Arbeitern. Seine Freunde würden, wenn die Zuschüsse an die Gewerkschaften abgelehnt werden, gegen die ganze Vorlage stimmen, die dann keinen Wert mehr habe.

Nach einigen Bemerkungen des Stadtv. Dr. Landsberger, der die Ansichten der Mehrheit der Liberalen verteidigte, wandte sich Genosse Richter scharf gegen die Bräuterei der Gewerkschaften, die in dem Antrag Kottwitz liege und befürwortete vom gemeinschaftlichen Standpunkt aus die Annahme der Magistratsvorlage in der Ausschussfassung, die ein Kompromiß darstelle.

Bürgermeister Matting hob sehr nachdrücklich hervor, daß der liberale Antrag Kottwitz ein völliges Preisgeben des Gedankens der Arbeitslosenfürsorge sei, das Genter System sei eben das einzige, mit dem bisher etwas auf diesem Gebiet wirklich geleistet sei. Er ließ auch keinen Zweifel, daß der Magistrat bei Annahme des Antrages die ganze Vorlage als gescheitert ansehen werde, da er mit dem dann übrigbleibenden ausichtslosen Rest, den der Stadtv. Erdmannsdorfer (liberal) später zutreffend mit einem ausgelassenen Ei verglich, nicht die Fäden der Arbeitslosenfürsorge schwingen wolle.

In meisterhafter Rede zerstückte Genosse Zietzsch die gegen die Gewerkschaften vorgebrachten Argumente, deren Entwicklung wahrlich von ganz anderen Momenten abhängt, als von dem geringen Zuschuß, den die Stadt ihren arbeitslosen Mitgliedern zahlen solle. Die politische Betätigung der Gewerkschaften sei nur ein Vorwand der Gegner, sie wissen recht gut, daß die Arbeiter, welche wie jeder Staatsbürger die Pflicht der politischen Betätigung haben, dies nicht in ihren wirtschaftlichen Organisationen, den Gewerkschaften, tun, sondern in ihren politischen Organisationen. Aber die Gegner, welche die Ständesorganisationen aller anderen Berufsstände gern anerkennen, wollen denen der Arbeiter die gleiche Anerkennung verweigern, und daher schlagen sie die schließliche Frucht jahrelanger Arbeit in Scherben. Helfen werde ihnen das gegenüber der immer weiter dringenden Arbeiterbewegung freilich nichts.

Die bürgerlichen Vorführer blieben dabei, daß die Gewerkschaften politische Organisationen seien, mit denen der Magistrat jede Verührung vermeiden müsse. Stadtv. Stadthagen (Ver. Fr.) folgte die politische Natur der Gewerkschaften daraus, daß Genosse Pirsch wie ein „römischer Imperator“ gesagt habe, „ich wünsche, daß jedes Mitglied der freien Gewerkschaften bei der Sozialdemokratie organisiert ist“, und Stadtv. Dr. Meyer (lib.) meinte, die Gewerkschaften versuchten in Tarifverträgen den 1. Mai als Feiertag festzusetzen, weil dies im sozialdemokratischen Programm gefordert wird, was doch klar ihre politische Natur beweise.

In der namentlichen Abstimmung wurde der liberale Antrag mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen; nur sieben Liberale stimmten mit unserer Genossen. Die so verhängte Vorlage wurde zwar mit derselben Mehrheit angenommen, doch wird der Magistrat diesen Wunsch von Arbeitslosenfürsorge kaum ins Leben treten lassen.

Es wurden dann noch zwei Resolutionen, die Stadtv. Stadthagen einbrachte, angenommen, der Magistrat möge mit anderen Gemeinden, namentlich Landgemeinden, in Verbindung treten, um arbeitslose Arbeiter dahin abzuschicken, und er möge bei der Reichsregierung um die Herbeiführung eines Gesetzes vorstellig werden, das den Gemeinden ermöglicht, eine Zwangs-Arbeitslosenversicherung durchzuführen.

Genosse Gohert begründete hierauf unsere Anfrage, ob der Magistrat es billige, daß bei der Entlassung der Abiturienten in einer städtischen höheren Schule an sie von dem Direktor eine Ansprache gehalten ist, in der er die jungen Leute nachdrücklich vor jeder Verührung mit der Sozialdemokratie warnet, wie der Direktor der Herderschule Dr. Dubislav getan, der dabei von waterlandlosen Gefellen und ähnlichem gesprochen haben soll.

Die Antwort des Magistrats enthielt den ganzen Jammer unserer sogenannten Selbstverwaltung. Der Direktor Dubislav ist vom Magistrat über den Vorfall befragt worden und hat sich „bereit erklärt“, Auskunft zu geben. Eine Pflicht dazu scheint demnach für einen von der Stadt bezahlten Schulmonarchen nicht zu bestehen. In seiner Auskunft bestritt Direktor D., einige der schärftesten Ausdrücke gebraucht zu haben, und fuhr dann fort, zu dem sachlichen Inhalt der Notiz des „Vorwärts“ vom 22. März zu betonen, er habe es stets für seine vornehmste Pflicht gehalten, auf seine Schüler in diesem Sinne (der Warnung vor der Sozialdemokratie) einzuwirken; seine Abiturienten haben ihm anlässlich der in der Stadtverordnetenversammlung gestellten Anfrage eine Sympathieerklärung gesandt. Der Magistrat hat darauf folgende Entschuldigungsantwort gegeben: Er nimmt von der Erklärung des Direktors Kenntnis, er nimmt von einer materiellen Prüfung des Vorganges Abstand, da die Ansprache sich als eine Maßnahme des inneren Schulbetriebes erweist und in der ermittelten Fassung keine Veranlassung zu einem Einschreiten gibt. Mit anderen Worten: Der Mißbrauch der Schule zu politischen Zwecken gehört zum „inneren Schulbetrieb“, auf den der Magistrat keinen Einfluß hat, hier müßte man sich an das Provinzial-Schulkollegium wenden, das aber vielleicht den gesinnungstüchtigen Direktor zur Delorierung vorschlagen wird.

Für die Liberalen erklärte Stadtv. Frenkel, daß sie aggressive und polemische Behandlung irgendeiner politischen Partei aus der Schule unter allen Umständen ferngehalten wissen wollen. Die Stadtverordneten Zander und Stadthagen (Ver. Fr.) sangen dem Direktor ein Loblied, daß er so trefflich an der Vernichtung der Sozialdemokratie mitarbeitete, die erst jetzt wieder im Reichstag und Landtag unser geliebtes Vaterland so schände beschimpft hätte. In scharfer Weise legte Gen. Zietzsch Verwahrung dagegen ein, daß die Schule zum Tummelplatz politischer Leidenschaften gemacht würde und führte gegenüber den hurrupatriotischen Abenteurern von Zander und Stadthagen das treffende Urteil von Theodor Mommsen, der an geistiger Bedeutung jedenfalls auch den Direktor Dubislav weit übertrage, aber Ordnung und Umsturzparteien an.

Unsere Genossen werden das Wirken des Schulmannes, der es als „vornehmste Pflicht“ erachtet, seine Schüler vor der gewaltigen Kulturbewegung seiner Zeit einbringlich zu warnen, jedenfalls im Auge behalten.

Wanderung in der Benutzung der Volkshochschule. Am ben stehenden Anforderungen der weiblichen Jugend an Gelegenheiten zum Baden und Schwimmen zu genügen, wird vom 1. Juni dieses Jahres ab die Schwimmhalle der Volkshochschule in der Krummenstraße an jedem ersten Sonntag der Sommermonate in den Dienststunden, d. h. von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, ausschließlich für das weibliche Geschlecht zur Verfügung gestellt.

Neukölln.

Aus Neam über den Tod seiner Braut ist der 25jährige Schlosser Franz Reiberg aus der Reibergstraße 14 in den Tod gegangen. Er war seit Jahresfrist mit einem jungen Mädchen, der Tochter eines Arbeitslosen verlobt, das Paar wollte zu Pfingsten

heiraten. Vor 14 Tagen erkrankte die Braut durch einen Unfall an ihrem Leiden. Vorgefunden wurde die Verlobte an ihrem letzten Ruhebestatt. Am gestrigen Donnerstag früh gegen 3 Uhr stürzte sich der junge Mann aus dem Fenster seiner im dritten Stockwerk belegenen Wohnung auf den gepflasterten Hof hinab, wo er mit zerstückelten Gliedern tot liegen blieb.

Friedenan.

Über Sozialdemokratie und Liberalismus referierte in der außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins an Stelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Dr. Reich Genosse Richter. An mannigfachen Beispielen suchte der Redner den Nachweis zu führen, daß der deutsche Liberalismus nur eine Vertretung darstelle, die genau so wie die anderen bürgerlichen Parteien die um politische Gleichberechtigung ringende Arbeiterklasse bekämpfe. An ein Partieren der Sozialdemokratie mit den Liberalen könne in ersten Fragen gar nicht gedacht werden. In der Diskussion sprachen die Genossen Barwich und Hagen. Letzterer betonte besonders, daß sich die Arbeiterklasse auch nach dem Erfolg bei den Reichstagswahlen um kein Haar von den Richtlinien der bisher maßgebenden Politik abbringen lassen dürfe.

Notawald.

Der wegen Versuch des Gattenmordes verhaftete Kolaczinski ist nach eingehendem Verhör aus der Haft entlassen worden. Die ganze Sache scheint sich zu einem mysteriösen Liebesroman zu entwickeln. Denn wie mitgeteilt wird, soll die aus dem Oberlinfrankenhaus entlassene Ehefrau des Kolaczinski mit einem Arbeiter Zimmermann ein Liebesverhältnis unterhalten. Es besteht sogar die Vermutung, daß die ganze Aufschüttelung nur zu dem Zweck inszeniert worden ist, um sich des Kolaczinski zu entledigen. Was an dieser Vermutung Zutreffendes ist, wird sich aus dem weiteren Verlauf der Angelegenheit ergeben.

Aus der Ruhe gelandet wurde gestern die Leiche des hier wohnhaften Anlegers Biedler.

Potsdam.

Was den Mitgliedern christlicher Arbeiterbauvereine mitunter geboten wird, zeigen so recht Maßnahmen des Potsdamer Arbeiterbauvereins, dessen Leiter der Regierungsrat Raetow ist. Schon seit Jahren herrscht in diesem Verein eine Verstimmung und der Wohnungswechsel ist ziemlich stark. Diese Verstimmung ist bei der letzten Reichstagswahl noch erhöht worden, wo man an die Mitglieder allerlei Zumutungen stellte und ihnen mit Rindigkeit drohte, wenn sie für den roten Liebesnecht eintreten würden, denn dies sei eines christlichen Arbeiters unwürdig. Auch die „Brandenburger Zeitung“ ist in der Kolonie verpönt und die Leser derselben werden mit schiefen Augen betrachtet. Jetzt hat man nun den Mitgliedern neue Zumutungen gestellt, die man eigentlich, würden sie nicht schwarz auf weiß vorliegen, für unmöglich halten sollte. Eine Anzahl Mitglieder des Arbeiterbauvereins sind nämlich auch Mitglieder des Potsdamer Konsumvereins „Hoffnung“. Nach einem neuen Mietvertrag, der ihnen sehr vorgelegt wird, sollen diese Mitglieder mit einer Extrabeholdung bedacht werden. Der neue Absatz 2 des § 2 des Mietvertrages lautet nämlich: „Mietler, welche Mitglieder eines Konsumvereins sind, oder ihren Bedarf in der Hauptsache außerhalb der Kolonie befriedigen, können zur Redung des dem Verein entstandenen Ausfalles an Bodenmiete mit einem Mietszuschuß von 50 Pf. monatlich herangezogen werden.“ Die Mitglieder müssen also bei dem Krämmer der Kolonie kaufen, ganz gleich, ob die Ware gut oder schlecht ist, und wenn sie dies nicht tun, müssen sie einen Beitrag zur Miete des Krämers leisten. Um dem Wohnungswechsel etwas vorzubeugen, hat man in den Vertrag die Bestimmung eingeschaltet, daß bei freiwilliger Aufkündigung der Wohnung nach einem Jahre 1/2, nach zwei Jahren 1/3 und nach drei Jahren 1/4 zu den Wiederherstellungskosten zu leisten ist. Wer ein Pflegekind hält, muß einen Mietszuschuß von 2 M. monatlich zahlen. Auch muß der Mieter die Erhaltung der Mietsräume und die Ausführung der erforderlichen Ausbesserungen und Erneuerungen übernehmen. Erst nach achtjähriger Mietsdauer läßt der Verein kleinere Renovierungen vornehmen. Auch ist jeder Mieter verpflichtet, ein Jahr das Amt eines Hausverwalters zu übernehmen. Alle diese neuen Bestimmungen werden dazu beitragen, den Abzug der Mitglieder zu verlangsamen. Die Aufregung der Mitglieder über den neuen Vertrag ist begreiflicherweise auch eine ziemlich starke, enthält er doch Bestimmungen, deren Erfüllung der schlammige Hausgärtner von seinen Mietern nicht verlangen würde. Zudem sind die Mieten nicht niedriger als anderwärts. Aber den Arbeitern kann man es eben bieten, denn sie haben meist eine reiche Familie und finden anderwärts schlecht Unterkunft.

In der gestrigen Ueberricht des Ausfalls der Gemeindevahl im Kreise Niederbarnim heißt es am Schluß: Eine Würdigung des Ausfalls der Gemeindevahlen bringen wir in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“. Durch ein Versehen sind die Worte: aus dem Kreise Teltow-Beeskow fortgeblieben. Der Satz muß also heißen: Eine Würdigung des Ausfalls der Gemeindevahlen aus dem Kreise Teltow-Beeskow usw.

Der Protest gegen die Wahlrechtsfrage.

Außer den in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erwähnten Versammlungen fand auch in Reinickendorf-Ost eine imposante Volksversammlung statt. Da das Versammlungsort die Erschienenen, etwa 1500 Personen nicht zu fassen vermochte, mußte die Versammlung in den Gärten verlegt werden. Das Referat des Genossen Udo wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In Oranienburg referierte vor 200 Versammelten Genosse Bloke, Berlin unter großem Beifall der Anwesenden.

Zu Strassburg sprach vor überfüllter Versammlung im Gewerkschaftshaus Genosse Hildebrandt. Das ausführliche Referat wurde mit brausendem Beifall quittiert. Vor und nach der Versammlung brachte der Arbeitergesundverein „Liedesfreiheit II“ einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag.

Jugendveranstaltungen.

Groß-Bichterfelde. Am Sonntag, den 26. Mai: Badepartie nach dem Freibad Bommsee. Treffpunkt 7 Uhr morgens; Bahnhof Botanischer Garten. — Nachmittags 3 Uhr: Beginn des Unterhaltungsabends. — Am 2. Pfingstfesttag: Spielstätte nach dem Grunewald. Treffpunkt 3 Uhr: Bahnhof Botanischer Garten.

Richtenberg-Friedrichsfelde-Kummelsburg. Am Sonntag, den 26. Mai (1. Pfingstfesttag), veranstaltet die Arbeiterjugend einen Gruppenausflug nach Richter — Platenen — Kranichberge — Kallsee — Richtenberg — Stenitzsee — Straußberg. Treffpunkt früh 6 1/2 Uhr für Gruppe I: Bahnhof Frankfurter Allee, Gruppe II: Wollstraße. Die Verbindungswege, Gruppe III: Bahnhof Richtenberg-Friedrichsfelde, Kummelsburg; im Jugendheim, Witt-Vogelweg 66. Rückkehr nicht dergleichen.

Aus aller Welt.

Der „Imperator“.

Mit dem üblichen Gepränge ist in Gegenwart Wilhelm II. am Donnerstag in Hamburg der „Imperator“, das größte Schiff der Welt, von Stapel gelassen worden. Das Riesenschiff, das nach seinem Innenausbau im nächsten Jahre seine erste Seereise antreten soll, ist im Auftrage der Hamburg-Amerikaner-Linie auf der Hamburger Werft des „Vulkan“ gebaut worden. Nicht ganz zwei Jahre hat man nur gebraucht, um diesen Riesenbau so weit fertigzustellen. Von seiner Größe kann man sich vielleicht eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß der Koloss bei einer Länge von 276 Meter eine Breite von fast 30 und eine Tiefe von über 10 Meter hat. 30 1/2 Meter wird sich das Vorderschiff und 76 Meter werden sich gar die Spitzen der Lademasten über den Kiel erheben. Selbst die Schornsteine sollen

21 Meter Länge und ihre obere Öffnung nicht weniger als 5 1/2 Meter in der Quere und 9 Meter in der Längsachse erreichen.

In den gewaltigen Schiffraum werden über dem Schiffsboden die riesigen Kessel und Turbinen eingebaut. Turbinen, deren Gehäuse oder Mantel 7 1/2 Meter lang sind und fast 5 1/2 Meter Durchmesser haben. In ihnen werden sich künftig auf baumbilden Stahlwellen, Motoren oder Trommeln drehen, deren jede mit 50 000 Schaufeln versehen ist und ein Gewicht von 2700 und mehr Zentnern besitzt. Man denke sich solche Gewichtsmassen in der hohen Umbrüchgeschwindigkeit der Turbinen bewegt, und man wird es begreifen, daß in einem einzigen Turbinenmantel der „Imperator“-Maschinen 15 000 Pferdestärken erzeugt werden können. Zur Weiterleitung der Maschinenkräfte dienen vier Schraubwellen von fast 1/2 Meter Dicke. Die Propeller selbst messen über 5 Meter im Durchmesser. Sie sind sämtlich mit vier Flügeln ausgerüstet (ein Substanz) und aus Turbadiumbronze hergestellt. Daß der Dampfer mit vier Schrauben ausgerüstet wird, ermöglicht es, daß beim Bruch des Ruders das Schiff steuerbar bleibt. Das Schiff wird ferner mit Kreisellampfen, Unterwasserapparat und Funkentelegraphie ausgerüstet.

Der Ozeanreise wird mit dem raffiniertesten Luxus ausgestattet werden, damit dem zahlungsfähigen Publikum auch während der Seereise nichts von der gewohnten Lebensweise abgeht. In den zehn Decks des Schiffes werden nicht nur elegante Restaurants, Wintergärten, Tanz- und Festhale eingebaut, auch eine Turnhalle sowie ein luxuriös eingerichtetes Schwimmbad helfen die Langeweile vertreiben. An die Schwimmhalle schließt sich ein Ruheraum, der schöne alte Malereien nach pompejanischen Vorbildern und behagliche Ruhebetten enthält, schließen sich ferner mannigfaltige elektrische Lichtbäder, Kohlensäurebäder, Massage-räume, Dampfbäder, Heißluftbäder, Mannenbäder und Duschen; Damen- und Herrenfriseurlokale modernster Ausstattung vervollständigen die Anlage.

Für die Bedienung der Passagiere — das Schiff hat für über 4000 Passagiere Raum — und die Aufrechterhaltung des Betriebes in den Passagier- und Wirtschaftsräumen, in der Maschine und allen übrigen Teilen des Schiffes ist natürlich eine große Besatzung erforderlich. 1180 Personen, wovon eine große Zahl, die aber zur Hauptsache zur Bedienung der erkrankten Passagiere nötig ist. Gewarnt durch die „Titanic“-Katastrophe soll die Zahl der Boote so erhöht werden, daß für alle an Bord des „Imperator“ weilenden Menschen genügend Rettungsraum geschaffen wird. Gleichfalls ist der Feuerlösch- und Rettungsdienst sorgfältig organisiert worden, so daß man annehmen darf, daß im Falle einer Gefahr alles Erforderliche getan werden wird.

Es kommt aber immer auf die Mannschaft an. Ueber deren Unterhaltungsraum verlautet nichts, auch nichts darüber, was sonst für deren Wohlbefinden vorgesehen ist, obgleich die Mannschaft, die in der Tiefe die Glukten schürt und die Turbinen bedient, es ist, die das Schiff vorwärts treibt über den Ozean. Wer denkt auch an die, und wer denkt an die, aus deren Arbeitsstätten der Riese auf der Vulkanwerk so gigantisch in den Tag wuch. Ja, wer denkt an die Opfer des „Imperator“, die er schon gefordert, noch ehe das Wasser seinen Kiel umspülte. Zehn Tote sind beim Bau zu verzeichnen und an hundert Verletzungen, teils leichter, teils schwerer Natur.

Ihr laßt den Armen schuldig werden . . .
Ein erschütterndes Bild menschlichen Glends wird dem Monatsheft „Generalanzeiger“ aus St. Ingbert in der Pfalz berichtet. Dort ist dieser Tage der mittel- und arbeitslose frühere Portier Wotsch buchstäblich verhungert. Wotsch, ein Jubalide ohne Rente, war früher Portier, verlor aber diese Stelle, weil er sich etwas zu Schulden kommen ließ und ins Gefängnis mußte. Aus dem Gefängnis entlassen, lebte er von Bettel; Arbeit erhielt er keine, seine Gemeinde kümmerte sich auch nicht um ihn und so kam er immer mehr körperlich

herunter. Wiederholt wurde er fast verhungert aufgefunden. Als man ihn vor einigen Tagen endlich ins Spital brachte, zeigte es sich, daß Wotsch überhaupt keine Speise mehr vertragen konnte und so ist er denn auch nach drei Tagen elend gestorben.

Der Treue ihren Lohn.

In einer Posener Dampfzweigleise ist ein Arbeiter die zwanzig lange Jahre wader und treu für das Wohlergehen seines Unternehmers tätig gewesen. Schon seit einiger Zeit hatte man dem Arbeiter den Mund wässrig gemacht, daß bei der 40jährigen Wiederkehr des Anfangstages seiner Tätigkeit der Chef einen blauen Lappen springen lassen werde. Und richtig: der Chef ließ am Jubiläumstage den Angestellten ins Kontor rufen und brückte ihm mit wohlwollender Miene — ein Dreimarkstück in die Hand. Wenns auch nicht viel ist, so kommt immerhin auf jedes Jahr der Betrag von 7 1/2 Pfennig.

Kleine Notizen.

Fernbeben. Die verschiedenen Erdbebenarten haben gestern ein starkes Fernbeben registriert, dessen Herd in der Gegend von Ceylon vermutet wird. Ueber das Beben selbst liegen keine Meldungen vor.
Schweres Verkehrsunfall. Ein von Pratta Maggiore nach Neapel fahrender elektrischer Wagnzug ist gestern eingeleist. Drei Wagen stürzten um und wurden zerstört. 16 Passagiere wurden bei dem Unglück schwer verletzt.

Verfammlungen.

„Die Forderungen der Straßenbahner an die Unternehmer und an „Lungshajen““ lautete das Thema, über das Reichstagsabgeordneter Dr. Quard, Frankfurt a. M. in einer vom Transportarbeiterverband (Sektion der Straßenbahner) nach der „Brauerei Friedrichshain“ einberufenen und stark besuchten Versammlung referierte. Neben erörterte die Mißstände, unter denen die Angestellten im Straßenbahnbetriebe zu leiden haben und betonte, daß in fast allen Betrieben der Lohn zu niedrig, die Arbeitszeit zu lang sei und die Behandlung zu wünschen übrig lasse. An der Hand von Beispielen wies der Referent nach, daß nur durch Zusammenschluß in der Organisation diese Mißstände beseitigt werden können. Ferner müsse von der Regierung verlangt werden, daß dieselbe endlich positive Arbeit leiste und eine achtstündige Arbeitszeit sowie eine 36stündige wöchentliche Ruhezeit für alle im Verkehrsgewerbe Tätigen zur Einführung empfehle.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten, der stürmischen Beifall fand, wirksam ergänzt. Dann besprach Ortmann die durch die Vertrauensmänner der Direktion der Großen Berliner übermittelten Wünsche. Dieselben sind folgende:

- Regelung des Dienstes.
- Der tägliche Durchschnittsdienst für Schaffner beträgt 9 Stunden, für Fahrer 8 Stunden.
- Die Höchstleistung für Schaffner beträgt 10 Stunden, für Fahrer 9 Stunden.
- Ueberritt der Sonntagsdienst den Wochentagsdienst, so ist die Mehrleistung als Ueberstunden zu bezahlen.
- Freie Tage.
- Die gewährten Ruhetage sollen tunsichst 30 Stunden betragen.
- Redner betonte, inwiefern die Gesellschaft diesen Wünschen Rechnung trage, ließe sich nicht im voraus ersehen. Soweit das Personal bis jetzt Forderungen stellte, sind diese, soweit sie mit Geldkosten verknüpft waren, immer abgelehnt worden. Nur dann, wenn die Organisation in der Lage war, den erforderlichen Druck auszuüben, sind die Wünsche in Erfüllung gegangen. Die aufgestellten Forderungen kosten aber wiederum Geld, und deshalb wird die Gesellschaft schwer dafür zu gewinnen sein.
- Was würde nun die Bewilligung der Forderungen kosten? Stellen wir eine Rechnung auf. Im Jahre 1911 wurden 8332 Fahrer und Schaffner beschäftigt bei durchschnittlich täglich 8,5 Arbeitsstunden. Diese leisteten zusammen 222 912 897 Wagenkilometer. Wird nun die gleiche Leistung bei 8 1/2 Stunden Dienst verlangt, so muß mehr

Personal eingestellt werden, wie aus nachfolgender Aufstellung ersichtlich ist.

Mehrausgabe an Löhnen bei Einführung der acht resp. neunstündigen Dienstzeit:

8332 Fahrer und Schaffner bei 8,5 Dienststunden insgesamt	9315 Fahrer und Schaffner bei 8,5 Dienststunden insgesamt	Es fehlen Fahrer und Schaffner Anzahl	Ausgabe für Löhne für die fehlenden Fahrer und Schaffner bei dem jährlichen Durchschnittslohn von 1430,11 M. pro Jahr
79 188	79 175	988	1 395 968

Nach dieser Berechnung kostet die Bewilligung der 8 1/2stündigen Dienstzeit der Gesellschaft 1,3 Millionen Mark jährlich. Nun wird diese Summe aber in den ersten 10 Jahren nicht erreicht werden, weil beim Durchschnittslohn auch die Gehälter der Direktoren und sonstiger hoher und höherer Beamten eingerechnet ist, während die Fahrer und Schaffner 1360 M. im Anfang erhalten. Aus all diesem geht hervor, daß die Gesellschaft wohl in der Lage ist, die Forderung zu erfüllen. Können wir, daß die Vertrauensmänner mit einem befriedigenden Resultat vor ihre Wähler treten können. Allgemeiner Beifall der Versammelten bewies, wie sehr der Redner das Richtige getroffen hat. Ein Diskussionsredner war der Ansicht, daß diese Forderungen nicht weitgehend genug seien und schlug vor, außerdem noch eine Leuzungszulage zu fordern. Die Genossen Riedel und Heiler führten den Versammelten noch einmal eingehend vor Augen, warum die Organisationsleitung hieron Abstand genommen habe. Es gelangte dann folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die in der „Brauerei Friedrichshain“ tagende stark besuchte Versammlung der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn A.-G. nimmt Kenntnis von den durch die Vertrauensmänner auf Verklärung der Arbeitszeit an die Direktion gerichteten Wünschen. Die Versammelten betrachten die der Gesellschaft übermittelten Wünsche als das Mindestmaß dessen, was zur Erhaltung ihrer Gesundheit und zur Pflege eines geregelten Familienlebens notwendig ist, und sind der Meinung, daß die Direktion der Großen Berliner“ sehr gut in der Lage ist, ihre berechtigten Wünsche zu erfüllen, ohne in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Sie beauftragen die Organisationsleitung, zu geeigneter Zeit noch der Konferenz eine Versammlung einzuberufen und über den Gang der Verhandlungen und über die etwaigen Zugeständnisse der Direktion Bericht zu erstatten.

Die Versammelten verpflichten sich, in der Zwischenzeit, soweit wie möglich, alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen derselben zuzuführen, und bei einer Ablehnung der vom menschlichen Standpunkt berechtigten Wünsche die geeigneten Schritte unternehmen zu können.“

Nachdem noch der Genosse Bide vom Metallarbeiterverband für die Handwerker eine anfeuernde Ansprache gehalten hatte, und eine Sympathiebesuche an die im Kampf stehenden Königsberger Straßenbahner gerichtet worden war, schloß die imposante Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist schon das 34. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Scherben. — Dekonomie und Beschäftigung. Von R. Kautsky. — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die bevorstehende Präsidentenwahl. Von L. P. Soudin (New York). II. — Die „Titanic“-Katastrophe. Ihre Ursachen, Folgen und Lehren. Von Paul Müller (Berlin). (Schluß). — Literarische Rundschau: Robert Grimm, Partei und Gewerkschaft. D. Guggler-Hilt, Tschuderer, Die gesellschaftliche Regelung der Tarifverträge. — Zeitschriften-Schau. — Feuilleton: August Strindberg. Von Alfons Heber Sohn. Wille und Denken. Von Ernst Meyer (Ernst Link). — Bücherchau: Eugen Diederichs, Das Drama der Revolution. Hermann Oden. — Zeitschriften-Schau: Eine ästhetisch-literarische Enquete.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin (Eingangsänderungen. 26. Mai: Havelberg—Werden—Bismarck—Blütenberg. 27. Mai: Blütenberg, Fahrt nach Dömitz—Lensenische—Lensen. 28. Mai: Lensen—Gummlow—Blütenberg. — Abfahrten am 25. Mai vom Bahnh. Bahnhof nach Havelberg (in Gärten umflogen) nachmittags I. 1,20; II. 5,30 (Witzig); III. 9,42. Gäste willkommen. Quartier in Havelberg im Lokal von Bräutigam.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Freitag
Sonnabend

Lebensmittel für das Pfingstfest

Sowelt
Vorrat

Frisches Gemüse

- Spinat 5 Pfund 20 Pf.
- Grüne Bohnen Pfund 30 Pf.
- Radieschen 8 Bund 10 Pf.
- Salat 5 Kopf 20 Pf.
- Gurken Stück 20, 25, 30 Pf.
- Waldmeister 3 Bund 10 Pf.
- Morcheln Pfund 60 Pf.

Wild und Geflügel

- Junge Gänse Pfund 1¹⁰ 1³⁰
- Suppenhühner Stück 1⁵⁵ bis 3⁰⁰
- Jg. Brathühner Stück 70 Pf. bis 3⁰⁰
- Junge Enten Stück 2²⁵ bis 3⁷⁵
- Junge Tauben St. 45, 60, 75 Pf.
- Rehkeulen Stück 4⁵⁰ bis 7⁵⁰
- Rehblätter Stück 1³⁵ bis 2⁰⁰

Frischer Spargel
Pfd. 30, 40, 55, 75 Pf.

Frisches Fleisch

- Schweinebauch u. Blatt Pfund 75 Pf.
- Schweineschinken Pfund 80 Pf.
- Kamm u. Schuft Pfund 90 Pf.
- Brust u. Fehrippe Pfd. 80 Pf.
- Roulade Pfund 1⁰⁰
- Hammel dicke Rippe, Pfund 75 Pf.
- Schmorfleisch Pfund 1⁰⁰
- Schaukelbraten Pfund 1⁰⁰
- Schierbraten Pfund 1⁰⁰

Fische

- Gross. Schellfisch Pfd. 15 Pf.
- Seelachs im ganzen, ohne Kopf Pfund 10 Pf.
- Roizungen Pfund 10, 25 Pf.
- Bratschollen Pfund 15 Pf.
- Frischer Malfisch Pfd. 40 Pf.
- Zander Pfund 65 Pf.
- Lebende Schleie Pfund 1²⁰
- Lebende Hechte Pfund 1¹⁰

Lebende Aale Pfund 95 Pf., 1²⁵ 1³⁵

Wurstwaren

- Zervelat Pfund 1⁴⁰
- Salami Pfund 1⁴⁰
- Pastetenleberwurst Pfund 1¹⁰
- Landleberwurst Pfund 1⁰⁰
- Jagdwurst Pfund 1⁰⁰
- Teewurst Pfund 1³⁰
- Mausschinken Pfund 1²⁵

Butter und Käse

- Schweizer Pfund 1⁰⁰
- Tilsiter Pfund 85 Pf.
- Limburger Pfund 58 Pf.
- Edamer Pfund 90 Pf.
- Holländer Pfund 1⁰⁰
- Molkereibutter Pfund 1³⁰
- Tafelbutter Pfund 1²⁵

**Erdbeeren
Kirschen
Austr. Äpfel** zu allerbilligsten Tagespreisen

Deutsche, englische und amerikanische

Anzug-Moden 1912



Fertige Anzüge aus den allerbesten Stoffen erster deutscher, englischer und schottischer Tuchfabriken

Einreihige Jackett-Anzüge

- Nr. 102. Braune und graue Phantastoffe nach englischer Art... 21 M.
Nr. 103. Cheviot- und Kammgarnter. 24 M.
Nr. 104. Fein gestreifte Kammgarnter in Dunkel, Grau und Braun... 27 M.
Nr. 105. Mittelgrau, braun, oliv und grünlicher Cheviot mit feinen Streifen... 30 M.
Nr. 106. Grau und schwarz gemusterte Kammgarnter, vorzüglich im Tragen... 33 M.
Nr. 107. Cheviot, allernueste Muster, mit feinen Streifen und bunten Effekten... 36 M.
Nr. 108. Dunkelgraues kleingemustert. Kammgarnter, elegante Ausführung... 40 M.
Nr. 109. „Echt englisch“ Cheviot in den neuesten Mustern, eigener Import... 50 M.
Nr. 110. Das modernste und eleganteste in Cheviots und Kammgarnter, „Ersatz für Maß“... 60 M.
Nr. 111. Marengo oder buntfarb. Cheviots „Echtenglisch“ Ersatz für feine Maßarbeit... 70 M.

Zweireihige Jackett-Anzüge

- Nr. Extra 1. Gestreifte Cheviots in vielen Mustern, sehr haltbar... 21 M.
Nr. Extra 2. Grau, braun oder dunkel-meliertes Cheviot mit bunten Effekten... 24 M.
Nr. Extra 3. Cheviot oder Kammgarnter, gestreift oder kariert, sehr solide... 27 M.
Nr. Extra 4. Engl. gemust. Cheviot in Braun, Oliv, Grau mit feinen Streifen durchzogen... 30 M.
Nr. Extra 5. Gemustertes Cheviot in vier neuesten Farben, unsere eigenen Muster, hochmodern und hervorragend schön... 36 M.
Nr. Extra 6. Blauer Melton-Cheviot, feine Qualität, sorgfältigste Verarbeitung... 40 M.
Nr. Extra 7. „Echt englischer“ Cheviot, aus ersten englischen Fabriken direkt bezogen, ganz aparte Muster... 45 M.
Nr. Extra 8. Hochfeine Cheviots und Kammgarnter mit feinen Streifen oder Karos, „Ersatz für Maßarbeit“... 50 M.
Nr. Extra 9. Eleg. dunkelgestr. Kammgarnter, Erste Erzeugnisse in bester Verarbeitung... 55 M.
Nr. Extra 10. Allert. Cheviots u. Kammgarnter in modernsten Anzumustern... 60 M.

Panama-Hüte, Strohhüte, Filz-Hüte, Haar-Hüte, Loden-Hüte, Sport-Mützen zu enorm billigen Preisen

BaerSohn

Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Herren-Wäsche, Kragen, Manschetten, Ober-Hemden, Tag- u. Nachthemden, Sport- u. Reisehemden, Socken, Strümpfe zu enorm billigen Preisen

Chausseestraße 29-30, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Straße 20, Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 44 (Neueste Moden) kostenfrei.

11. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Mai 1912 vormittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

11. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Mai 1912 nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

11. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Mai 1912 nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

11. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Mai 1912 nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Briefkasten der Redaktion.

W. S. 300. Ja. Ihre Frau ist auch versicherungspflichtig. — S. 10. Soweit ersichtlich, ja. — D. 100. Privatklage beim Schöffengericht. — H. G. 6. 1. Klage muß vorausgehen. 2. Nein. — H. S. 20. Nein. — Schloffer 100. Nicht klagefähig. Strafbarer Handlung liegt nicht vor. — C. D. 32. 1. Unverständlich. 2. Einverständniserklärung des un-

schuldigen Teils, zu deren Abgabe dieser nicht gemungen ist, verbessert die Aussichten des Klägers. Vor Ablauf eines Jahres, von der Rechtskraft des Urteils gerechnet, ist der Antrag aussichtslos. — H. G. 26. 1. u. 2. Die Frau ist zur Räumung nicht verpflichtet; zur Räumung kann auch nicht geraten werden. 3. Klage beim Landgericht. 4. Erst auf Grund eines Urteils. 5. Warnung an den Hauswirt. 6. Ja.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Deelich, Luz und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Lieberweisung von Freigremplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.



Selbstkostenpreis
+ 10 %

Noch in letzter Stunde

raten wir Ihnen, Ihren Bedarf zu Pfingsten an fertiger Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sport-Bekleidung bei der H. K. G. zu decken, Sie machen erhebliche Ersparnisse und werden reell bedient.

Unsere Spezial-Abteilung für **Sport-, Reise- und leichte Sommer-Kleidung** ist besonders reichhaltig ausgestattet!

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges.

Neue Schönhauser Straße Nr. 1, Ecke Weinmeisterstr. und Münzstr.
Spezial-Haus größten Stils für fertige Herren- und Knaben-Bekleidung.

CONDOR



CONDOR - Patent Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren!



Unsere Frühjahrs-Neuheiten finden überall begeisterte Aufnahme!

Denn wir bringen höchst elegante Modeformen in erprobten Qualitäten äusserst preiswert. Beweis:

Zierliche Damen-Halbschuhe

braun Chevreau, Derbyschnitt, zum Teil mit farbigen Einsätzen 10⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵ 5⁹⁰

schwarze Schnürschuhe, Derbyschnitt verschiedene Ausführungen 10⁵⁰ 8⁵⁰ 5⁹⁰

Condor-Pumps Chevreau und Lack 5⁵⁰ braun Chevr. 6⁵⁰

Der moderne Oxford-Knopfschuh 10⁵⁰ 8⁵⁰ 5⁹⁰

Schnürstiefel braun und schwarz, beliebige Preislagen 12⁵⁰ 10⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁷⁵

„Lack“ die grosse Mode „Lack“! Schnür- und Knopfstiefel schwarz u. farbige Wildledereinsätze, Orig.-Goodyear-Welt 12⁵⁰

Moderne Herren-Schnürstiefel

braun Chevreau, unerreicht in Qualität und Preis 8⁵⁰

Schwarz u. braun Boxcalf Pressfalten 10⁵⁰

Unser Original-Goodyear-Welt-Fabrikat schwarz u. braun, Chevreau u. Boxcalf, in verschied. Ausfüh. 12⁵⁰

„Lack“ die grosse Mode „Lack“! Knopfstiefel mit schwarzen und farbigen Wildledereinsätzen, vornehmeres Tragen 14⁵⁰

Herren-Mode-Halbschuhe schwarz Chromleder, Lackkappe 7⁵⁰

schwarz Chevreau, Orig.-Good.-Welt 10⁵⁰

Kalblack 12⁵⁰ braun Chevreau 8⁵⁰

Moderne Kinder-Schuhe

Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel braun Chevreau, solid, elegant

20-25	27-28	29-30	31-33	34-35	36-38
4 ⁷⁵	5 ²⁵	5 ⁷⁵	6 ²⁵	6 ⁷⁵	7 ⁵⁰

Fein Boxhorse, vorzügliche Qualitäten 4³⁰ 4⁶⁰ 4⁹⁰ 5³⁰ 5⁷⁰

Derby-Schnürschuhe schwarz mit Lackkappe 4⁵⁰ 4⁹⁰ 5⁹⁰

braun echt Ziege 3⁶⁰ 4⁰⁰ 4⁵⁰ 5⁰⁰ 5⁵⁰

Condor-Sandalen, gesundes Tragen 2⁰⁰ 2³⁰ 2⁶⁰ 2⁹⁰ 3²⁰

Schnürstiefel weiss Glacé, mit Lackbesatz 2⁸⁰ 3⁸⁰ 4⁵⁰

CONRAD TACK & CIE Schuhfabrik BURG bei Magdeburg

130 Verkaufsstellen
davon
in Berlin u. Umgegend:

- C. Spittelmarkt 15
- C. Rosenthaler Str. 14
- W. Potsdamer Str. 50
- W. Schillstrasse 16
- NW. Turmstrasse 41
- Ecke Oldenburger Strasse
- NW. Wilknacker Str. 22
- NW. Beusselstrasse 29
- N. Friedrichstrasse 127
- schräg gegenüber der Oranienburger Strasse
- N. Müllerstrasse 3
- N. Reinickendorfer Str. 23 gegenüber der Plantagenstr.
- N. Brunnenstrasse nur 37
- N. Danziger Str. 1
- O. Andreasstrasse 50
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstrasse 32
- SO. Oranienstrasse 2a
- Hochbahnstation Oranienstr.
- SO. Wrangelstrasse 49
- SW. Friedrichstrasse 240-241
- Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Strasse 122-123
- Neukölln: Bergstrasse 30-31
- Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 22. Mai verstarb unser
Genosse, der Reisende
Ferdinand Brunn
(Hansstr. 11).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Hofbuchdruckers in Nordend aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Buch- und
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ordnungsverwaltung Berlin.
Am 22. Mai verstarb plötzlich
unser Mitglied
Frida Schönknecht
im Alter von 23 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Hei-
denkirchhof in Bismarckberg
statt.
27/14 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Alex Specik
am 21. Mai an Lungenerkrankung ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Son-
abend, den 23. Mai, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Sebastiankirchhofes in Reinick-
dorf, Humboldtstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
117/16 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Tischler
Otto Ahr
(Urbanstr. 50) im Alter von
39 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
84/2 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Expeditions-
arbeiter
Reinhold Breitkreuz
am 19. d. M. im Alter von
54 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Am 22. Mai verschied nach
langem Krankenlager unser werter
Mitarbeiter, der Echer
Julius Hoppe
im 59. Lebensjahre. — Ein ehrendes
Andenken wird ihm bewahren
Das Personal
der Hofbuchdruckerei Sittenfeld.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 23. Mai, nachm. 5 1/2 Uhr,
auf dem h. h. Friedhof, Müller-
straße, Ecke Senfstraße, statt. 19235

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Mitglied, die
Kontrollrechnerin
Herta Schütze
(Holtzstr. 15)
verstorben ist. 24/10
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 23. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Kirch-
hof der Jesuiten-Gemeinde in
Reinickdorf, Hermannstraße, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die überaus große Teilnahme
an der Beerdigung meines lieben
Mannes sage ich allen Freunden,
Gästen und Verwandten, den Sängern,
dem Musikverein, sowie dem Genossen
Schütte für die trefflichen Worte
meinen herzlichsten Dank. 18125
Wwe. Martha Lehmann.

Hierdurch die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau,
unsere gute Mutter
Margarete Adermann
geb. **Bauer**
im Alter von 42 Jahren nach
langem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies seligen Heftbetäubt an
Adolf Adermann
nebst Kindern.
Danziger Straße 52
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichshagen aus
statt. 19225

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden beim
Scheiden meiner geliebten Frau
Marie Kupfer
sage ich allen Teilnehmern und den
Kollegen der Bergmann-Werke, Ab-
teilung Lichtfeld, meinen au-
frichtigsten Dank.
Hermann Kupfer.

Dankfagung.
Für die überaus zahlreiche
Teilnahme und die kostbaren
Blumenspenden beim Begräbnis
meines so plötzlich aus dem
Leben geschiedenen lieben
Bruders, Schwagers, Onkels
und Bräutigams
Reinhold Jacksch
sagen wir der Direktion der
Brauerei Ostwald Berliner
sowie allen beteiligten Vereinen,
Korporationen, Freunden, Kolle-
gen und Bekannten unseren herz-
lichsten Dank.
Berlin-Helmsberg, 23. Mai 1912.
Die tieftrauernden Geschwister
und Braut.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes **Kugust Wittmann**
sage ich allen Verwandten, Bekannten,
dem 2. Reichstagswahlkreis, dem
Transportarbeiter-Verband, sowie
dem Gesangsverein derselben meinen
innigsten Dank. 18155
Blüme Wittmann nebst Kindern.
Gringestr. 107.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters sage ich
allen Freunden und Bekannten, ins-
besondere den Kollegen der Auto-
mobil-Gesellschaft H. B. G., Jem-
straße, und dem Handels- und
Transportarbeiter-Verband unseren auf-
richtigsten Dank. 11

Wwe. Marie Post
nebst Kindern.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Habe ein **Inhalatorium**
eröffnet. 87/13
Dr. Siegmund Lachmann,
Nas-, Nasen- u. Ohrenarzt.
Brunnen-Straße 126/127.

Möbelfabrik „Fortuna“
Eingetragene Genossenschaft
mit beschränkter Haftung.
Bilanz am 31. Dezember 1911.

Aktiva.		92
Kassa-Konto	77,42	
Bank-Konto	4 973,45	
Rezeptions-Konto	2 928,00	
Revisions-Konto	214,50	
Baren-Konto	8 759,22	
Kontokorrent-Konto	15 223,52	
	32 176,71	
Passiva.		92
Kapital-Konto	2 250,—	
Reservefonds-Konto	100,00	
Hilfs-Rezeptions-Konto	402,00	
Rezeptions-Konto	5 135,50	
Baren-Konto	12 587,65	
Spar-Konto	101,—	
Kontokorrent-Konto	10 700,02	
Gewinn- und Verlust-Konto	898,59	
	32 176,71	

Mitgliederzahl am 31. Dezember
1911 = 9. Ausgetreten keiner. Ein-
getreten keiner. Betrag des Ge-
schäftsjahres 2250,— M. Betrag
der Hoffsumme 2250,— M.
Wahrscheinlich sind die Hoffsumme nicht
verändert. 104/18
Der Vorstand,
Gustav Berger, Fritz Wolff,
Otto Schroopp.

Wagen Separierung

Total- Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börse.

Damen-Stiefel	Herren-Stiefel
schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur 4.75	schwarz Rindbox-Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig, Straßenstiefel, auch Zug und Schnalle. jetzt nur 5.95
schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlank und breite Fassons jetzt nur 5.95	schwarz Chevreau-Schnürstiefel mit Lackkappe, schlank und breite Fassons, jetzt nur 6.95
schwarz prima Chevreau mit Lackkappe, auch ohne, die elegantesten Fassons, Good-year-Welt jetzt nur 7.95	schwarz Chevreau-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt jetzt nur 8.95
braun Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur 4.95	braun Chevreau-Herrenstiefel, schlank und breite Fass., jetzt nur 6.95
braun la Chevreau m. Lackkappe, breite und schlank Fassons jetzt nur 6.75	braun la Chevreau-Herrenstiefel, neueste Formen jetzt nur 8.25
braun la Chevreau, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur 8.95	braun la Chevreau-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur 9.75
Kinder-Stiefel	Halbschuhe
schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel 20-24 25-26 27-30 31-35 1.55 2.95 3.25 3.75	Damen, im Chev. mit Lackk., jetzt nur 3.95
braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35 2.95 3.45 3.75 4.25	braun Chevreau m. Lackkappe, jetzt nur 4.25
Kinderhalbschuhe 3.75	schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur 4.95
	braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur 5.75
	Lack-Schnürschuhe amerik. Fass., jetzt nur 5.95
	Lack m. Wildleder od. Chev. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur 5.95

Reisemuster!

Anzüge, Ulster, Hosen für Herren und Jünglinge in nur guter Konfektion gebe an Privat nur bis Pfingsten so lange der Vorrat reicht zu Fabrik-Preisen ab. 222/20*

J. Coper, Kleiderfabrik, Alexanderstr. 55, III
(Bahnhofstr.)
Geschäftsschluss: abends 7 Uhr, Sonntags geschlossen.

Jedes Paket von Dr. Gentner's
Vollweissenspulver
Goldperle
enthält ein reizendes praktisches
Geschenk.



Alleiniger Fabrikant auch für so be-
liebigen Schuhcrems „Nigra“:
Carl Gentner, Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin: 200/12*
Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 218. Tel. Neukölln 9250.

Betrifft Herren!

weiche sich elegant kleiden und doch beim Gehen leicht sein wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung such-
gelegte Herrenanzüge, Ulster und Paletots. Diese Stücke haben zum Teil aus feinsten Wollstoffen gefertigt (einsame
auch auf Seide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Einkaufspreis bis 120 M., jetzt zu folgen-
den extra billigen Preisen: auch neue

Herren-Anzüge	9, 12, 16, 20 M. u.	Gehrock-Anzüge	18, 21, 24, 28 M. u.
Paletots u. Ulster	8, 12, 16, 18 M. u.	Jungen-Anzüge	7, 10, 12, 15 M. u.
Hose-Anzüge	12, 16, 19, 22 M. u.	Herrenhosen	2, 3 bis 6 M.

Verteilung von eleganten Grad- und Gesellschaft-Anzügen.
Haupt-Geschäft: **Große Frankfurter Straße 116, an der**
J. Wand, II. Geschäft: **Chausseestr. 89. III. Geschäft: Jägerstr. 11.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Am **Mittwoch**, den 29. Mai d. J., abends 8 1/2 Uhr, finden
nachstehende

⌘ Versammlungen ⌘

statt und ersuchen wir die in Frage kommenden Kollegen, für den Besuch
der Versammlungen durch rege Beteiligung Sorge tragen zu helfen.

Für den Bezirk Norden II

bei **Obiglio, Schwedter Str. 23/24.**
Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Bezirksangelegenheiten, 3. Ver-
schiebendes.

Sektion der Isolierer und Helfer

bei **Wilke, Sebastianstr. 39.**
Tagesordnung: Bericht von den zentralen Verhandlungen.

Zugleich weisen wir darauf hin, daß das Bureau
des Zweigvereins am Sonntag, den 25. Mai (Pfingst-
Sonntag) nur bis nachmittags 4 Uhr ohne Unter-
brechung (ohne Mittagspause) geöffnet ist.
Am Dienstag, den 28. Mai (dritter Pfingstfeier-
tag), wo auf den Bauten noch nicht gearbeitet wird, ist
auch das Bureau nicht geöffnet.

Die Obliste des Bezirks ersuchen wir, den Genossen, die als
Gastwirte für unsere Organisation die Kontrolle der Arbeitslosen
ausführen, davon Kenntnis geben zu wollen, daß sie am Donner-
stag und Freitag den sich zur Kontrolle meldenden Kollegen gleich
die beiden Stempel in der 11. Beitragswoche in das Mitglieds-
buch drücken möchten und in die Liste die Nummer eintragen.
199/15* **Der Vorstand.**

Heute Freitag, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im
„Hoffjägerpalast“, Gasseheide 52/53:

⌘ Vortrag ⌘

von **Karl Schneidt.**
Thema: **Der Kaiser und die Verfassung.**
Eintrittspreis 10 Pf.

Kaulsdorf Hamanns Gesellschaftshaus

Frankfurter Chaussee 50
empfiehlt sich dem geehrten Publikum, Vereinen und Radfahrern
zu ihren diesjährigen Ausflügen.
Großer schattiger Garten — Zwei verdeckte Kegelbahnen
Guter Frühstück- und Mittagstisch zu solid. Preisen. Gut gepflegte Biere.

Garderobe

auf Kredit!

Herren-Moden Anzüge (Gehrock, Jackett-) □ □ Ulster □ □ Paletots in allen Farben. Hochmodern, große Aus- wahl!	Damen-Moden Kostüme Röcke Kleider, Blusen Ulster Frauenmäntel, Paletots, Jacketts in allen Farben. Entscheidende Neuheiten
---	--

wöchentlich **1 Mark.** wöchentlich **1 Mark.**
Knaben- u. Mädchen-Garderobe für jedes Alter.
Ausbezahlte Kunden u. Beamte ohne Anzahlung.
M. Beiser
67 Lothringer Straße 67
Sonntag bis abends 9 Uhr geöffnet.

Dr. R. Friedeberg
(früher Berlin) 87/8
praktiziert wieder in
Bad Kudowa.

Mann's Waldschloss
Schöneiche
ist und bleibt das Ziel aller Ausflügler.
Am Friedrichshagen 65.

Saal
neuerbaut, 1000 Personen fassend, mit
ansprechendem Wald, Reht den ge-
eichten Vereinen auch Sonntag un-
entgeltlich zur Verfügung. 17505*
Sportpark Grünau, Günther,
Karolinenhofer Weg.

Monats-Garderobe
kauft man in der
Pfandleihe Prinzenstr. 34
1 Tr. (kein Lad.) wie allbekannt
Jackettanzüge, Rockanzüge,
Paletots, Hosen für jede Figur
passend.

Tyloßbwin-Flaschbwin

Isse aufsteigend
im Dampfwilld
sind klar,
wennig Alkohol

Die Qualität ist herausragend!

Es gibt nur einen „Kornfranck“!
Lassen Sie sich nicht durch
ähnliche Namen täuschen!

20

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

Die Perle am Langen See ist das

„Wald-Idyll“ Schmöckwitz.

Bedeutend vergrößert, 2 große
Säle sowie große Restaurationsräume bieten Unterkunft für 600 Personen.
Jeden Sonntag: Tanz-Revunion unter Leit. des Herrn
Willy Silentshal.
Bequeme Bahnverbindung von sämtlichen Stadtbahnhöfen und Gürtlicher
Bahnhof bis Schwabe-Schmöckwitz, von dort aus in 20 Minuten
herrlichen Waldweges bis zum Lokal.
Hr. Ernst Noack.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **arbeitende Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Rheineckstr. 12. am Friedländerstr. 12. (Niedor) am Ringbahn.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

So Vergnügt zum Pfingstfest



werden alle diejenigen sein, welche für sich oder An-
gehörige ihren Bedarf auf **Kredit** kaufen bei der überaus
bekannt-renommierten **Kredit-Firma**

Berlins grösstes Waren- und Möbel-Kredit-Haus
ALLE TAGE ANDERS

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer Str.-Ecke
parterre, I., II., III., IV. Etage.
— Direkt am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding. —

Ohne jede Anzahlung

für unsere Kunden und Beamte. Für neue Kunden
Anzahlung Nebensache, selbstzubestimmende Abzahlung

Auf Kredit!

Unsere riesigen Lager stehen nicht nur, wie in vielen Geschäften,
auf dem Papier, sondern wir unterhalten sie auch tatsächlich!

Damen-, Herren- und Kinder-Garderobe
Gardinen, Teppiche, Sport u. Kinderwagen Möbel, Polsterwaren
Vitrinen, Stepp- u. Tischdeck. usw. Zusammenklappbare Wagen. Einzelne Möbel u. ganze Ein-
richtungen. — Eigene Fabrik.

Schuhwaren jeder Art.

Jede Abteilung
gleich einem
Spezialgeschäft

Für alle, welche ihren Bedarf zum Pfingstfest
billig und trotzdem auf Kredit kaufen wollen,
kommt nur ein Geschäft in Betracht, und dieses ist:

Bedienung nur durch
sach- und fachkun-
diges Personal.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus

ALLE TAGE ANDERS

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz Pank-, Gericht- u. Reinickendorfer Str. Ecke, Parterre, I., II., III., IV. Etage, am Bahnhof Wedding

10%

sofortige Vergütung der
Anzahlung b. Vorzeig.
dieser Annonce

1 M.
Wochenrate

Gratis

sof. bei jedem Kauf Hut,
Stock, Mütze, Bürse
Hosenröhre oder
Handtäschchen

Doppelte
Sparmarken
für Anz.

Jeder
erhält
Kredit!

Einziges

Waren-Kredit-
Geschäft, das zur Ver-
abfolgung der braunen
Rabattmarken der
Spar-Genossenschaft
berechtigt ist.

1 M.
Wochenrate

Bis zum
Pfingstfest

Verabfolgung der
doppelten Anzahl
der Rabattmarken
in bar für Anzahlung

Reell,
kolant,
diskret.

Sonnabend

bleiben die Ver-
kaufsräume bis
9 Uhr abends
geöffnet.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots
und 4-500 gefragte Anzüge für
Herren, Smoking-Anzüge, Frack-
anzüge, sowie von Kavaliere ge-
tragene, fast neue Sachen (a. Selbe),
für jede Figur passend, in größter
Auswahl zu unübertroffen 187/7
billigen Preisen.
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.
Hirsch Kieferbaum, Wasserort-
straße 12/13 I

Gardinen-
haus
Bernhard
Schwartz
Wallstr. 18
(Vergelt)

Erst-
klassige
Bezugs-
quelle
f. Teppiche
u. Tapeten

?

Suchen Sie

in
Berlin N



die vorteilhafteste Bezugs-
quelle für preiswerte



Möbel?



dann gehen Sie nach
Brunnensirasse 120 zu



Otto Piehl



Teilzahlung ohne Preisauflage

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Erweiterungsbau der Schöneberger Lungenheilstätte in Sternberg-Neumark ist nun vollendet; damit ist die Zahl der Betten im Frauen-Pavillon von 37 auf 77 Betten erhöht. Der Pavillon für Männer enthält 28 Betten. Der Neubau führt den Namen Walter-Böhsberg-Haus, zum Andenken an den verstorbenen Stadtverordneten Böhsberg, dessen Familie zu dem Bau 80 000 M. gestiftet hat. Schon längst hätte mit der Herstellung des Baues begonnen werden müssen, da die bisherige Anstalt den Anforderungen nicht mehr genügte. Die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten wird eher größer, als geringer. Gleichzeitig wurde auch die Holzlegehalle beseitigt und eine Liegehalle aus Bauwerk, mit Fenstern und Markisen versehen, für jedes Stockwerk neu errichtet. Das Innere der Anstalt zeigt einen einfachen, gebliebenen Charakter. Der Anstrich der Wände bringt eine gewisse wohlthuende Abwechslung der Farben. Auch dem Lesebedürfnis ist durch das Vorhandensein einer reichhaltigen, aus Klassikern, wissenschaftlichen Büchern und sonstiger Lesetüre bestehenden Bibliothek Rechnung getragen. Die Kosten eines Bettes belaufen sich ohne Grund und Boden auf etwa 4000 M. Für das städtische Krankenhaus bedeutet die Anstalt eine erhebliche Entlastung. Außer der Erweiterung ist eine Leichenhalle errichtet und die Arztvilla ausgebaut worden. Die Heilstätte liegt auf einem 880 Morgen umfassenden Gelände und repräsentiert einen Wert von 600 000 M. Hierzu hat die Stadt 200 000 M. beigetragen, während der Rest durch den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose aufgebracht worden ist. Nachdem nunmehr für Frauen und Männer eine Heilstätte geschaffen, ist es an der Zeit, auch an die Verarbeiten zur Erbauung einer Heilstätte für tuberkulöse Kinder zu denken. Bemerkenswert sei noch, daß die Fürsorgestelle für Tuberkulose in der Belgier-Str. 46 auch fernerhin die Aufgabe, Fehlfeld und Fürsorgend einzugreifen, übernimmt.

Der nächste Seefischkursus, der für die Teilnehmerinnen unentgeltlich ist, findet am Freitag, den 31. Mai d. J. in der Kochschule der VII. Volksschule in Berlin-Schöneberg, am Warburgplatz, nachmittags 6 Uhr, statt. Die selbst zubereiteten Speisen können an Ort und Stelle verzehrt oder auch mit nach Hause genommen werden. Anmeldungen sind an die städtische Seefischhalle, Feuerstraße 4, oder an die Marktverwaltung unter Angabe der genauen Adresse zu richten. — Der städtische Seefischverkauf in der Feuerstraße ist jeden Tag geöffnet, der in der Geanachstraße nur jeden Donnerstag.

Wie mitgeteilt wird, soll gerade im Sommer der Fischverkauf von der Stadt besonders gefördert werden. Zwar besteht noch heute eine weit verbreitete Voreingenommenheit der Bevölkerung gegen die Fischnahrung in den Sommermonaten, was auf die geringe Widerstandsfähigkeit der Fische gegen große Wärme zurückzuführen ist. Demgegenüber weist der Magistrat darauf hin, daß die Fische in solch sorgfältiger Weise mit Eis behandelt werden, daß die Ware auch im Sommer völlig einwandfrei sein wird. Es ist vielen noch unbekannt, daß die Fische im Sommer qualitativ am besten und schmackhaftesten und außerdem am billigsten sind und gerade bei großer Hitze ein leichtverdauliches Nahrungsmittel abgeben.

Marienfelde.

Der neu gewählte Gemeindevorsteher Bürgermeister Dr. Romfas wurde am Mittwoch durch den Landrat des Kreises in die hiesige Gemeinde eingeführt. Der Landrat betonte, daß er ein großes Interesse an der Entwicklung des Ortes habe. Wenn die Ver-

waltung der Gemeinde auch bisher von Laien ehrenamtlich zu seiner Zufriedenheit geführt worden sei, so halte er es doch für erforderlich, daß jetzt ein ausgebildeter Beamter an die Spitze der Gemeinde gestellt wird. Der neue Gemeindevorsteher betonte hierauf, daß es sein Bestreben sein werde, stets die Interessen der Gemeinde zu fördern, dazu bedürfe er aber vor allen Dingen einer großen Bewegungsfreiheit seitens der vorgesetzten Behörde und eines Verständnisses der Gemeindevertretung. In seinem bisherigen Wirkungsbereich der Stadt Briesen in Westpr. sei es ihm gelungen, verschiedene Einrichtungen zum Wohle der Kommune durchzuführen. Für die Arbeiterschaft ist der Herr Bürgermeister ein unbeschriebenes Blatt, es wird sich daher erst im Laufe der Zeit herausstellen, welche Haltung er den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber einnimmt.

Groß-Dichterfelde.

Der Gemeindevorstand unterbreitete der letzten Gemeindevertretersitzung eine auf Neugestaltung der Kommunalverwaltung abzielende Vorlage. Es sollen die bisherigen Bezirke geändert und neben der Institution der Armenvorsteher eine Armendirektion errichtet werden. Die Vorlage fand Annahme. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn nunmehr die Armenverwaltung die Frage prüfen wollte, ob nicht etwa auch eine Neugestaltung bzw. Verbesserung der Armenfürsorge, die in Dichterfelde noch recht viel zu wünschen übrig läßt, vorzunehmen wäre. Die Pflasterung der Sternstraße rief eine längere Debatte hervor, da der Gemeindevorsteher Jaeger beantragt hatte, die prächtigen Bäume zu beseitigen, um eventuell die Straßenbahn doppelgleisig ausbauen zu können. Vernünftigerweise wurde dieser Antrag abgelehnt, da die Straße auch bei Erhaltung des Baumbestandes den Verkehrsbedürfnissen auf lange Zeit hinaus genügt. Dieser Beschluß ist nur zu begrüßen. In letzter Zeit ist an Abholzung schöner Baumalleen in den Straßen des Ortes ganz Entsetzliches geleistet worden. Ginge es in diesem Tempo weiter, dann könnte der jetzt in schwellendem Grün liegende Ort wieder zu dem werden, was er ehemals war: des Adersand, nur bepflanzt mit Reihen neuer, aber ebenso über-

Mietskafernen. Genehmigt wurde der Vertrag der Gemeinde mit dem Kreis Teltow betr. die Unterhaltung der Dampfe an der Giesendörfer Brücke und Erstattung veräußerter Baukosten. Durch die Errichtung des Teltowkanals sind eine Reihe von Grundstücken der Gemeinde in Anspruch genommen worden. Drei der Gemeinde gehörigen Straßenzüge sind in ihrer Lage oder Höhenlage geändert und durch Brückenbauten unterbrochen worden. Dadurch sind dem Ort ganz erhebliche Kosten entstanden, die selbstverständlich vom Kreis zu ersehen sind. Andererseits bedarf die Gemeinde wiederum für ihre Zwecke einiger Grundstücke, die dem Kreis gehören. Zum Ausgleich der gegenseitigen Interessen findet zwischen Kreis und Gemeinde ein Geländeaustausch statt, und außerdem erhält letztere einen Betrag von 16 475 M. nach Abschluß des Vertrages ausbezahlt. Zur Beratung gelangte am Schluß der Sitzung ein Ortstatut über Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen. Danach dürfen, wie in Berlin und den meisten Vororten, in den offenen Verkaufsstellen Gehilfen, Beihilfen und Arbeiter in der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 30. September nur von 8—10 Uhr morgens, vom 1. Oktober bis einschließlich 30. April nur von 12—2 Uhr beschäftigt werden. Die Vorlage fand nur einen einzigen Gegner, nämlich den neugeborenen, mit Hilfe der Truppen der Adettenanstalt in der Stichwahl gegen unseren Genossen Benzler gewählten Papierwarenhändler Wagner. Er verlangte im Auftrage des Vereins der Handwerker und Gewerbetreibenden, daß das Ortstatut, wenn nicht abgelehnt, so doch Einschränkung der Sonntagsarbeit werden möge; durch die Beschränkung der Verkaufszeit würden die kleinen handeltreibenden Geschäftleute geschädigt werden! Herr Wagner hatte sich für seine kommunalpolitische Jungferrede kein allzu schwieriges Thema gewählt; jedenfalls hat er sich aber den Dank jener Leute verdient, die ihn zur Vertretung ihrer Unternehmerinteressen aufs Rathaus geschickt haben. Auf die Handlungsgelassen aber, die dem Mann zum Sieg verholfen haben, treffen die bekannnten Worte zu: Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Schlächter selber. Schöffe Lange stellte noch fest, daß von den Bauherren im Orte dreiviertel mit der Festsetzung der obigen Verkaufszeit einverstanden gewesen seien.

Nur 10% Nutzen
Herren-Moden-Vertrieb, Charlottenburg
Eingang Spreestr. 48, I. Etage, direkt am U-Bahnhof Wilhelm-Platz.
Verkauf zum Selbstkostenpreis + 10% Nutzen
Fertige Herren-Anzüge, Paletots, Ulster, Beinkleider etc.
In jeder Preislage vorrätig
Eine reellere, den Interessen des kaufenden Publikums mehr entsprechende Verkaufsart ist kaum denkbar, da der Herren-Moden-Vertrieb durch die Anpreisung, nur 10% Nutzen zu erheben, verpflichtet ist, diese Verkaufsart auch innezuhalten (St. Gesetz vom 7. Juni 1909, R. G. Bl. 499).
Der Selbstkostenpreis wird festgestellt durch den Netto-Einkaufspreis, zuzüglich der Miete und Geschäftskosten.

Sommer-Kleidung
Die schönen Tage laden ins Freie ein. Da ist es praktisch, sich der täglichen Kleidung zu entledigen, um im bequemen Wälder und Seen aufzusuchen oder noch weiter in die Berge und an die See zu reisen.
Flanell - Anzüge: 36, 27, 12.00; 21, 17, 12.00 M.
Strand-Jacketts: 27, 22, 11.00; 18, 15, 11.00 M.
Weiße Beinkleider: 15, 10, 3.50; 7, 5, 3.00 M.
Lüstre - Anzüge: 30, 25, 13.00; 19, 15, 13.00 M.
Lüstre - Jacketts: 14, 10, 9, 2.50; 7, 5, 4, 2.00 M.
Leinen - Anzüge: 22, 17, 15, 6.50; 13, 9, 7, 6.00 M.
Leinen - Joppen: 9, 7, 6, 4, 0.85; 3, 1.80, 1.20, 0.85 M.
Touristen - Anzüge: 40, 36, 17.00; 30, 25, 17.00 M.
Touristen - Joppen: 14, 11, 9, 3.00; 7, 5, 4, 3.00 M.
Falten - Anzüge für Jünglinge und Knaben: 27, 22, 17, 14, 8.00; 18, 14, 11, 8.00 M.
Loden-Pelerinen: 21, 19, 17, 9.00; 15, 12, 10, 9.00 M.
Mantel-Pelerinen: 26, 20, 18, 8.50; 15, 12, 10, 8.50 M.
Gummi - Mäntel: 36, 34, 30, 11.00; 25, 20, 16, 11.00 M.
Eigener Fabrikations-Betrieb
Gottlieb Weiss
Schöneberg-Hauptstr. 161
Ecke Stubenrauch- und Kaiser-Friedrichstr.

Leske & Lehrer
78 Kottbuser Damm 78
Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Verkauf nur gegen bar zu niedrigen Preisen
6 preiswerte Anzüge!
(Form wie nebenstehend)
Nr. 1 à Mark 26,00
Nr. 2 à Mark 30,00
Nr. 3 à Mark 34,00
Nr. 4 à Mark 38,00
Nr. 5 à Mark 42,00
Nr. 6 à Mark 46,00
sind zu obenstehenden Preisen in unseren Schaufenstern ausgestellt
Moderne Passformen!
Grosse Auswahl in Ulstern u. Paletots
Preislagen 20, 24, 28, 30, 36, 40, 44, 48, 52 Mark
Morgen Sonnabend bis 9 Uhr abends geöffnet.

Morgen Sonnabend
bis 9 Uhr abends geöffnet.



Chief
Für das Pfingstfest

Reell Kulant
Aussergewöhnlich billiges Angebot in Herren- und Damengarderobe

Herren-Anzüge von M. 20 an
Herren-Paletots von M. 25 an
Herren-Ulster von M. 30 an

Damenkleider u. Kostüme von M. 20 an
Damen-Blusen von M. 5 an
Damen-Kostümröcke von M. 7 an

Nur beste Verarbeitung.
Teilweise Ersatz
für Massschachen

Billigste Preise, denkbar niedrigste Anzahlung,
Abzahlung von pro Woche Mark 1 an
daher keine Gratiszugaben

Vornehmster Schnitt
Nur Neubeiten

Kredit-Haus Moabit, Turmstr. 55
Ecke Waldstrasse

**Herren-Kleidung
Knaben-Kleidung**

Alle Größen und Preislagen vorrätig
Maßschneiderei und Stofflager
J. Goldstein seit 1892 **Yorkstr. 51**
an der Bülowstraße.

Riesenvorrat in Berufs-Kleidung,
nur ausprobierte bewährte Qualitäten.
Auf jedem Stück ist der Preis deutlich notiert.

Vorwärts-Abonnenten erhalten an der Kasse 5 Proz. Rabatt.

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 34 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. **Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten.** Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem **niedriger**, als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. **Diskrete Lieferung, keine Einkassierer.** — Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel und kulantes Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen ausschließlich durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch bei uns führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etagen, nicht an der Potsdamer Straße
Sonntags geöffnet.

75000 Mark

und noch mehr pro Jahr zählen Schuhgeschäfte in Berlin Miete. Nun kommen noch die anderen Spesen dazu, die meistens ebenso viel betragen. Wollen Sie diese enormen Reklame-Prunk-Ausgaben **nicht** mit bezahlen, dann kaufen Sie Ihre Schuhwaren **von jetzt ab im**

Schuhwaren-Engroshaus
am Moritzplatz

Inhaber Gottfried Wolff

66 Oranienstr. 66

Hofparterre — Kein Laden



Moderné preiswerte

Herren-Sakko-Anzüge

in hervorragend guter Passform.

M. 19⁵⁰

M. 22⁵⁰

M. 25⁵⁰

M. 29⁵⁰ usw.

August Schega

vorm. A. Wormann G. m. b. H. □ Kottbuser Damm 77

**HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.**



Es ist kein Geheimnis, daß ich weder einen Vater habe, noch einen Zuhälter habe.
Mädchen- und Knaben-Kleider

in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es ist somit klar, daß ich bei den geringen Unkosten **Kinderkleider** zu den billigsten Preisen liefern kann. Fertige Kleider, **Anzüge, Mäntel** und Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14825*

Mitgebrachte Stoffe werden geglättet verarbeitet.
Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,

Neukölln

Berliner Straße No. 58
gegenüber Kaufhaus H. Joseph.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 2.
Zöpfe- und Perückenfabrik.

Feine Würst- u. Fleischwaren
Spezialität: Landshinken.
Oskar Klähn, Kottbuser Damm 3.

1 Dbr. Landshinken	1.20
1 H. Rollshinken	1.35
1 Dillstschinken	1.20
1 Schinken	1.55
1 Schinken	1.15
1 Landspied, fett u. mager	0.85
1 Gmiedelmurst	0.65
1 Fleischmurst	0.65
1 Kommerische Landshinkenmurst	0.95
1 Fleischmurst	0.95
1 H. Raibshinkenmurst	1.05
1 Gollsteiner Schinkenmurst	1.35
1 Salami	1.35
1 H. Teemurst	1.20

Bei Abnahme von 5 Pfd. Würstwaren 5 Pfd. pro Hund Preisermäßigung.